

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 14. November 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustriertes Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonnenbreite oder deren Aunus 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berühmungs-Artikeln 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (inklusive 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat, Berlin“.

## Sozialdemokratie und Rüstungskommission.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung vom 13. November 1913 sich mit der Befugung der Rüstungskommission befaßt und beschlossen, von jeder Teilnahme an dieser Kommission abzusehen.

Der Fraktionsvorstand hat in Ausführung dieses Beschlusses das folgende Schreiben an den Herrn Staatssekretär Dr. Delbrück gerichtet:

Berlin, den 13. November 1913.

An den Herrn Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Erzellenz Dr. Delbrück

Berlin W 8, Wilhelmstraße 74.

Ew. Erzellenz erwidere ich auf das Schreiben vom 8. November 1913 ergebnis, daß die Fraktion der Sozialdemokratie des Reichstages es nunmehr ablehnt, überhaupt ein Mitglied in die Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen zu entsenden, da der Herr Reichskanzler entgegen der Erklärung des Herrn Staatssekretärs des Reichsamts des Innern in der Sitzung vom 28. April 1913, daß die Wünsche der Parteien bei Befugung der Kommission Berücksichtigung finden sollen, es abgelehnt hat, den einen der beiden von der Fraktion der Sozialdemokratie in Vorschlag gebrachten Reichstagsabgeordneten in die Kommission zu berufen.

Unsere Fraktion ist der Ansicht, daß diese Ablehnung des vorgeschlagenen Mitgliedes durch den Herrn Reichskanzler auf eine Verletzung eines bisher vom Reichstage geübten Rechtes hinauskommt.

In vorzüglicher Hochachtung!

Der Vorstand der Fraktion der Sozialdemokratie: J. A. G. Mollenhuth.

Gleichzeitig hat der Abg. Koste, der bereits in die Kommission berufen war, sich wie folgt, erklärt:

Berlin, den 13. November 1913.

An den Herrn Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück

Berlin.

Ew. Erzellenz

Habe ich schriftlich meine Bereitwilligkeit mitgeteilt, an den Verhandlungen der Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen teilzunehmen. Das geschah unter der Voraussetzung, daß in der Kommission die Vertretung der Fraktionen des Reichstages entsprechend ihrer Erklärung in der Sitzung des Reichstages vom 28. April 1913 ermöglicht werden würde. Ew. Erzellenz hatten damals die Zusicherung gegeben, daß die Wünsche der Parteien Berücksichtigung finden sollen. Erst nachdem ich Ew. Erzellenz meinen Eintritt in die Kommission mitgeteilt hatte, ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß die Regierung es ablehnt, neben mir den von der sozialdemokratischen Fraktion als Kommissionsmitglied vorgeschlagenen Herrn Dr. Liebknecht einzuberufen. Aus diesem Grunde erkläre ich, daß mir nunmehr die Teilnahme an den Verhandlungen nicht mehr möglich ist, da die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages in Uebereinstimmung mit mir, in der Ablehnung ihres Vorschlages eine Brückierung und die Verletzung eines Rechtes des Reichstages erblickt.

Hochachtungsvoll

G. Koste.

Die Fraktion hat ferner die Einbringung einer Interpellation in dieser Angelegenheit beschlossen und die Genossen Ledebour und Koste als Redner hierzu bestimmt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat durch diesen Beschluß nur getan, was sie ihrer Ehre und Würde schuldig war. Soweit die Parteipresse bereits zu der Frage Stellung genommen, sind wir nur der einmütigen Auffassung beglückt, daß sich die Fraktion eine solche Brückierung unmöglich gefallen lassen könne. Eine Ansicht, die von den breitesten Volksmassen sicherlich geteilt wird!

Selbst wenn wir den Verdacht, daß es sich bei der Zusammenberufung der Kommission und ihrem von der Regierung umschriebenen Aufgabenkreis um gar nichts anderes handeln dürfte als um eine Vertuschungs- und Beschönigungsaktion zugunsten der allmächtigen Kanonenfirma Krupp, einstweilen ganz ausschalten, war es eine geradezu beispiellose Zumutung an die stärkste Reichstagsfraktion, daß man sich ihr — und obendrein ihr allein — Vorschriften darüber zu machen erlaubte, wen sie als Mitglied präsentieren dürfe und wen nicht. Selbst eine bürgerliche Fraktion, die nur ein wenig auf ihr politisches Ansehen hielt, konnte sich ein solches Ansehen unmöglich bieten lassen. Handelte es sich doch hier um nichts Unmögliches, als um die Preisgabe parlamentarischer Rechte, die dem Reichstag bisher eingeräumt worden waren. Wie hätte da gar die Sozialdemokratie, die auf Grund ihrer programmatischen demokratischen Forderungen mit aller Energie die Erweiterung der parlamentarischen Rechte der

Volksvertreter durchzusetzen bestribt ist, durch ihre Nachgiebigkeit eine Schmälerung der bereits anerkannten Rechte des Reichstages gutheißen können!

Denn bei früheren Untersuchungskommissionen ist ja den Parteien bereits das Recht zugestanden worden, diejenigen Mitglieder in die betreffende Kommission zu entsenden, die sie, und sie allein, für geeignet hielten. Diesmal jedoch sollte es anders sein. Diesmal glaubte sich die Regierung das Recht anzumachen zu dürfen, einem von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Mitgliede die Teilnahme zu verweigern! Offenbar handelte sich hier um einen besonderen Liebesdienst für die Firma Krupp. Ihr, der vom Bericht die Weisheit zur Bestechung für schuldig erklärten Firma, wollte man parlamentarische Rechte opfern!

Sätten wir überhaupt ein Reichsparlament, das etwas auf sich hielte, so wäre schon der erste Versuch einer solchen Schiedung vom Reichstag schonungslos durchkreuzt worden. Man hätte sich dann erst gar nicht auf eine solche Kommission eingelassen, wie sie die Regierung vorschlug.

Die Sozialdemokratie hatte seinerzeit die Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern beantragt, der durch Gesetzeskraft das Recht zur eidlichen Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen verliehen werden sollte. Andere Parlamente, die sich wirklich als Volksvertretung fühlen und nicht als Anhängel einer Regierung, haben des öfteren solche Kommissionen eingesetzt. Nur von ihnen ist die wirkliche Erforschung der Wahrheit und eine faktische Abstellung von öffentlichen Schäden zu erwarten. Aber die große Mehrheit unserer bürgerlichen Parlamentarier zieht ja gleich der Kornwälfersfirma die Hintertreppe vor. Als Komplizen der reaktionären Regierung führen sie den tödlichsten Kampf gegen das Volk, gegen die Volksvertretung. Als Hebler und Verteidiger der kapitalistischen Korruption hintertreiben sie jede gründliche Aufdeckung kapitalistischer Fäulniserscheinungen. So war ihnen der Ausweg der Regierung, von dem sie die Hochachtung und Vertuschung des Krupp-Panamas erwarteten, noch willkommen.

Als Minorität war es der Sozialdemokratie unmöglich, ihre Forderung durchzusetzen. Wohl oder übel mußte sie versuchen, durch eifrige Mitarbeit in der nach dem Willen der Reaktion gestalteten Rüstungskommission so viel Licht in das lichterleere Treiben des Rüstungskapitals zu bringen, als irgend möglich war. Als aber die Regierung diese Komödie durch die tolle Zumutung zu krönen wagte, daß die Sozialdemokratie an Stelle Liebknechts einen anderen Abgeordneten in die Kommission wählen und sich für Liebknecht mit der Rolle eines „Sachverständigen“ begnügen solle, da gab es für eine ernsthafte demokratische Partei gar nichts anderes mehr als ein ehernes Nein, den entschiedensten Protest!

Die Beschlüsse der Fraktion haben der gebieterrischen Situation Rechnung getragen. Mag die Regierung versuchen, wie weit sie mit ihrem durchsichtigen Spiel kommt. Weder sie noch die Firma Krupp werden, die Zukunft wird das beweisen, des würdelosen Intrigenspiels froh werden.

Selbstunserem doch nicht gerade überenergetischen Freisinn beginnt die Geschichte bereits zu dünn zu werden. Die „Pössi sche Zeitung“ erklärt in einem Leitartikel gleichfalls, daß der einzig richtige Weg zur Ermittlung einwandfreier Tatsachen die Annahme des erwähnten sozialdemokratischen Antrages, die Einsetzung einer mit richterlichen Befugnissen ausgestatteten Kommission gewesen wäre. Und sie nagelt weiter die Doppelzüngigkeit der Regierung fest. Sie schreibt:

„Der Staatssekretär Dr. Delbrück fügte im Auftrage des Reichskanzlers hinzu:

„In diese Kommission wird eine entsprechende Zahl von Mitgliedern dieses hohen Hauses berufen werden, wobei die Wünsche der Parteien Berücksichtigung finden sollen.“

Das verlor der Staatssekretär vorgeraten aus einer schriftlichen Mitteilung „im Namen des Reichskanzlers“ am 28. April 1913. In diesem Umfang sei die Regierung bereit, die von der Budgetkommission vorgeschlagene, demnach vom Plenum angenommene Resolution durchzuführen, die dahin geht, den Reichskanzler zu ersuchen, zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferanten für Reichswehr und Marine eine Kommission zu berufen, zu welcher vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige zuzuziehen sind. Der Herr Reichskanzler wird ersucht, den Bericht der Kommission den gesetzgebenden Körperschaften mit Vorschlägen zur Vereinfachung etwaiger Rüststände mitzuteilen.“

Nur der Wahl der Mitglieder durch den Reichstag stimmte die Regierung nicht zu. Dafür verpflichtete sie sich, die Wünsche der Parteien zu berücksichtigen. Mit dieser Zusage steht die Ablehnung des von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen Abgeordneten Liebknecht in handgreiflichem Widerspruch. Und schon deshalb ist es unerlässlich, daß die Regierung alsbald öffentlich erklärt, aus welchen Gründen sie ihr feierliches Versprechen nachträglich einschränken zu müssen glaubt.

Nun, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird durch schleunige Einbringung der angekündigten Interpellation der Regierung Gelegenheit geben, ihre sogenannten

Gründe öffentlich darzulegen. Mit Ausreden und einem etwaigen Versteckspiel wird sie bei der Öffentlichkeit, die durch den Verlauf der beiden Krupp-Prozesse ohnehin im höchsten Maße mißtrauisch geworden ist, wenig Gegenliebe finden.

Zwei Argumente, die in der Krupp-Presse, die ja wohl die Intentionen der Regierung einigermaßen kennen mag, vorgebracht werden, seien schon heute der Lächerlichkeit preisgegeben. Liebknecht soll nicht Mitglied der Kommission sein, wohl aber als „Sachverständiger“ gehört werden. Man kann doch unmöglich glauben, daß Liebknecht etwa als Mitglied der Kommission mit seiner Kenntnis der Krupp- und Rüstungs-skandalosa irgendwie zurückgehalten haben würde. Man muß also annehmen, daß man Liebknecht nicht die Zunge lösen, sondern den Mund nach Möglichkeit verbinden möchte!

Auf der anderen Seite soll der „Kläger“ Liebknecht nicht zugleich „Richter“ sein. Ja, dann dürften doch die Regierungsvertreter selbst erst recht nicht der Kommission angehören. Müßten sie doch — sofern sie sich wenigstens ihrer Pflicht bewußt wären — mindestens in demselben Grade wie Liebknecht Ankläger sein und auf die völlige Klarstellung und Ausrottung aller gemeinschädlichen Treibereien des Rüstungskapitals dringen.

Wie es die Regierung auch anstellen mag: mit den Anklägern des Krupp-Panamas wird sie so nicht fertig! Und zu je zweifelhafteren und anstößigeren Mitteln sie greift, desto gründlicher hilft sie dem Volke die Augen öffnen!

## Mexiko.

Die Nachrichten aus der amerikanischen Wetterrede lauten mit jedem Tag hoffnungsloser. Die Washingtoner Regierung hat alle Vorbereitungen zum Kriege getroffen. Sie läßt die mexikanische Küste durch 16 Kriegsschiffe blockieren, an der Landesgrenze, am Rio Grande, hält sie 20 000 Soldaten einmarschsbereit, den Kredit hat sie dem schädlichen Raubbar schon vor Wochen abgeschnitten. Der mexikanische Diktator Huerta versucht durch dilatorische Maßnahmen die Entscheidung hinauszuschieben und durch gewagte Finanzmanöver den Druck zu paralysieren. Viel ist damit freilich nicht zu erreichen. Denn ohne die helfende Gunst des „großen Bruders“ im Norden fehlt der Finanzwirtschaft und der Industrie Mexikos die Möglichkeit zum geregelter Leben.

Mexiko ist nach Humboldts Ausspruch die Schatzkammer der Welt. Es besitzt alle Stoffe, die das Baumaterial für den Industriefaakt bilden. Seine Metallindustrie übersteigt alle anderen Gewerbe. An der Warenexport, die im Jahre 1910/11 einen Wert von 424 Millionen Mark erbrachte, ist die Metallindustrie mit 340 Millionen beteiligt. Und das ist nur ein schwacher Anfang. Die mexikanische Erz- und Metallproduktion wird erst richtig beginnen, wenn der innere Frieden hergestellt ist, d. h. wenn sich die kapitalistischen Eliten über die Verteilung der Werte geeinigt haben.

Mexikos Industrie, Handel und Finanzwesen sind nahezu ganz in den Händen der New Yorker Hochfinanz. 75 Hundertteile seiner Ausfuhr gehen nach den Vereinigten Staaten, an seiner Einfuhr ist Ostel-Sam mit 57 Hundertteilen beteiligt. Solange dem amerikanischen Kapital die Alleinherrschaft in Mexiko verbürgt, solange ihm Naturkräfte und Menschen unter annehmbaren Bedingungen zur Ausbeutung überlassen blieben, hatte es kaum einen Grund, in die innerpolitischen Angelegenheiten Mexikos einzugreifen, jedenfalls keine Ursache, nach Intervention geschweige nach Annexion zu rufen. Denn eine Einverleibung hätte die Ausdehnung der Rechte und Freiheiten des amerikanischen Wärgers auf die mexikanischen nach sich ziehen müssen, was eine Schmälerung des Rechtes der Ausbeutung sowie die Freiheit die Eingeborenen ungestraft mißhandelt zu dürfen bedeuten würde. Somit hatte die amerikanische Hochfinanz allen Grund, nicht an den politischen Zuständen Mexikos zu rütteln.

Aber seit kurzem wird ihre Alleinherrschaft von einer britischen Gesellschaft bestritten. Und Huerta gilt als der Förderer oder Wünstling des britischen Syndikats. Das ist der eigentliche Grund, weshalb die Presse des amerikanischen Großkapitals und die Washingtoner Regierung mit einem Male die innerpolitischen Zustände der Schwerkerepublik für unerträglich hält und die Abdankung des verräterischen Präsidenten fordert, im Namen von Recht, Freiheit und Menschlichkeit. Natürlich hat die Teufelpresse allen Grund, die Weltgeier der Hochfinanz in einen heiligen Krieg für Freiheit und Menschenrechte umzuführen. Sie kennt ihr Publikum! Würde sie zum Streite für die Interessen der vielverhabten Teufel aufrufen, ein bössches Gelächter vom Hudson bis zum Goldenen Tor war die Antwort. Aber durch den Auf: für Freiheit und Menschenrechte! füllt sich das Pantheon an seiner schwächsten Seite gefüllt. In einer solchen Sache fühlt sich der letzte Cowboy mit dem ersten Teufelherrn solidarisch. Die „amerikanische Kaffe“ wird angerufen, in Mexiko Ordnung zu schaffen, dort die Verräterei und den handigen Menschenmord ein für allemal zu beseitigen, den Schut des Sternensommers auch den schwer mißhandelten Nachbarn im Süden zu verbürgen — einem solchen Krieg will, kann und darf kein Yankee seine Unterstützung verweigern. Der verächtliche Braunsturm (Dun-Sturm) setzt ein, die Norddegegerung wird allgemein, das Pantheon zieht aus, dem Ruhmeskranz seiner Republik, „der freieren und heßeren der Welt“, ein neues Blatt zu erweiten — und die Hochfinanz erhält die ersehnte Weite. Das war so in Kuba, das war so auf den Philippinen. Wird es auch in Mexiko so sein?

Die ungenüßliche Galsstarrigkeit, womit die amerikanische Regierung ihre Forderung Huerta gegenüber vertritt, wird erst be-



gefreilich, wenn man die ganze Größe der auf dem Spiel stehenden Interessen kennt.

Mexiko hat das Anilin, das Öl, viel Öl zu besitzen. Durch die Erfindung und Verallgemeinerung des Dieselmotors ist der Wert des flüssigen Brennstoffs ganz unerwartet gewaltig gestiegen. Die unbestreitbaren Vorteile der Dieselmotoren gegenüber der Dampfmaschine verbürgen die teilweise Verdrängung der Kohle durch flüssigen Brennstoff. In kurzer Zeit werden Industrieanlagen, Bahnen, Kriegsschiffe und Dampfer durch Dieselmotoren angetrieben werden. Die ärmlichen Länder werden wirtschaftlich und materiell von den überreichen Staaten abhängig. Die gesamte Ölproduktion der Welt ist von einer kleinen Clique geistlicher Finanzpiraten, von der Rockefeller-Gruppe, monopolisiert worden. Die Erhaltung des Monopols verbürgt eine goldene Ernte von schnell steigender Größe.

Die Industrie, die Schifffahrt und die Kriegsmarine der armen Staaten müssen flüssigen Brennstoff je länger je mehr und um jeden Preis haben. Kein Wunder, daß sie nach dem Besitz von Oelquellen oder doch nach Durchbrechung des Monopols des Oelraumes streben. Freie Oelquellen in großem Ausmaß besitzt aber, so viel bekannt, nur Mexiko. Unter der Herrschaft Diaz' erhielt die britische Petroleumgesellschaft, an deren Spitze Lord Cromarty, eine sehr einflußreiche Persönlichkeit der englischen Regierungspartei, sehr, eine Oelkonzession. Die systematische Erforschung des mexikanischen Bodens zeigte, daß er von dem kostbaren Brennstoff in Ueberflut überflutet ist. Sehr ergiebige Quellen liegen am Tampico-Bezirk, nicht weit von dem zweitgrößten Hafen des Landes, andere bei Tehuantepec, an der Gränze des Welthandels, am Isthmus, von wo sie leicht durch eine Rohrleitung mit dem schiffbaren Coahuilacoal-Fluß verbunden werden können. Die großen Vorräte veranlaßten die Petroleumgesellschaft, Tankschiffe, Raffinerien und Anlagen zu bauen, um so das Oelgeschäft auf höchster Stufenleiter zu betreiben. In kurzen Jahren ist Mexiko an die dritte Stelle der produzierenden Länder getreten. Und seine Oelförderung steht erst am Anfang.

Der Standardölkonzern hat durch Verleumdung, Verschleuderung des Oeles und Korruption versucht, die Petroleumgesellschaft zu vernichten. Als alles dies mißlang, unterstützte er mit seinen Millionen und Freiwilligen die Maderisten in ihrem Kampfe gegen den britischen Petroleumgesellschaft geneigten Diaz. Damit hatte die Rockefeller-Kompagnie beinahe den Erfolg. Diaz mußte flüchten; an seine Stelle kam Madero als Präsident von Mexiko. Sein Versprechen, die Konzession der Petroleumgesellschaft zu annullieren, konnte er jedoch nicht ausführen, da er seine Beziehungen für das amerikanische Großkapital bald mit dem Tode büßen mußte. Sein Nachfolger Huerta gilt als der Verfechter der Diaz'schen Politik, d. h. er glaubt es im Interesse der Staatskasse wie in seinem eigenen gelegen, wenn die Konzession der britischen Petroleumgesellschaft erhalten, das Monopol des Standardölkonzerns durchbrochen bleibt.

Die Vernichtung des Monopols der Rockefeller'sche bedeutet Vernichtung der bisherigen Möglichkeit, die Oelverbraucher der ganzen Welt nach Willkür brandschlagen zu können; bedeutet den sicheren Verlust von Milliarden. Der Größe der auf dem Spiele stehenden Gewinn entsprechend ist die Stärke des Beschlusses der Trusts, diese nach bewaffneter Intervention und Annexion; ihr entspricht auch die Beharrlichkeit der amerikanischen Regierung bei dem Verlangen nach Huertas Abdankung.

Läufchen nicht alle Anzeichen, so kann es den Mexikanern gehen wie den Büren: Vor knapp anderthalb Jahrzehnten schrieb die kapitalistische Presse Englands nach Gesetz, Ordnung, Handelsfreiheit und Intervention in Südamerika — und hinter diesem Phrasenschaubal steckte die Gier britischer Kapitalisten nach den afrikanischen Goldminen. Heute schreibt die kapitalistische Presse Americas nach Gesetz, Ordnung, Abdankung des Herrschers, nach Intervention in Mexiko, nach Wahrung der Monroe-Doktrin, nach Sicherung der Freiheit der mexikanischen Indianer — und dahinter steckt die Gier der Rockefeller-Gruppe nach den mexikanischen Oelquellen.

Die britischen Finanzpiraten konnten genug des Volkes bekommen und erhielten die bestersehene Beute. Werden die amerikanischen Finanzpiraten auch so glücklich sein?

#### Ablehnung des Ultimatum.

Mexiko, 13. November. (Meldung der Associated Press.) Huerta hat das von Lind übermittelte amerikanische Ultimatum nicht beantwortet und damit abgelehnt. In dem

Ultimatum war ihm bis gestern abend 6 Uhr Zeit gegeben worden, zu erklären, daß er den neuen Kongress nicht zusammentreten lassen werde. Im Falle der Ablehnung dieser Forderung würden die Vereinigten Staaten nicht mehr mit ihm verhandeln.

Und ist gestern abend 8 Uhr nach Veracruz abgereist.

#### Verhandlungen mit den Aufständischen.

New York, 13. November. Nach einem Telegramm aus Bogalés an der mexikanischen Grenze hat der persönliche Vertreter des Präsidenten Wilson, Gale, dem Konstitutionalistenfürher Carranza einen endgültigen schriftlichen Vorschlag übermitteln. Beide Teile lehnen es ab, sich über die Art des Vorschlages zu äußern, doch verhalten sich die Vereinigten Staaten für die Aufhebung des Waffenstillstands u. a. Garantien für die Wiederherstellung der Ordnung, für die Sicherheit der Amerikaner und anderer Ausländer und in der Folge Bildung einer ordnungsmäßigen Regierung fordern.

Die Insurgenten haben am Dienstagabend begonnen, den Verkehr zwischen der Hauptstadt und Veracruz zu stören. Sie hielten hundert Meilen südlich von Mexiko einen Zug an, mißhandelten das Personal und raubten Geld im Betrage von beinahe einer Million Pesos, das der Regierung gehörte. Auch eine große Geldsendung, die Eigentum eines Privatunternehmens war, wurde geraubt. Die Passagiere blieben unverletzt, doch wurden ihnen alle Wertgegenstände abgenommen.

#### Einberufung des mexikanischen Kongresses.

Mexiko, 13. November. Durch eine amtliche Bekanntmachung werden die am 20. Oktober gewählten Senatoren und Deputierten aufgefordert, sich am 15. November zur Konstituierung zu versammeln.

#### Die Oelquellen.

Washington, 13. November. Staatssekretär Bryan hat sowohl die Regierung Huertas als auch die Konstitutionalisten gewarnt, englische oder amerikanische Oelquellen in der Nähe von Tuzpam in Brand zu stecken.

### Der Fall Larkin.

London, 12. November 1913. (Fig. Ber.)

Die Verurteilung des Genossen Larkin zu sieben Monaten Gefängnis hat einen Sturm der Entrüstung unter der Arbeiterschaft Großbritanniens hervorgerufen. Und es ist nicht allein die Arbeiterschaft, die ihrer Empörung über die unbillige Mißachtung des Rechts in dem Larkinprozeß Ausdruck verleiht; aus allen Gesellschaftskreisen kommen die Proteste und die Rufe nach der Freilassung des irischen Gewerkschaftsführers. Das Kabinett hält Sitzungen ab, um zu sehen, wie es sich aus der Verlegenheit ziehen kann, ohne dem irischen Staatssekretär zu wehe zu tun und dessen Kollegen in Dublin über Bord zu werfen. Bis tief in die Reihen der dem Liberalismus treu ergebenen Arbeiter geht die Entrüstung. Der Staatssekretär für Irland hat eine Versammlung in einem Londoner Vorort aufgeben müssen, weil die Arbeitermitglieder des liberalen Wahlvereins Krach zu schlagen drohten. Das alte politische Spiel der Liberalen und Konservativen zieht nicht mehr. „Wir wollen wissen“, sagen die Arbeiter, „weshalb man unseren Massengenossen Jim Larkin für eine Kappalle eingesperrt hat, während man die feinen Herren in Ulster, die offen den gewalttätigen Aufstand predigen, frei unterlaufen läßt.“ Wie tief das Gefühl der Empörung unter den Arbeitern ist, erhellt aus einer Zuschrift, die die „Daily Chronicle“ von einem liberalen Wahlhelfer in Reigley erhielt, wo bei der gestrigen Nachwahl die Arbeiterpartei einen nicht unbedeutlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte, während die Stimmen der Liberalen und Konservativen stationär blieben. Es heißt dort: „In den reinen Arbeiterdistrikten ist die Einperrung des Herrn James Larkin die einzige Frage, über die die Wähler reden wollen. Ich habe beinahe dreihundert Wähler aufgesucht und zu etwa 30 Versammlungen im Freien geredet. Ich habe die Gefahren des Schuggesetzes betont und mich über die Vorteile der neuen Landespolitik ausgelassen; aber immer und immer wieder ist mir von den typischen Arbeitern, die gewöhnlich die liberale Partei unterstützen, entgegengekommen: „Das ist alles recht schön und gut, aber wie steht es mit Larkin?“

Was all diese Gärung hervorgerufen hat, ist nicht allein die große persönliche Beliebtheit des irischen Arbeiterführers, den die Proletarier als ihren Helden betrachten, der mit den mächtigen und gefährlichen „Hauptleuten der Industrie“ wie mit recht gewöhnlichen Sterblichen umspringen weiß. Auch ist es nicht allein der Klassencharakter des Urteils, der die Entrüstung entfacht hat. Die Bedächtigeren fragen sich: Wo soll das enden, wenn die Beurteilung von nun an als Präzedenzfall angerufen wird? Larkin wurde nach einem alten Gesetze der „aufreißerischen Reden“ überführt. Nach demselben Gesetze kann irgend jemand verurteilt werden, der an einem Streik teilnimmt, denn es könnte ihm nachgewiesen werden, daß er (wie es im Gesetz lautet) Worte geäußert hat, „die feindselige Gefühle zwischen den verschiedenen Klassen erzeugen können“. Im Handumdrehen könnte man in England das schönste Sozialistengesetz ohne Parlamentsbeschluss einführen. In England verlieren die Gesetze nämlich ihre Kraft, aus welchem Jahrhundert sie auch stammen mögen, wenn sie durch das Parlament nicht besonders rückgängig gemacht werden. So hat denn die herrschende Klasse ein Arsenal der schlimmsten volksfeindlichen Gesetze aus den dunkelsten Zeiten der englischen Geschichte zur Hand. Der „New Statesman“, das Organ der Leiter der Fabian'schen Gesellschaft, bemerkt zu dem Fall:

„Sollte man es getatten, daß diese Verurteilung einen Präzedenzfall bildet, so haben wir eine Lage, die weit ernstlicher für die Gesellschaft ist, wie selbst die, vor der man vor zehn Jahren bei dem Taff-Bale-Kreis stand. . . Uns scheint es, daß gerade dies eine der seltenen Gelegenheiten ist, bei der ein Generalstreik oder ein Streik, der sich so allgemein wie möglich in kurzer Zeit organisiert läßt, die angemessene Waffe darstellt. Zwar würde eine derartige Demonstration, die von Bergarbeitern im Verein mit den Eisenbahnern, den Transportarbeitern und den übrigen veranstaltet würde, ein nationales Ansehen sein, doch für die Arbeiterklasse würde es auch nicht im entferntesten ein so großes Ansehen sein, wie die Aufrichterhaltung des über Herrn Larkin verhängten Urteils.“

Auch von anderen wird dem Generalstreik das Wort geredet. So agitiert der „Daily Herald“ dafür. Genosse William, der Sekretär der Transportarbeiter-Föderation, tritt für eine Konferenz aller Gewerkschaften ein, auf der beraten werden soll, wie man den Unternehmern Dublin die Zufuhr abschneiden kann. Diese haben sich jetzt angeheißt, Streikbrecher zu importieren. Die Regierung stellt ihnen Londoner Polizisten zum Schutz des Gesindels zur Verfügung. Man macht auch Vorbereitungen, eine kapitalistische Schartruppe, die sogenannte „Civilian Force“, nach Dublin zu schicken. Uns will es scheinen, daß die Anwendung des Generalstreiks bei der jetzigen Lage der Dinge weder Erfolg verspricht noch gerechtfertigt erscheint. Die einen wünschen den Generalstreik, um den Dublinern zur Hilfe zu kommen, vergessen aber scheinbar, daß der Ausbruch des Generalstreiks in Großbritannien den ausgesperrten Arbeitern in der irischen Hauptstadt die englischen Hilfsmittel abschneiden würde, was den Dubliner Unternehmern nur angenehm sein könnte. Die anderen wollen den Generalstreik, um die liberale Reaktion zu bekämpfen, die viel leichter durch eine energische und konsequente Wahlpolitik niedergeschlagen werden kann. Die geltenden Sämerensprüche der liberalen Presse beweisen am deutlichsten, daß die Arbeiterschaft, indem sie für den Arbeiterpartei und den Sozialisten stimmt, die Liberalen an der schwächsten Stelle getroffen hat. Kein Wunder, wenn zurzeit die gesamte liberale Presse Englands das Kabinett ansieht, nur ja den James Larkin möglichst bald frei zu setzen.

#### Die Freilassung beschlossen.

London, 13. November. (Private Telegramm des „Vorwärts“.) Die zunehmende Erregung in der Arbeiterschaft Großbritanniens wie auch die Ausdehnung des Dubliner Streiks auf den Hafen haben die Regierung zum Nachgeben gezwungen. Larkin wird sofort in Freiheit gesetzt.

### Politische Uebersicht.

#### Thronrede und Staatshaushalt.

In Dresden ist gestern der sächsische Landtag mit einer Thronrede eröffnet worden. Es wird darin zunächst der Vater-

### Bildungsarbeit.

In diesem Winter soll in Groß-Berlin die durch Gründung eines Bezirksbildungsausschusses einheitlich und systematisch organisierte Bildungsarbeit ihre ersten praktischen Früchte tragen. Die prinzipiellen Gedanken, die diese Bildungsarbeit zu einer notwendigen Dienstin der Gesamtbewegung machen, sind schon des öfteren in Versammlungen, im Leitfaden des Bezirksbildungsausschusses usw. dargelegt worden. Immerhin ist es angebracht, sie wieder einmal in Erinnerung zu bringen, um so mehr, als wir dazu die Worte eines hervorragenden Führers der internationalen Sozialdemokratie, des Genossen Viktor Adler, ins Feld führen können.

In einem Vortrage in Graz über die Bedeutung der Bildungsarbeit führte Genosse Adler u. a. aus:

„Bildung hängt nicht davon ab, daß man ein gewisses Quantum von Kenntnissen angeeignet hat. Ich kenne sehr gelehrte Herren, die ich nicht gebildet nennen möchte; es sind Spezialisten, die ein großes Quantum von Tatsachen in ihrem Gedächtnis angehäuft haben, die aber den Zusammenhang zwischen dem persönlichen Leben mit dem Leben der Menschheit niemals hergestellt haben. Die Erkenntnis des Zusammenhanges meines persönlichen Lebens mit der Welt, mit dem Leben meiner Klasse, mit dem Leben der Menschheit muß die Frucht dieser Bildung sein, aus dieser Erkenntnis muß das Bewußtsein der Würde des Arbeiters, dann weiter der Mitleid, die Funktion, die ihm obliegt, vor dem ganzen Volke auszusprechen, erwachsen — dann haben wir, was wir „Bildung“ nennen. Was meinen wir eigentlich, wenn wir sagen, wir wollen Bildung unter die Arbeiter bringen? Heißt das, wir wollen ihnen ein Quantum astronomischer oder chemischer oder historischer Kenntnisse beibringen? Das ist ja alles gewiß sehr nützlich für sie. Aber meinen wir nicht etwas ganz anderes? Wenn ich von einem gebildeten Arbeiter spreche, so will ich sagen: Das ist ein Mann, der sich eine deutliche Vorstellung davon erworben hat, in welchem Zusammenhang er selber, sein ganzes Leben, seine Existenz mit der Außenwelt steht, und zwar zunächst mit der Klasse, in der er lebt. Das ist der erste Schritt für uns, zum Klassenbewußtsein zu kommen, das heißt für den Arbeiter, sich zu erkennen als ein Glied der Arbeiterklasse, sich selbst aus der Isolierung, aus der Einsamkeit herauszureißen, der der ungebildete Arbeiter naturgemäß verfällt.“

Der Indifferenz, der unangenehme Arbeiter steht auf dem Standpunkt, daß sein Schicksal ein persönliches ist, daß es ein Glückfall ist, wenn es dem einen gut geht, und daß es nur Pein hat, weil es ihm schlecht geht. Daß es nur sein Schicksal, als armer Teufel geboren worden zu sein, und daß es so der Lauf der Welt sei, daß es reiche Leute und arme Teufel gibt. Was wir als erste Erkenntnis in die Köpfe der Arbeiterschaft zu tragen haben, ist

das Bewußtsein, daß ihr Schicksal nicht ein einzelnes, ein individuelles ist, sondern daß sie ein Klassen-schicksal tragen, und daß dieses Schicksal der Arbeiterklasse wieder nicht etwa ein zufälliges ist, sondern ein geschichtlicher Zusammenhang in der großen Geschichte der Menschheit. Dieser Gedankengang ist natürlich etwas, was nicht so mit wenigen allgemeinen Sätzen dargelegt und abgelesen werden kann, sondern dazu ist notwendig ein wirkliches Durchdringen der Menschheitsgeschichte und ein Erfassen der Vorgänge unserer heutigen Geschichte, damit sich der Arbeiter als Glied der Klasse fühle und zu der Erkenntnis gelange, daß sein Schicksal das Produkt des Schicksals seiner Klasse ist und seine Pflicht es ist, die Pflichten, die ihm die Geschichte gegenüber seinen Massengenossen auferlegt, zu erfüllen und zu erfüllen. . . .

Den Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft steht heute eine ganze Reihe von Bildungsmitteln zur Verfügung. . . . Zum Wissen und zur Bildung gehört auch das Lesen.

Das Wichtigste, was vor allem anderen zu erlernen ist, ist das Lesenlernen. Eine Bibliothek ist, wie es sich eigentlich von selbst versteht, nicht da zum Ausputz, zur Parade, sondern daß man sie benutzt, daß sie gelesen wird. Aber die Frage, wie man eine solche Bibliothek benutzen will, wie man lesen soll, ist so wichtig, daß es von großem Nutzen wäre, wenn darüber eigene Vorträge abgehalten werden würden. Nicht das ist ausschlaggebend, daß jemand eine gewisse Summe von Wissen aus den Büchern in sein Gedächtnis aufnimmt, daß er ziel- und planlos alles liest, sondern daß er zu lesen versteht. Eine Bibliothek ist nicht bloß eine Registratur von Büchern, die nebeneinander stehen, eine Bibliothek ist etwas Lebendiges, ein organischer Zusammenhang, und der sie benützt, muß lernen mit ihr umzugehen. Bücher sind nicht da, um alle gelesen zu werden. Der vor einiger Zeit verstorbene Schriftsteller Dürhard, der eine Kleinbibliothek gehabt hatte, wurde einmal gefragt: „Ja haben Sie denn das alles gelesen?“ Er antwortete: „Bücher sind ja nicht da zum Lesen, sondern um befragt zu werden.“ Das ist etwas sehr Wichtiges. Und diejenigen, die dazu berufen sind, müssen auf die Arbeiter in diesem Sinne einwirken.“

Es ist kein Zweifel, daß wir seinerzeit, als wir auf den politischen Schauplatz traten und für das Wahlrecht kämpften, unseren jungen Leuten zu wenig Bildung mit in den Kampf gegeben hatten. Wir haben ihnen ganz einfach Gewehr und Patronentasche in die Hand gegeben und sie ins Feuer geschickt, aber eigentlich abgerichtet haben wir sie nicht. Wir haben aber auch noch heute eine Menge Leute, die sich mit gutem Rechte Sozialdemokraten nennen und mit ganzem Herzen Sozialdemokraten sind, die für die Partei und für die Sache dardurch gehen, denen aber das eigentliche Wissen, die eigentliche sozialdemokratische Bildung fehlt, die die Arbeit des Tages nicht mit dem eigentlichen Kampfe und Ziele der Partei in Zusammenhang bringen können. Sie wissen sehr gut, daß ich dies nicht vielleicht in Tone des Vorwurfs sage. Ich bin doch an dieser Lausache

so viel schuld oder so wenig schuld wie jeder andere von uns. Schuld waren die Verhältnisse, die nicht von uns geschaffen wurden, die es aber erschwert oder unmöglich gemacht haben, alle unsere Kämpfer mit der für die Parteibewegung notwendigen sozialdemokratischen Bildung zu erfüllen. Vor allem ist es die Arbeit des Tages — dabei spreche ich gar nicht von der Arbeit der Werkstätte —, ist meine die politische und organisatorische Arbeit des Tages, die so viele Kräfte absorbiert, daß es schwer ist, noch so viel Zeit und Kraft zu gewinnen, um zu lernen. Und doch ist dies unbedingt notwendig, sonst gehen wir zugrunde.“

Wir können mit großer Genugtuung sagen, daß die Arbeiterbewegung seit zwanzig Jahren viel erreicht hat. . . . Das, was wir geworden sind, sind wir geworden trotz der Unzufriedenheit mancher einzelner unter uns. Und es wird weiter vorwärts gehen, dafür bürgen uns der Kampfmut und der Bildungsdrang, die in unseren Reihen vorhanden sind. Zu unserem Glück und zu unserer großen Befriedigung hat der Bildungsdrang nicht abgenommen, sondern zugenommen, und es ist für mich ein Gegenstand fortwährender Erhebung, zu sehen, wie eine große Anzahl von Leuten diese Bildungsarbeit mit dem größten Eifer, mit jugendlichem Fanatismus in die Hände nehmen und im Zusammenhang mit ihr die Ausbildung unserer Jugend, die Entwicklung der Jugendorganisation und die Agitation ist eine der erfolgreichsten Tatsachen. Es gibt gute Tage und es gibt schlimme Tage in unserer Partei. Aber wer keine Prügel verdrägt und müßig wird, weil es einmal nicht so ging, wie man gehofft hatte, der ist kein wahrer Sozialdemokrat. Wir wissen heute sehr genau, daß jede Politik, die nicht auf dem Wissen der Arbeiterklasse beruht, die nicht getragen wird von dem klaren politischen Willen der Arbeiterklasse, ergebnislos werden muß. Wir wissen, daß jedes Wissen, welches nicht vom politischen Willen begleitet ist und das nicht als Resultat ergibt den Appell an die äußerste Energie des einzelnen seiner Klasse, mit allem, was in ihm ist, daß ein solches Wissen leer ist. Heute umfaßt die Arbeiterschaft eine ganze Reihe von Dingen unseres Organismus: wir haben gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Organisationen, wir haben Organisationen, die mit der Kunst zu tun haben, in allen ihren Formen. Eine Fülle von Bildung erreicht da. Das Große unserer Bewegung ist ja, und darin zeigt sich ja ihre Kraft, daß sie nach und nach den ganzen Menschen in allen seinen Tätigkeiten erfasst, und das zeichnet unsere Partei vor jeder anderen aus. Ich sage Ihnen, Sozialdemokrat zu sein, das ist eine Beschäftigung, das ist ein Beruf, der einen jede Minute im Tage von früh bis in die Nacht gefangen nimmt. Er hat immer etwas aufzunehmen, immer was von sich zu geben; er steht immer im Dienste. Das ist das Großartige in unserer Partei, daß sie den ganzen Menschen erfasst und daß sie aus dem Wissen, aus dem Einsichten in die Entwicklung die Ueberzeugung entspringen läßt, unserer Sache und dem Willen dieser Sache zu dienen, mit allen unseren Kräften. Parteigenossen! Die Bildung und das Wissen, das Sie in systematischer Weise annehmen wollen und zu dem Ihnen nun in geordneter Weise die Mittel geboten werden, sollen Ihr Streben sein und bleiben!



ländischen Erinnerungstage dieses Jahres gedacht, insbesondere des Regierungsjubiläums des Kaisers und der Feier der Einweihung des Völkerringdenkmals in Leipzig. Sie begrüßt ferner mit Genugtuung die Annahme der Wehrvorlage im Bundesrat und Reichstag, die einen fortdauernden Frieden verbürgt, und fährt fort:

„Nicht ohne Sorge erblickt aber meine Regierung in der zur Deduktion eines Teiles der laufenden Ausgaben gewählten Vermögenszuwachssteuer eine Durchbrechung des Grundgesetzes, das den Gliedstaaten des Reiches zur Erfüllung ihrer bedeutsamen Aufgaben die direkten Steuern ungeschmälert zu belassen sind. Meine Regierung wird es daher als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, im Einvernehmen mit der Reichsverwaltung weiteren Beeinträchtigungen der bundesstaatlichen Finanzrechte auf dem Gebiete der direkten Steuern entgegenzutreten.“

In der Finanzperiode 1910/11, so heißt es weiter, habe sich ein sehr erfreulicher Ueberschuß im Etat ergeben; dagegen mache der seit dem laufenden Jahre bemerkbar gewordene Rückgang in der Beschäftigung einer Anzahl von Industriezweigen neuerdings mehr und mehr seine Wirkungen geltend. Da in dieser rückläufigen Bewegung ein Stillstand noch nicht eingetreten sei, so habe die Regierung bei Einstellung der Staatseinnahmen für 1914/15 der veränderten Wirtschaftslage Rechnung getragen.

Zugleich ging gestern dem Landtage der Entwurf des Staatshaushaltsetats für die Finanzperiode 1914/15 zu. Er schlägt für jedes der beiden Etatsjahre in Einnahmen und Ausgaben im Ordinarium mit insgesamt je 491 907 943 M. gegen 453 222 642 M. im vorigen Etat. In den außerordentlichen Staatshaushaltsetats sind 72 891 000 M. eingestellt. Im Etat erscheinen zum ersten Male Kapanagen und Etablierungsbeiträge an den Kronprinzen und den Prinzen Friedrich Christian, die im Laufe der Finanzperiode ihr 21. Lebensjahr vollenden.

### Die preussische Regierung hat das Wort!

Die preussische Regierung scheint sich mit ihrem Artikel zum Falle Amundsen in der „Nordd. Allg. Ztg.“ böse in die Kesseln gesetzt zu haben. Zur Rechtfertigung des Regierungspräsidenten Wert war nämlich angeführt worden, daß im vorigen Jahre Selangovorträge des dänischen Kammerjägers Herold in Flensburg von den dortigen Dänen „zu deutschfeindlichen Kundgebungen mißbraucht“ worden seien. Dabon soll nun, Flensburger Blättern zufolge, „kein Atom“ wahr sein. Die „deutschfeindlichen“ Kundgebungen sollen nur darin bestehen, daß Deutsche und Dänen Herrn Herold zugejubelt haben. Unter den deutschen Zuhörern befanden sich u. a. höhere Offiziere und sogar der Flensburger Polizeimeister selber, den die dänische Presse als Zeugen zitiert. Die ganze Geschichte wird als eine „reine Lüge“ bezeichnet, die man der Regierung weisgemacht habe.

Das wäre allerdings ein starkes Stück. Die preussische Regierung wird auf alle Fälle Rechenschaft ablegen müssen. Es ist ja etwas anderes, ob etwa ein nordmärkisches Käseblatt ein aus der Luft gegriffenes Gerücht ausspricht oder ob das unfehlbare Organ der unfehlbaren preussischen Regierung in einem Artikel, der sich äußerlich als das Produkt des preussischen Polizeiministers v. Dallwitz zu erkennen gibt, handgreifliche Unwahrheiten serviert. Herr v. Dallwitz wird sich natürlich die Geschichte nicht aus den Fingern gelassen haben; es wird ihm ja irgend ein beamteter Ehrenmann mit seinem Namen für ihre Richtigkeit bürgen. Aber die Offenheit, der Herr v. Dallwitz sein Geheimnis anvertraut hat, muß jetzt unbedingt etwas Genaueres erfahren. Er herrscht nämlich seit dem Zwischenfall Bangsen bei der zweiten oder dritten Lesung des Staatsangehörigkeitsgesetzes nicht allzu großes Vertrauen zu den nordmärkischen Berichten an die Zentralbehörden.

Der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ soll noch einige „Ungelegenheiten“ mehr enthalten, aber die wird man erst dem Minister schenken dürfen, wenn er für die eine Behauptung den Beweis erbringt. Also bitte, Herr v. Dallwitz: Was waren das für „deutschfeindliche Kundgebungen“, zu denen die Selangovorträge des Kammerjägers Herold von den dänischsprechenden Versammlungsteilnehmern mißbraucht wurden?

### Wahlerfolge bei den badischen Kreisstadtwahlen.

Die Wahlmännerwahlen zu den Kreisversammlungen brachten unseren Genossen in Baden entschiedene Erfolge. In Mannheim brachte die Sozialdemokratie von insgesamt 812 Wahlmännern 687 durch. Auf die nationalliberale Partei entfielen nur 125. Sämtliche 3 Mandate zur Kreisversammlung fallen also der Sozialdemokratie zu. Auch im Landbezirk Mannheim wurden respektable Wahlerfolge erzielt. In Forstheim erhielt die Sozialdemokratie 27 Wahlmänner, die Nationalliberalen 49. Die drei zu wählenden Kreisstadtsabgeordneten fallen der Sozialdemokratie zu. In Freiburg siegte das Zentrum über die liberale Linke. In Karlsruhe beteiligte sich die Sozialdemokratie nicht an den Wahlen.

### Vertrufung des telegraphischen Nachrichtendienstes.

Die vier bekannten Depeschendirektoren: Louis Girschs Telegraphisches Bureau, Herold Depeschendirektion G. m. b. H., Preßzentrale G. m. b. H. und Deutscher Telegraph G. m. b. H. haben durch gemeinsame Gründung der Telegraphen-Union eine Interessengemeinschaft geschlossen.

Den Vorsitz in der Verwaltung der vier verbundenen Unternehmen hat Staatsminister Erzelenz v. Rodtelski übernommen, ferner gehören der gemeinsamen Verwaltung u. a. an: Generalleutnant Ernst Girsch, Graf Oppersdorf, Legationsrat Dr. v. Schwertin, Geheimrat Wittig, Justizrat Orodny, Herr Rosino und der Großindustrielle Sattler.

### Ist das Buchhausgesetz im Anmarsch?

Die „Tägliche Rundschau“ bringt die Meldung: „Die Entschiedenheit des Industrieministers des Kaiserreiches, die ein Arbeitswilligkeitsgesetz zu erlassen, bildet, wie wir erfahren, den Gegenstand von Erwägungen im Reichsamt der Innern, gemeinsam mit ähnlichen Ersuchen anderer industrieller Körperschaften. Die Frage scheint unsere Regierungskreise lebhaft zu beschäftigen, denn wie wir weiter hören, sind auch die zuständigen preussischen Ressorts zu den Beratungen über ein Schutzgesetz über Arbeitswilligkeit herangezogen worden.“ Der Reichstag tritt demnächst zusammen, dann wird ja wohl näheres über die Pläne der Regierung herauszubringen sein.

### Der Zabernsche Krieg gegen die „Wackes“

hat eine sensationelle Wendung genommen. Wie aus Zabern berichtet wird, ist der Regimentskommandeur Oberst v. Reutter auf unbestimmte Zeit in Urlaub gegangen. Die Ursache dieses auffälligen Urlaubs des Regimentskommandeurs wird in einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kreisdirektor Wackes und dem Herrn Regimentskommandeur gesucht. v. Reutter soll beabsichtigt

haben, den Verlagerungszustand über Zabern zu verhängen, wogegen sich der Kreisdirektor energisch gewehrt hat. — Wie überflüssig schon die jetzigen scharfen militärischen Maßnahmen waren — Vereinstellung von Maschinenwehren mit scharfer Munition — zeigt der Mittwochabend. Es herrschte völlige Ruhe und erinnerte absolut nichts mehr an die Vorgänge der letzten Tage. Wenn die Massen wieder unruhig werden, dann hätte es höchstens auf die provokatorischen militärischen Maßnahmen hin geschehen können.

### „Die Weltverbesserer als Steuerdrückberger.“

Die „Post“ wiederholt in einem abermaligen Ergüsse ihre Verleumdungen gegen die Aktiengesellschaft Lindenhaus. Aber sie vertritt nur noch einmal ihre geschäftliche Unwissenheit, so daß es sich nicht lohnt, nochmals darauf einzugehen. Zum Schluß kriegt das Krupp-Organ einen Anfall von Größenwahn: Sie — die „Post“, ausgesucht die „Post“ — hat den „Vorwärts“ „an den Pranger gestellt“. Die „Post“ kann jemand an den Pranger stellen! „Daß du die Kasse ins Gesicht schlägst.“

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ macht sich die Verleumdungen der „Post“ zu eigen. Schöne Seelen finden sich immer. Aber die „Deutsche Tageszeitung“ macht es wenigstens viel geschickter. Die versteht was davon! Wie wenn sie das Fachorgan für agrarische Steuerdrückberger wäre, so gibt sie der Aktiengesellschaft Lindenhaus geradezu schuldige Ratsschläge, wie sie ganz nach Belieben und den Bedürfnissen der Bilanzierung entsprechend die Mieten festsetzen könne, um dadurch der Einkommensteuer zu entgehen. Sie überfließt dabei bloß, daß wie in Berlin leben, wo die Steuereinschätzungskommission derartige Praktiken nicht dulden würde. Dazu gehörte ein Steuereinschätzer mit solch agrarischem Empfinden und solch agrarischen Augen, wie sie bei den agrarischen Steuerhinterziehungen, die Prof. Delbrück geschildert hat, vorhanden gewesen sein müssen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint ferner, „wenn erst die Schulden abgelöst sind“ — da das noch eine geraume Weile dauern wird, wollen wir jetzt auch nicht weiter davon reden, zumal die „Deutsche Tageszeitung“ sich damit tröstet: „Zweifellos ist die Sache juristisch und kaufmännisch außerordentlich geschickt gemacht. Eine juristisch sachbare Steuerdrückbergerei ist es nicht.“

Na also, warum denn das heuchlerische Geschrei!

### Notwehr?

Erst vor wenigen Tagen hat der „Vorwärts“ berichtet, daß im Kreise Gagnau in Schlesien ohne Grund ein Landarbeiter, Vater von fünf noch schulpflichtigen Kindern, von einem Gutsbesitzer mit einem schweren eisenschlagenden Stock so über den Kopf geschlagen wurde, daß der Landarbeiter wenige Stunden darauf an den erlittenen Verletzungen starb. Heute kommt eine ähnliche Nachricht aus dem Jüterparadies in Ostpreußen. Dort ist ein Landarbeiter, Vater von sechs Kindern, durch die Hintertür eines Agrarsiers hingestreckt worden. Am letzten Sonntagmorgen waren drei Arbeiter des Gutsbesizers Willamowicz aus Neu-Laschken bei Verfallsen im Kreise Jüterburg angeblich zu laut im Wiederspiel. Als B. ihnen Ruhe gebot, sollen die drei den Versuch gemacht haben, gegen ihn tödlich vorzugehen. B. holte sich darauf sein Jagdgewehr und schoß den Arbeiter Schuttrickel mit einem wohlgezielten Schuß nieder. Der Mörder stellte sich der Staatsanwaltschaft mit der in diesen Fällen üblichen Ausrede, daß er in „Notwehr“ gehandelt habe. Er fand damit auch Glauben, denn er blieb auf freiem Fuß.

### Die griechisch-türkischen Verhandlungen.

Konstantinopel, 13. November. Gestern abend wurden den türkischen Delegierten in Athen Instruktionen erteilt, durch welche einige Änderungen des Wortlauts des paraphierten Friedensvertrages vorgeschlagen werden. Der griechische Unterhändler Bedvids erklärte gestern in einer Unterredung mit dem Großwesir, Griechenland bestche darauf, daß der paraphierte Wortlaut unterzeichnet werde.

Konstantinopel, 13. November. (Meldung des Wiener Tel.-Korr.-Bureaus.) Die letzten Schwierigkeiten sind beseitigt. Soeben ist den türkischen Delegierten die Weisung übermittelt worden, zu unterzeichnen.

### Rußland.

#### Duma und Regierung.

Petersburg, 12. November. In der heutigen Abend Sitzung der Reichsduma sollte eine Interpellation der Sozialdemokraten an den Justizminister über die provokatorische Tätigkeit der Petersburger politischen Polizei bei der Anklage sozialistischer Abgeordneter der zweiten Duma zur Verlesung kommen. Der Präsident erklärte, er habe den Text der Interpellation gelesen und könne ihre öffentliche Verlesung nicht erlauben, da sie unzulässige Ausdrücke enthalte. (Beifall rechts.) Eine Reihe sozialdemokratischer Redner wies darauf hin, daß der Präsident die Hausordnung verleihe, da die Zensur über Neben nicht feiner, sondern der Kompetenz der gesamten Duma zustehe. Drei Redner wurde das Wort entzogen, weil sie von der Frage abschwärmten. Der Präsident erklärte es in längerer Rede für seine Pflicht, mit der Würde der Duma unverehrbare Ausdrücke nicht zuzulassen; er halte deshalb seine Verfügung aufrecht. (Beifall und Aufst. Sehr richtig!) Der Präsident erklärte weiter, er habe nichts gegen die Interpellation, falls verlegende Ausdrücke vermieden würden, was ohne jede Änderung des Sinnes möglich sei. (Unhaltender Beifall im Zentrum und Bravourschreie rechts.) Die Redaktionen Schchemon und Mikulow sprachen dem Präsidenten das Recht ab, den Text der Interpellation vor der Verlesung in der Duma zu beurteilen. Das Mitglied der Rechten Purischkewitsch sagte, in der zweiten Duma sei unter den Sozialdemokraten der Dieb Kusnezow gewesen, der vielleicht die Diebesprobe in der Duma gebrauchen konnte. (Starker Lärm links, Aufst. Deraus!) Der Präsident entzog Purischkewitsch das Wort und erklärte den Zwischenfall für erledigt. Darauf verhandelte die Duma über die Antwort des Kriegsministers auf die Interpellation wegen der Explosion der Ostamerikaner im Jahre 1912. 193 Mitglieder der Ostbristenpartei brachten einen Antrag ein, in dem die Antwort des Ministers für ungenügend erklärt und die Nachlässigkeit der Verwaltung betont wird. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

### China.

#### Jüanhschikais Staatsreich.

London, 13. November. Nach einer Meldung der „Times“ aus Peking besteht Unsicherheit über die weiteren Maßregeln des Präsidenten Jüanhsikai; es scheint jedoch, daß dieser das Parlament vorläufig ganz suspendieren wird. Es soll statt dessen eine Verwaltungskonferenz von 71 Mitgliedern ernannt werden. Das jüanhschikaische Element soll in dieser Körperschaft gänzlich fehlen. Es heißt in Peking, daß das Budget und die Verfassung dieser Konferenz zur Erledigung überwiesen werden sollen.

## Aus der Partei.

### Die Großblockpolitik.

Genosse Kolb hat, unbeeinträchtigt durch den Ausgang der badischen Wahlen, nicht nur seiner (ungläublichen) Liebe zum Großblock immer wieder Ausdruck gegeben, sondern er ist sogar so weit gegangen, zu behaupten, daß die Sozialdemokratie vor Mandatsverlusten (ob auch vor Stimmenverlusten hätte man ja dann überhaupt nicht konstatieren können) bewahrt geblieben wäre, wäre nur der Großblock gleich für den ersten Wahlgang in Aktion getreten. Dem widerspricht nun erfreulicherweise auch ein badisches Parteiblatt, die „Freiburger Volksmacht“. Sie schreibt:

Auch wir haben uns damals für den Großblock im ersten Wahlgang ausgesprochen. Aber wenn wir die Erfahrungen im beendeten Wahlkampf sprechen lassen, wenn wir an die Abspaltungsergebnisse der Nationalliberalen in Nassau und Lohr und nicht minder an die Aufstellung der (bekanntlich auch gewählten) Nationalliberalen Großblockgrüner Ritter in Heidelberg, Land und Krauth in Heidelberg-Eberbach denken und an noch andere Dinge, die sich als Großblockunfreundlichkeiten charakterisieren, dann kommen wir schon zu dem Schluß: Es war gut, daß der Großblock für den ersten Wahlgang nicht bestand. Nähere Auslassungen wollen wir uns heute sparen, da die Frage noch des öfteren erörtert werden muß.

Auch wir meinen, daß die badischen Genossen zu näheren Erörterungen alle Veranlassung haben, die hoffentlich die Rückkehr zu einer entschiedenen und prinzipiellen Taktik herbeiführen werden. Sehr förderlich für diese notwendigen Auseinandersetzungen wäre es auch, wenn die badische Parteipresse die Genossen über die Urteile der Parteipresse im Reich informierte.

### Kommunalwahlen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Bielefeld behaupteten unsere Genossen wiederum die bisherigen Mandate. Die 15 Mandate der dritten Abteilung sind seit dem Jahre 1908 im Besitz der Sozialdemokratie.

In Sagan unterlagen am Mittwoch unsere Genossen bei der Stadtverordnetenwahl mit 305 gegen 505 Stimmen, die auf die vereinigten Gegner fielen. Unseren Genossen wird dort die Agitation dadurch erschwert, daß das Kommunalwahlrecht an den Erwerb des Bürgerrechts geknüpft ist, das wiederum mit Geldlosten verbunden ist. Unter den 505 bürgerlichen Wählern sind mehr als 200 Eisenbahnbeamte und Arbeiter, ferner 57 Postbeamte, die natürlich nicht anders als im Sinne der bürgerlichen Parteien wählen dürfen.

In Bunzlau wurden am Mittwoch in der dritten Abteilung drei Sozialdemokraten gewählt; der vierte steht in Stichwahl.

## Jugendbewegung.

Die Errichtung eines Sekretariats für die Arbeiterjugend haben die Parteifunktionäre von Rheinland-Westfalen beschlossen, um die Bewegung unter den jugendlichen Arbeitern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu fördern. Als Sekretär wurde Genosse Wilh. Eng-Warmen gewählt.

### Der Bund deutscher Pfadfinderinnen.

Dieser weibliche Zweig der Jungdeutschland-Bewegung, der im Jahre 1912 gegründet wurde, zählt nach Angabe seiner Vorsitzenden, Frau Elise von Hopffgarten, gegenwärtig 30 Ortsgruppen mit 6000 Mitgliedern. Die Jiffie läßt erkennen, daß das Bürgerrecht der Erziehung junger Mädchen eine Bedeutung entgegenbringt, wie sie in Arbeiterkreisen leider nur selten zu finden ist. Gewiß ist nicht zu befürchten, daß der Pfadfinderinnenbund Proletariermädchen in nennenswerter Zahl gewinnen wird. Sein Rekrutierungsfeld ist die höhere Mädchenschule. Aber die junge Arbeiterin bedarf nicht minder des Schutzes vor Unternehmervöllerei und der körperlichen und geistigen Ausbildung. Die Erziehung unserer Mädchen liegt nicht allein im Interesse der Jugend selber. Die Proletariermädchen sind die künftigen Proletariermütter, denen in erster Linie die häusliche Erziehung des jungen Nachwuchses obliegt.

## Letzte Nachrichten.

### Eröffnung des badischen Landtags.

Karlsruhe, 13. November. (S. B.) Wie amtlich mitgeteilt wird, wird der badische Landtag am 27. November eröffnet werden.

### Eine Ueberraschung.

Washington, 13. November. (W. T. B.) Gerade vor 12 Uhr mittags erklärte der Geheimsekretär des Präsidenten Wilson, daß die von Wilson vorbereitete Erklärung für jetzt zurückgehalten werde. Ein Grund für die Aenderung in der Absicht des Präsidenten wird nicht angegeben, jedoch ist bekannt geworden, daß Bryan von Hale und D. Shaughnessy Telegramme erhalten hat. Ob deren Inhalt etwas mit der Sache zu tun hat, ist nicht bekannt.

Washington, 13. November. (W. T. B.) Präsident Wilson erklärte, er habe unerwartet ermutigende Nachrichten aus Mexiko erhalten.

### Hilfe verbeten.

New York, 13. November. (W. T. B.) Wie aus Kogales gemeldet wird, hat der Konstitutionalistenfürer Carranza heute erklärt, er werde keinerlei Vermittlung, weder von den Vereinigten Staaten noch von einer anderen fremden Regierung, annehmen. Carranza wiederholte die früheren Erklärungen, daß die Konstitutionalistens lediglich das Recht der Einfuhr von Waffen und Munition von den Vereinigten Staaten wünschten.

### Larkin in Freiheit.

Dublin, 13. November. (W. T. B.) Der Arbeiterführer Larkin erteilte unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis telephonische Anweisungen für die ausstehenden Arbeiter in Dublin und begab sich darauf nach der Freiheitshalle, wo ihn dreitausend Personen eine begeisterte Kundgebung bereiteten. Larkin erklärte, die Regierung habe einen Fehler begangen, daß sie ihn ins Gefängnis geworfen habe, und noch einen größeren Fehler, daß sie ihn wieder freigelassen habe, es werde in England zum Generalfreilassen kommen.

### Folgen der Unwetterkatastrophe in Amerika.

New York, 13. November. (P. C.) Die Nachrichten über den Sturm lauten nach wie vor sehr ernst. Es sind im ganzen über 150 Personen in den verschiedenen Staaten umgekommen. Die Stadt Cleveland ist buchstäblich von Hungerstod betroffen, da man nicht genügend Arbeitskräfte findet, um den Schnee, der stellenweise in einer Höhe von 6 Fuß lagert, aus der Stadt zu schaffen.

### Ein Eisenbahnzug von einer Brücke abgestürzt.

Montgomery (Alabama), 13. November. (W. T. B.) In der Nähe von Clayton ist ein Zug der Central Georgia Railway von einer Brücke abgestürzt. Dabei wurden zwanzig Personen getötet und 250 verletzt. In dem Zuge befanden sich zahlreiche Schauspieler, die zum Jahrmarsch nach Tusculum reisen wollten.



# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1087, 9714.

Heute Freitag, den 14. November 1913, abends 8 1/2 Uhr:  
**18 Mitglieder-Versammlungen**

Sonnabend, den 15. November, nachts 12 Uhr:  
**Allgemeine Versammlung der Kinooperateure**

- in folgenden Lokalen:
- |  |   |
|--|---|
| 1. Abt.: Büttner's Festhale, Schwedter Str. 23, II. Saal.  | 12. Abt.: „Artushof“, Perleberger Str. 26.                    |
| 2. „ Büttner's Festhale, Schwedter Str. 23, gr. Saal.      | 13. „ „Noabiter Bürgerhale“, Beusselstr. 9.                   |
| 3. „ „Verolina-Zale“, Schönh. Allee 28, Mittelsaal.        | 14. und 15. Abt.: „Noabiter Gesellschaftshaus“, Wicelstr. 24. |
| 4. „ „Verolina-Zale“, Schönh. Allee 28, ober. Saal.        |   |
| 5. „ „Bliesche, Kopenhagener Str. 74.                      | 16. Abt.: „Funte, Triftstr. 63.                               |
| 6. „ „Zähmisch, Vornholmer Str. 7.                         | 17. „ „Feibels Festhale, Kolberger Str. 23.                   |
| 7. „ „Schönhäuser Festhale, Schönhäuser Allee 129.         | 20. „ „Rösliner Hof“, Rösliner Str. 8.                        |
| 8. „ „Zwinemünder Gesellschaftshaus“, Zwinemünder Str. 42. | 21. „ „Pharusale“, Müllerstr. 142.                            |
| 9. „ „Dorussia-Zale“, Adlerstr. 6/7.                       | 22. „ „Zachon, Müllerstr. 136.                                |
| 11. „ „Oranienburger Festhale“, Chausseest. 16.            |   |

in den Musiker-Festhale, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag. 2. Welche Schritte unternehmen wir in der Feilgabende Frage?  
In Anbetracht der Wichtigkeit der Dinge sind sämtliche Kinooperateure Groß-Berlins hiermit eingeladen und erwarten wir vollständiges Erscheinen.

Sonntag, den 16. November, vormittags 10 Uhr:  
**Versammlung aller in der Emailierbranche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:  
1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.  
2. Stellungnahme zur Tagesordnung der Kreis-Generalversammlung.  
3. Vortrag: Die nächsten Aufgaben der politischen Organisation.  
Referenten: Oswald Aysche, Max Barth, Paul Brühl, Otto Büchner, Karl Giebel, Emil Girbig, Kurt Heinig, Karl Hetzschold, Karl Jahn, Paul John, Joachim Klöß, Franz Marx, Albin Mohs, Wilhelm Pätz, Daniel Stücklen, Georg Ucko, Emil Unger.  
In der 22. Abt.: Vortrag über Feuerbestattung. Referent: Direktor Pauli.

Tagesordnung:  
1. Bericht der Verhandlungskommission. 2. Und was denken nun die Kollegen zu tun?  
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt nötig, da eventl. wichtige Beschlüsse gefaßt werden.  
**Die Ortsverwaltung.**

## Orts-Frankenkasse der Klempner.

Am Freitag, den 21. November 1913, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4, die

## Generalversammlung

der Vertreter der Rassenmitglieder und Arbeitgeber unserer Kasse statt.  
Tagesordnung:  
1. Berichterstattung der Protokolle.  
2. Ergänzungsmahl von Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer.  
3. Beschäftigung über den Beitrag mit den Rassenmitgliedern.  
4. Kassenangelegenheiten.  
Der Vorstand.

## Bekanntmachung.

An der Schiedsstelle der Margarinewerke Verolina, Berlin-Lichtenberg, Herzbergstr. 55, werden auf Grund des § 72 des Gewerbeverordnungs-Gesetzes der von dem Einigungsamt Berlin-Lichtenberg in der Beilegung des Streitfalls zwischen Dr. Staben als Vorsitzenden, den Fabrikbesitzern G. Uymann, K. Wälben und den Gewerkschaftsangehörigen G. Erner, R. Behrend als Vertrauensmänner am 29. Oktober 1913 abgegebene Schiedssprüche, sowie die darauf abgegebenen Erklärungen der Parteien nachstehend öffentlich bekannt gemacht:  
Das Einigungsamt gibt folgenden Schiedsspruch ab:  
In e) des Tarifvertrages: Werden abends von 6-8 Uhr Ueberstunden gemacht, so tritt eine Pause nicht ein; wird länger als bis 8 Uhr gearbeitet, so wird von 7-8 Uhr eine Pause gemacht, welche bezahlt wird, sofern die Ueberarbeit nicht abends vorher durch Anschlag angeündigt worden ist.  
In e) des Tarifvertrages: Hierfürarbeit an Wochenenden muß auf Verlangen geleistet werden, und es wird für die Zeit von 7-12 Uhr bei 1/2-stündiger Pause neben dem einmalig zu zahlenden vollen Lohn eine Pauschale von 1,75 M. gewährt.  
Nötigenfalls muß die Arbeit auch weiter bis zu 9 Stunden reiner Arbeitszeit ausgedehnt werden und es wird dann neben dem einmalig zu zahlenden vollen Lohn eine Pauschale von 3 M. gewährt.  
Pausen werden wie an Wochentagen gehalten.  
Der Schiedsspruch zu e) gilt gleichzeitig für alle Arbeiter einschließlich Bödiger und Kuchler aber einschließlich Backmeister, Decker, Schloffer und sonstige Handwerker.  
Der Schiedsspruch wird dem Tarifvertrag vom 31. September 1912 als Nachtrag angefügt.  
Der Schiedsspruch tritt in Kraft, sobald die Parteien seine Annahme erklären, was binnen einer Woche gegenüber dem Gewerbeamt zu Berlin-Lichtenberg zu geschehen hat.  
gez. Dr. Staben.  
gez. E. Uymann. gez. K. Wälben.  
gez. R. Behrend. gez. G. Erner.\*  
Margarinewerke Verolina, G. m. b. H.  
Berlin-Lichtenberg, 1. November 1913.  
Herzbergstr. 55.  
An das Gewerbeamt als Einigungsamt zu Händen des Herrn Magistratsassessor Dr. Staben  
Berlin-Lichtenberg.  
Wir gelangen in den Besitz Ihrer gestrigen Zuschrift nebst Abschrift des Schiedsspruches des Einigungsamtes und erklären wir hierdurch, daß wir, uns dem Schiedsspruch des Einigungsamtes unterwerfen.  
Hochachtungsvoll  
Margarinewerke Verolina Gesellschaft mit beschränkter Haftung, gez. Karl Ucker. gez. Rordmann.\*  
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Berlin.  
Berlin SO 16, den 4. November 1913.  
Till.  
Gewerbeamt (Einigungsamt)  
Berlin-Lichtenberg.  
In der Schiedsstelle der Margarinewerke Verolina erklären die unterzeichneten Organisationsnennungen der Arbeiterchaft abgenamter Fabrik, sich dem Schiedsspruch des Einigungsamtes Lichtenberg vom 29. Oktober 1913 unterwerfen zu wollen.  
Für die beteiligten Organisationsnennungen:  
Fabrikarbeiter-Verband, Ferno, Berlin, Engelauer 15.  
J. H. gez. Wilhelm Heilmann.  
Zentralverband der Maschinen- und Decker sowie Berufsgenossen Deutschlands, Geschäftsstelle Groß-Berlin.  
J. H. gez. Ray Galle.\*  
Berlin-Lichtenberg.  
den 4. November 1913.  
Das Gewerbeamt als Einigungsamt.  
Dr. Staben.

**Achtung!** Wir machen unsere Mitglieder ganz besonders auf das am Sonntag, den 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain stattfindende

## Beethoven-Konzert

aufmerksam und ersuchen, die Entnahme der Billets rechtzeitig zu bewirken.  
Eintrittskarten a 70 Pf. und Tertbücher a 10 Pf. sind bei den Bezirksführern und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.  
Zum Vortrag gelangt u. a.: Die neunte Sinfonie von Beethoven.  
Mitwirkende außer den Solisten: Das Blüthner-Orchester und der Berliner Volkchor.

**Achtung!**

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.  
Die Zahlstelle 22, bisher Sorauer Str. 17, wird verlegt und befindet sich von Sonnabend, den 15. November, ab im Lokale des Herrn Otto Straß, Raufiger Platz 12.

## Möbelpolierer.

Sonntag, den 16. November, abends pünktlich 6 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c:  
**Branchen-Versammlung.**

Tagesordnung:  
Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Adolf Hoffmann über: „Meine Reise nach Vissabon. Reiseindrücke u. Erinnerungen.“  
Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensitzen und Tanz. — Die Kollegen werden erucht, zahlreich mit ihren Frauen an obiger Versammlung teilzunehmen.

## Einsetzer.

Am Sonntag, den 16. November, vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlungen**

in den bekannten Lokalen.  
Die Delegierten zur Generalversammlung müssen anwesend sein.

## Mitglieder-Versammlungen

für folgende Bezirke und Branchen:  
Tagesordnung:  
Beratung der Anträge zur Generalversammlung und Verbandsangelegenheiten.  
Tischler.

Bezirk Südwesten: abends 5 1/2 Uhr bei Habels, Bergmannstr. 5/7. Vortrag über: „Die Lohnverhältnisse im Bezirk“.  
Bezirk Wedding u. Moabit: abends 5 1/2 Uhr bei Kaczorowski, Nauenstr. 6.

Stock- u. Zelluloidarbeiter: abends 6 Uhr im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72. Vortrag des Stadtverordneten Genossen K. Müller über: „Die Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung“.

Treppengeländerbranche: abends 5 1/2 Uhr im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72. 1. Die letzten Vorkommnisse in der Branche“.

Modell- u. fabriktschler: abends 8 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12. Vortrag mit Lichtbildern des Genossen Franz Gutschmidt über: „Die Wohnungs- und Wohnungsreform in der Großstadt“ — Die Kollegen werden erucht, ihre Frauen mitzubringen. Die Delegierten zur Generalversammlung müssen anwesend sein.

Stuhlpolierer: abends 6 Uhr bei Hermel, Holzmarktstr. 21. 1. Vortrag des Kollegen Kischke über: „Die Volkshilfe und die Schäden der Privatversicherungen“ 2. Bericht über unsere Bewegung.

## Ohne Anzahlung

50 Pf. wöch.  
Komplette Wohnungs-Einrichtungen  
Spiegel, Bilder, Decken, Portieren, Teppiche, Gardinen, Stühle, Ferner mit kl. Anzahlung (1 M. wöchentlich) Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe, Pelzwaren, Bett- u. Leibwäsche, Betten, Gasrohren. Bitte Besuch od. Postkarte.  
J. Antel  
Brückenstr. 2  
Stube und Küche schon von 15 M. Anzahlung an. Kleinste Anzahlung. Bei Arbeitslosigkeit u. Krankh. größte Rückzahl. Liefers auch auswärts.

## Hausarztverein Osten.

Zwei öffentliche Versammlungen  
Freitag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“ in Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5.  
Montag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, in der „Urania“, SO, Drangelsstr. 11/12.

## „Der Gebärstreik“

In beiden Versammlungen:  
Referent: Dr. Moses.  
Diskussion und eventuell Fragenbeantwortung.  
K. Robel, Vorsitzender, Komintener Str. 48.



## Servus

mit Dosenöffner

Überall zu haben in grossen Dosen à 20 Pf.  
Fabrikant: Chemische Werke Lubzyski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

## Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. ort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Saniekräft.)  
Dr. H. Unger in Würzburg.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.



Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend. Ein gelber Reinfall.

Bei der gestrigen Wahl zum Gesellenauschuß der Berliner Bäderinnung und der Weisiger zum Innungsschiedsgericht der Bäder erhielten Stimmen:

Liste des Verbandes: a) Gesellenauschuß 679, b) Weisiger zum Innungsschiedsgericht 482.

Liste der Gelben: a) Gesellenauschuß 255, b) Weisiger zum Innungsschiedsgericht 145.

Die gelbe Sache geht also im Berliner Bädergewerbe immer weiter zurück.

Jugeneure als Akfordarbeiter.

Die Belfirma Siemens u. Halske galt früher einmal als ein sozialer Musterbetrieb. Werner Siemens hatte eine vornehme und lebenskluge Art, seine Arbeiter und Angestellten zu behandeln.

Die heutigen leitenden Männer von Siemens u. Halske sowohl wie von den Siemens-Schuckert-Werken haben sich von den Traditionen des Gründers weit entfernt. Die Betriebe sind amerikanisiert worden, technisch und arbeitsorganisatorisch hat man sie verfeinert, ein Hefttempo der Arbeit herrscht, ein wachsender Abstoß der Verbauten. Und die Toleranz von Werner Siemens anderen politischen Anschauungen gegenüber hat man heute in sein Gegenteil verkehrt.

Die Angestellten werden dementsprechend behandelt. Ein Streiklicht auf die Umgangformen der Firma ihren geistigen Arbeitern gegenüber gibt folgender Vorgang: In den Konstruktionsbüreau hat man die Finanzierung getroffen, den Ingenieuren ihre Arbeiten in Akford zu vergeben. Die Zeichnungen müssen in einer bestimmten Zeit fertiggestellt werden. Qualitätsleistungen werden verlangt, deren Höhe natürlich die Vorkaufspreise bestimmen und im Interesse der Firma hinaufstreben. Aber damit nicht genug, die Ingenieure müssen zugleich nach dem Prämienystem arbeiten; die Arbeit wird in der Arbeitszeit veranschlagt, für jede ersparte Stunde bekommt der Ingenieur einen Zuschlag, eine Prämie.

Ein Beispiel. Im Konstruktionsbureau für Schalttafelbau wird eine Schalttafel in der Ausführung der Zeichnung vergeben. Die Zeit der Fertigstellung wird vom Chefingenieur auf 100 Stunden angesetzt. Der „Strichzieher“, eine Berufsbezeichnung, die sich die Ingenieure für die Bewertung ihrer eigenen Arbeitsleistung in bitterer Selbstironie zugelegt haben, arbeitet daran nur 80 Stunden. Für die ersparte Zeit von 20 Stunden bekommt er eine „Prämie“ von 20 mal 50 Pf. = 10 M.

Die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ schildert in ihrer letzten Nummer sehr anschaulich, wie sich unter diesem „Lohnsystem“ der Werdegang einer Zeichnung vollzieht. Zuerst findet zwischen dem Chefingenieur und dem Angestellten ein Handeln und Feilschen um den Wert der Arbeit an Zeichenstunden statt, bei dem der Überingenieur zu einem „speed-boss“, „Schwogi“, frei nach Taylor, degradiert wird. Denn nun werden die Angestellten gegenseitig ausgespielt. Der „Tüchtige“ brüdt die Niederzeit herab, um möglichst viele Zeichenstunden zu verdienen, dann hat man das, was man braucht: in die Angestellten ist ein Keil hineingetrieben, der eine ist des anderen Feind, ein gegenseitiges Anfeindeten findet statt, und so ganz unroth hat der Berichterstatter Flugget in der „Industriebeamten-Zeitung“ damit nicht, daß dieses Flug angelegte Arbeitssystem neben der Produktionssteigerung und Produktionsverbilligung auch andere für die Firma sehr günstige Nebenwirkungen auslösen wird, „Strebertum und Kriechertum, ja sogar Denunziantentum“ wird im technischen Bureau gesät.

Die Ingenieure werden also in ihrem eigenen Interesse diese Maßnahmen abzuwehren haben, was durch den einzelnen nicht erfolgreich geschehen kann, sondern nur durch organisatorischen Zusammenschluß.

Für die Firma selbst aber dürfte die Beschäftigung der Oeffentlichkeit mit solchen Vorgängen noch eine andere sehr unangenehme

Folge haben: Die Frage nach der Qualität derartiger Erzeugnisse. Gewiß kann man die Konstruktionsarbeit in großen Betrieben mechanisieren, durch Arbeitsteilung vereinfachen; aber auch das hat seine Grenze. Der zeichnerische Entwurf einer Anlage muß mit der genügenden Sorgfalt hergestellt werden können. Weht der Gesichtspunkt der Quantität über den der Qualität, wie das bei einem solchen Treibsystem unausbleiblich ist, so werden sich die Folgen in dem geschäftlichen Ruf der Firma selbst zeigen. Denn es ist fraglich, ob sich die Auftraggeber, namentlich aber staatliche und kommunale Verwaltungen bei der Aufgabe ihrer Verpflichtungen im Hefttempo zusammengeklagene Projektierungsarbeiten bieten lassen können.

Vorsicht, Arbeitstote! Bei der Firma Gustav Vaerwald Nachf., Müllerstr. 10 sind Differenzen ausgebrochen.

Wir bitten alle Arbeitstote, die Firma Gustav Vaerwald Nachf. und die Firma Richard Just, Luisenparkstr. 68, wo zurzeit Arbeiten für die Firma Gustav Vaerwald Nachf. verrichtet werden, bis auf weiteres streng zu meiden. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Section 5.

Achtung, Freizeugehnen! Aufgelöst ist das Tarifverhältnis bei Schurig, Waldemarstr. 65; Bath, Libauer Str. 21. Der Nachfolger Frauböse hat nicht bewilligt. Bewilligt hat ferner Leichel, Regeler Str. 25. Verband der Freizeugehnen.

Deutsches Reich.

Der „Bombentwurf“ des Streikenden.

Im April d. J. war die bürgerliche Presse angefüllt mit schauererregenden Schilderungen über die verbrecherische Tat eines Streikenden, der gelegentlich des Wonnesees mit dem Königsbau in Magdeburg eine Bombe auf einen vorbeifahrenden mit Streikbrechern besetzten Schleppdampfer geworfen haben sollte. Am Mittwoch war diese Angelegenheit Gegenstand einer Verhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Magdeburg, und zwar war der 33jährige Schiffsheizer Otto Wetke angeklagt, unerlaubterweise Sprengstoff im Besitz gehabt und sich der versuchten Sachbeschädigung schuldig gemacht zu haben. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wieser, leitete die Verhandlung mit der Bemerkung ein, daß sich die Angelegenheit früher anders dargestellt habe und ursprünglich vor das Schwurgericht verwiesen werden sollte; durch neuere Gutachten habe sich aber herausgestellt, daß hierfür die Voraussetzungen nicht vorlägen.

Die Verhandlung ergab folgenden Tatbestand: Der Angeklagte Wetke, der sich während des Streiks in Grieben (Kreis Stendal), seinem Wohnort, aufhielt, hatte zweimal mit Bekannten den in der Nähe gelegenen großen Kruppischen Schießplatz bei Tangerhütte aufgesucht, um dort Kleitugeln zum Spielen für seine Kinder zu suchen. Dabei fanden sie auch patronenartige Gegenstände, mit denen sie sich gegenseitig bewarfen und an deren pulverartigen Inhalt sie mit den Fingernägeln kratzten. Wetke nahm drei solcher „Patronen“ mit nach Hause und stellte sie dort auf sein Bett, wo sie vier bis fünf Wochen standen. An seiner Absicht, sie im Ofen zur Entzündung zu bringen, wurde er durch seine Frau gehindert. Eines Sonntags steckte er dann die Patronen in die Tasche, um sie im Freien ausbrennen zu lassen. Dazu kam es aber nicht, die Patronen blieben jedoch in der Tasche des Sonntagsganges, und Wetke nahm sie unabsichtlich mehrere Tage später mit nach Magdeburg, als er dorthin gerufen wurde, um Streikposten zu setzen. Hier legte er die Patronen zunächst in seiner Wohnung in den Kleiderkasten. Am 24. April nahm er eine der Patronen, die er für Leuchtpatronen hielt, mit, weil ihm beim Streikpostensetzen der Gehalts gelommen war, er könne einmal eine von den Patronen in einen Dampfbohrer werfen, um zu sehen, wie sie ausbrennen. Als frühmorgens gegen 7 Uhr der Dampfer „Magdeburg“ die Admigsbrücke mit niedergelegtem Schornstein passierte, warf Wetke die Patrone herunter. Sie fiel auf den Hinterteil des Kesselmantels und dann, ohne irgendwelches Unheil anzurichten, in den sogenannten Schmoorkraum, in dem sich die Flugasche befindet. Hier sollte sie auf Veranlassung des Steuer-mannes Keil, der bemerkt hatte, daß etwas heruntergefallen war, der Heizer Wegner heraus, der sie dem Kapitän übergab, von dem sie dann der Polizei überreicht wurde. Diese verhaftete sofort

eine Anzahl Streikposten und beschlagnahmte in Wetkes Wohnung auch die beiden anderen Patronen. Auf den Rat eines Sachverständigen hin wurden noch am selben Tage alle drei Patronen auf freiem Felde zur Explosion gebracht, weil sie sehr gefährliche Gegenstände sein sollten. Wetke gestand in der Untersuchungs-haft bald ein, der Werfer gewesen zu sein, und wurde bis zum 7. Juli in Haft behalten.

Die Anklage behauptet auch, es sollten Schimpfereien zwischen den Streikposten auf der Brücke und den arbeitswilligen Schiffsmannschaften auf dem Dampfer vorgekommen sein. Jemandwelche positiven Beweise wurden dafür aber nicht erbracht; niemand suchte, was gerufen worden sei oder wer gerufen habe. Der Kapitän des Dampfers „Magdeburg“ befandete, daß er nie etwas von Feindseligkeiten der Streikenden gegen sein Schiff bemerkt habe und der Steuermann sagte aus, daß er bei der Durchfahrt nach der Brücke hinauf mit der Hand gegrüßt und einen Scherz gemacht habe, da er Wetke und noch einen der Streikposten kannte.

Als Sachverständiger war der Vorkseher des Krupp-schen Schießplatzes bei Tangerhütte, Oberleutnant a. D. Schulz, geladen. Er befandete, daß die gefundenen „Patronen“ übriggebliebene nicht explodierte Teile von in der Luft geplatzten Granatschrapnell seien. Sie seien mit einem Trolol genannten Sprengstoff gefüllt, der in der Wirkung sehr gefährlich, aber in der Handhabung völlig ungefährlich sei. Man könne eine mit Trolol gefüllte Sprengkapsel in offenes Feuer oder in schmelzende Glut hineinwerfen, man könne sie zerlegen, sie so oft wie man wolle gegen die Wand werfen, es sei aber ausgeschlossen, daß sie jemals explodiere. Wenn man ein brennendes Streichholz an den Spreng-stoff halte, so verbrenne er wie irgendein anderer ungefährlicher Stoff. Daß der Angeklagte die Sprengkapseln für Leuchtugeln gehalten habe, sei absolut glaubhaft, denn es wurde alle vier bis acht Wochen auf dem Schießplatz, der nebenbei etwa 20 Quadratkilometer groß ist, mit Leuchtugeln geschossen, um die Flugbahn zu kontrollieren. Von den Leuten, die in der Gegend des Schießplatzes wohnen, würden dieselben, obwohl es verboten sei, verloren gegangene Gegenstände auf dem Schießplatz ausgelesen und mitgenommen. Es sei ganz unglücklich, welchen Reichtum die Leute oft an den Tag legten.

Der Staatsanwalt beantragte hierauf gegen den Angeklagten ein Jahr, sechs Monate und drei Tage Gefängnis, während der Verteidiger, Rechtsanwälte Landsberg und Dr. Hammerlag auf Freisprechung plädierten, da die vom Gezej verlangte Voraussetzung der Wissentlichkeit des Bestehens von Sprengstoff nicht gegeben sei.

Zur allgemeinen Ueberraschung erklärte sich das Gericht nach dreiviertelstündiger Beratung für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht. Entgegen den Ausführungen der Verteidiger habe das Gericht annehmen müssen, daß der Angeklagte mit der Möglichkeit gerechnet habe, die Patronen entzündeten Sprengstoff. Dann aber müsse leider auch der § 5 des Sprengstoffgesetzes Anwendung finden, wonach der Angeklagte hinreichend verdächtig sei, vorzüglich durch Anwendung von Sprengstoff Gefahr für Eigentum, Gesundheit oder Leben eines anderen herbeigeführt zu haben. Zur Aburteilung nach diesem Paragraphen sei aber nur das Schwurgericht zuständig.

Behörden als Unternehmer.

Das Kgl. Wasserbauamt in Garmisau beschäftigt mehrere Hundert Arbeiter bei Wasserbauten, Abflüssen usw. Diese Arbeiter sind besonders anstrengend und gesundheitschädlich, weil die Arbeiter ständig im Wasser stehen müssen. Für diese die Gesundheit beeinträchtigende Arbeit zahlt ihnen das Wasserbauamt einen Tagelohn von 2,40 M. bei einundzwanzig Arbeitszeit; im Herbst und Winter der etwas verkürzter Arbeitszeit gar nur 2,30 M. — Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter viel Kleidung ruinieren und sich die teuren wasserdichten Stiefel selbst halten müssen, so ist der gezahlte Lohn bei der herrschenden teuren Zeit geradezu ein Hohn. Leider gehören diese beim Wasserbauamt beschäftigten Arbeiter keiner Organisation an. Als vor 2 Jahren ein an den Schleusenbauern an der Reke beschäftigter Maurer einige Wahlflugblätter verteilte, — es waren dies allerdings keine Konkretpolitiker, sondern sozialdemokratische — wurde seine Entlassung durch den Wasserbau leitenden Beamten verfügt und durchgeführt. Das sind Idealzustände für staatsbehaltende Arbeiter!

Kleines feuilleton.

Die rettenden Momente. Der Berliner Architektenauschuß, der die Vorarbeit für den Protest wegen des Washingtoner Palastwettbewerbess zu leisten hat, steht plöglid und lust zurück. Am nächsten Sonntag sollte die deutsche Architektenschaft sich gegen die geschehene Vergeßlichkeit ihrer Interessen versammeln. Jetzt heißt es in zwölfter Stunde, die vom Auschuß angefertigten Nachforschungen, als notwendig hingestellt für die vorzuschlagende Resolution, hätten „Momente“ ergeben, die eine vorläufige Vertagung der Versammlung notwendig werden ließen.

Was für Momente das sein mögen? Von Anfang an lagen die Dinge so, daß der Angriff der Architekten nicht bei einem „Fall Jbne“ stehen bleiben dürfte. Vloggestellt durch die erste Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen“, daß Herr von Jbne zum Erbauer des Westhofierpalais „Bestimmt“ sei, steht der Kaiser als das eigentliche Angriffsziel da. Hier gibt's nichts zu vertuschen, und das werden wohl die geheimnisvollen neuen „Momente“ die und deutlich mit verstärkter Bestimmtheit erwiesen haben.

Aber nun reflektiert der Architektenauschuß nicht, den notwendigen Anlauf zu festgelegter Stunde zu unternehmen. Gerade jetzt, wo wahrscheinlich seine Waffen sich geschärft und gemehrt haben! Statt sich der wachsenden Möglichkeit, etwas zu erreichen, zu freuen, rückt ihm das Herz in die Hosen. Er verlagert die Aktion „vorläufig“, also bis irgendwann. Er geht auf ein Verhandeln hinter den Kulissen ein. Er schlägt der deutschen Architektenschaft die Tür vor der Nase zu. Er trennt sich von ihr und schlägt sie vom Mitberhandeln aus.

Was zu beklagen war, wird nun eintraten: daß nämlich die Angelegenheit behandelt wird, als ob sie nur ein einzelner Fall wäre. Der wird vielleicht irgendwie gradegerichtet, aber das System bleibt unberührt. Werden die deutschen Architekten sich diese Wendung wirklich gefallen lassen? Wenn sie es täten, wenn sie sich jetzt nicht offen und laut gegen die Taktik ihrer Berliner Vertreterschaft auflehnen, so sind sie wahrlich nichts anderes wert, als die Behandlung, die sie von diesem System beziehen.

Albanien's Zukünftiger. Könige, mit denen Völker ganz unermüdet, nicht im Lauf der Chronologie von Vater zu Sohn beglückt werden, müssen sich, wenn sie fest sitzen wollen, ihren Untertanen anbequemen. Darum ging Ludwig Philipp, den Bankiers und Boutiquiers zum Schützer ihres Eigentums ertoren hatten, mit dem baumwollenen Bürgerregiment unter dem Arm spazieren. So leicht hat es Albanien's Zukünftiger nicht, um sich anzupassen. In einer illustrierten Zeitung war er dieser Tage zu sehen, der aus-sichtsvolle Kandidat für den albanischen Thron, der Prinz Wilhelm zu Wied. Eine gewinnende Erscheinung: klassische Hügelkanten, ein spiegelblanker Jücker und jener elastisch federnde Gang, der Fürstlichkeiten stets eiger, wenn sie für die gaffenden Schmeichler der „patriotischen“ Presse dem Salonwagen entsteigen.

Der Baumwollregenschirm schon würde schlecht zu diesem gut angelegenen Kavaller passen. Aber in welche Verlegenheiten muß er sich hineinfinden, wenn er wirklich im biederem Herzen der Säckelknechte einen Weg einnehmen will. Er muß dem Schermeffer entgegen, er muß die Finger als natürliche Gabeln gebrauchen

lernen, er muß an der mit viel Pulververbrauch verquideten Sitte der Blutrache innigen Gefallen finden, und vor allem darf er sich nicht tragen, wenn's ihn juckt. Und es wird ihn jucken. Und die klassischen Hügelkanten werden zum Teufel geben. Und den blanken Jücker wird er eines Tages beiseite stellen, weil er einen zu guten Zielpunkt abgibt. Amerer Prinz!

Musik.

Deutsches Opernhaus Charlottenburg: Das Rotkehlchen von Victor von Wolfowitsch-Biedau. Eine Landknechtsgeschichte mit Grundberg in Person, nur verlegt vor und in eine schwäbische Reichstadt. Das Rotkehlchen, bestimmt zum Schutz gegen feindliche Waffen, wird von des Bürgermeisters Tochterleir, die es selbst gewebt hat, einem jungen städtischen Reuter überreicht. Also die beiden lieben sich, aber der Vater Bürgermeister hat sein Kind einem Kämmerer verprochen. So gibt es ein Hin und Her von Liebe und Liebesnot, in dessen Verlauf der junge Reuter zu Grundberg, der die Stadt belagert, übergeht und der kränkelige Kämmerer von der Vegetation eine Ohrfeige bezieht, die ihn zur Rache reizt. Das langt für zwei Akte. Der Schlusssatz gibt den Vorgängen, die sich bis dahin in natürlichen Grenzen hielten, einen lohengrinischen Anstrich. Das Mädchen wird eine Fisa, der Reuter ein Lohengrin und der Kämmerer wird Ortrud und Telramund zugleich. Der Kämmerer wird zuletzt durch die Spieße gejagt und die anderen zwei kriegen sich.

Man darf immerhin anerkennen, daß das Libretto wirkungsvoll gemacht ist. Aber der Dichter wie der Komponist steht so sehr unter dem Bann Richard Wagners, daß man sagen kann: er habe die Nibelungen, die Meisterlieder, insbesondere aber den Lohengrin diktieren und musikalisch umschreiben. Wagners genialische Fassung des „Wunders“, Wagners Prinzip, daß aller Gesang Deklamation, alle Deklamation Gesang sein müsse, begegnen dem Ohr. Aber was man zu hören bekommt, ist mehr oder minder Schablone — Unkraut, so emsig sich der Komponist bemüht, diese Schwäche durch eine lärmende Orchestration zu verdecken. Manche eigene Talentgabe taucht allerdings auf; so eine nicht unübliche Volleide im zweiten Akt, oder ein Hochzeitsreigen im dritten, daneben verlässliches Land-knechtlied mit charakteristischer Begleitung. Aber das „Wunderspiel“ als Ganzes lobnte doch kaum das Opfer einer kostspieligen Ausstattung und in allen Teilen reichigen Aufführung. ok.

Gnurr und Satire.

Teutschum.

Wenn des Hornes Lohes wahren, greift der Leutnant so in Javern nach dem Säbel, wie in Litz, und vernübelt Runz und Pinz.

Mag es nun ein Roter, mag es sein ein sogenannter Wades; hat derselbe schief gebildet, wird der Säbel gleich gezüdt.

Eingebläut durch deutsche Hiebe wird in Javern Deutschenliebe, und der Linger Redakteur tadelt keinen Leutnant mehr.

Als das las der Knuten-Dertel, mußte er folgende aufs Dertel, denn die große Seligkeit schlug sich ihm aufs Eingeweid.

Aber als ihm etwas freier, griff zu Rognal er und Leier, und nur reimt er schonungslos Schlag um Schlag und Stoß um Stoß:

Quira hoch die deutsche Haul! Deutsche Frau und deutsche Haul Augenbraue, deutscher Haul be und hoch die deutsche Haul Franz.

Notizen.

Theaterchronik. Das Marionetten-Theater München Künstler bei Keller u. Meiner, Potsdamer Str. 118b, gibt heute Freitag, 8 1/2 Uhr zum letzten Male Raeterlind's Mysterium „Der Tod des Antingles“, Sonnabend und Sonntag (4 1/2 und 8 1/2 Uhr) wird auf vielseitiges Verlangen „Das Faustspiel“ wiederholt und Montag, den 17. November, gibt es zum ersten Male: „König Violon und Prinzessin Marinette“, romantisch-historisches Puppenspiel von Aug. Rahtman mit Figuren und Dekorationen von Prof. Jos. Wackerle. Diesen Abend beschließt „Die Almburger Puppe“, Adams entscheidende komische Oper.

Das arme Preußen! Nicht einmal eine neue Sternwarte kann es bauen. Die Berliner Untersekretär ersuchte darum. Aber der Kultusminister lehnte sie aus Mangel an Mitteln im bevorstehenden Etat ab. Ja, wenn sie für Meer und Marine nötig wäre! Aber die Wissenschaft mag sich mit Veraltetem weiterhelfen. Die gefährlichste deutsche Wissenschaft!

Die schwedische Gradmessungskommission auf Spitzbergen hat ihre Arbeiten fast beendet. Die Arbeiten sind innerhalb von 15 Jahren in 90 Abschnitten ausgeführt worden. Man glaubt, daß die Gradmessungsarbeit es ermöglichen wird, genauer als bisher die Länge der Rotationsachse der Erde, die Form und Schwere unseres Planeten sowie andere wissenschaftlich wichtige Faktoren anzugeben.

Die erste Eisenbahn auf Island. Das isländische Parlament hat in einer seiner jüngsten Sitzungen die Summen bewilligt, die zu Vorarbeiten für den Bau einer Eisenbahn geordert wurden. Der Schienenstrang soll von der Hauptstadt Reykjavik bis nach Thingvall, einer kleineren Stadt im Inneren der Insel führen. Das Kapital will sich an die reichen Wodenschatze der Insel heranzumachen. Hand in Hand mit dem Bahnbau geht der Plan, den Hafen von Reykjavik auszubauen und modern anzurüsten.

Der Ursprung des Doppeladlers. Wie der griechische Geschichtsforscher Rambros festgestellt hat, ist das byzantinische Hauswappentier von Oesterreich und Rußland asiatisch-barbarischer Herkunft. Es war ursprünglich das Wappenzeichen der althabischischen Stadt Schapurka und von dort ist es erst nach Byzanz und dann in das Banner der römischen Kaiser deutscher Nation übergegangen. Treu halten Jaren und Dabsburger an dem von Altertum und Mittelalter hochgeschätzten Raubvogelwappentier fest. — Der Kobelpreis für Literatur ist dem englisch-indischen Dichter Rabindranath Tagore verliehen worden.



# Stadtverordneten-Versammlung.

33. Sitzung vom Donnerstag, den 13. November 1913, nachmittags 5 Uhr.

Die Verhandlungen werden vom Vorsitzenden Wischelet nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Zur Erleichterung der schwierigen Verhältnisse auf dem Real-Kreditmarkt will der Magistrat mit der Genossenschaft Berliner Hausbesitzer zur Beschaffung und Sicherung von Hypotheken E. G. m. b. H. einen Vertrag abschließen, wonach dieser Genossenschaft vorübergehend ein beschränkter Kredit eröffnet werden soll. Der Kredit ist auf eine Million Mark bemessen, die aus laufenden Mitteln entnommen werden soll; bis 1923 soll das Kreditverhältnis durch Tilgung sämtlicher Beträge beendet sein.

Kämmerer Böß: Im vorigen November beriet die Versammlung einen Antrag Anauer gleicher Tendenz. Der Magistrat verhielt sich damals um so zurückhaltender, als in der Öffentlichkeit ganz überschwellige Hoffnungen auf die nächste Hilfe gesetzt wurden; glaubte man doch, die Stadt würde 100 Millionen für diesen Zweck auf den Tisch des Hauses niederlegen. (Heiterkeit.) Dem ist durch die jetzige Vorlage allerdings vorgebeugt. Der Magistrat sieht das Abblößen vor allem in der Wiederkehr des Vertrauens der Geldgeber. Die Vorlage stellt sich als eine Vertrauenskundgebung der Stadt gegenüber der Genossenschaft dar, die dem Notstand auf dem Wege der Selbsthilfe begegnen will. Diese Genossenschaft ist vom Bunde der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine gegründet worden und des jährlichen Vertrauens würdig, wenn auch der Bund von 25 000 Berliner Grundbesitzern nur 18 000 vereint, da allein 6000 Leih- und industrieller Gebäude hier nicht mitzählen. Hypothekendarlehen aus dieser Million direkt und dauernd zu geben, ist nicht beabsichtigt; die Million soll nur vorübergehend die Mittel liefern, in den Fällen, wo die Genossenschaft den Geldgeber nicht sofort bei der Hand hat. (Beifall.)

Stadtv. Manasse (Sog.): Aus dem Saulus Kämmerer von 1912 ist ein Paulus Kämmerer geworden; ihn befriedigt jetzt die eine Million. Wir sind anderer Meinung; wir hätten es begriffen, wenn eine Vorlage gekommen wäre, die 100 Millionen forderte. Die ersten Hypotheken Berlins betragen 4,5, die zweiten 2,5 Milliarden, zusammen 7 Milliarden. Um eine wesentliche Hilfe kann es sich also bei der einen Million tatsächlich nicht handeln; es handelt sich wohl wirklich in erster Linie darum, daß durch diese städtische Aktion das Vertrauen der Geldgeber für den Hypothekennachwuchs wiedergewonnen werden soll. Es ist jedoch eine Resolution Anauer eingereicht worden, wonach von Stadt wegen auf den völligen Zusammenbruch sämtlicher Hausbesitzervereine im Interesse dieser Hilfsaktion hingewirkt werden soll. Nach unserer Auffassung kann das nicht Aufgabe der städtischen Behörden sein; das muß den Interessenten überlassen bleiben. Der gesamte Häusermarkt ist freilich außerordentlich schwierig geworden. Aber man kann ja gar nicht von 25 000 Hausbesitzern sprechen; denn ein großer Teil von ihnen besitzt kaum den Schornstein oder doch keinen nennenswerten Bruchteil an ihren Häusern, sondern sind lediglich die Verwalter des Vermögens ihrer Hypothekensläubiger. Besteht die Hausbesitzer noch eine mehr oder minder gefährdete Kapitalanlage; heute können die Kapitalisten ihre Gelder besser und sicherer anlegen. Wo ist denn eigentlich der alteingesessene besitzende Berliner Hausbesitzer noch zu finden? Man braucht ja nur in den Ankerenteil der Zeitungen zu sehen, um zu erkennen, wie heute Hausbesitzer erworben wird. Die Gesundung des Berliner Hausbesitzes wird durch die Vorlage nicht erreicht werden, denn es handelt sich um etwas Geringeres, als den Hausbesitz so zu stellen, daß er nicht von dem Winkhauch jeder neuen Hypothek sofort umgeworfen wird. Welche Bagatelle, welcher geringe Tropfen auf einen heißen Stein ist diese städtische Million für so vergebliche Schwierigkeiten! Und wie steht es mit unserem Kämmerer, diesem guten Redner? Wenn nicht die Hälfte dieser Versammlung aus Hausbesitzern bestünde, so hätte der Gedanke dieser Vorlage für ihn, den feilen Verweigerer jeglicher Kulturansprüche, keine Durchschlagkraft besessen. Auch eine moralische Verantwortung wird damit übernommen, daß die Stadt ihr Signum unter diese Hypotheken setzt. (Zustimmung.) — Redner geht dann auf die Einzelheiten der Vorlage und des abzuschließenden Vertrages ein und entwickelt auch hier eine Reihe gewichtiger Bedenken. Er fährt dann fort: „Schaffen Sie wirkliche Hausbesitzer; das ist die Gesundung; wirken Sie dahin, daß der Heberlastung entgegengetreten wird. In den Petitionen wird uns zugemutet, Propaganda für den Zusammenschluß sämtlicher Berliner Hausbesitzervereine zu machen; wir sollen unserem Kollegen, der Erzengel Iden (Große Heiterkeit), unter dessen Kommando die 16 000 Hausbesitzer stehen, dienstbar werden. Das läuft schließlich darauf hinaus, daß diese Million dazu helfen soll, auch die noch abwärts führenden Vereine, wie den Frankfurter-Tor-Verein, in die hausagrarische Zentralorganisation hineinzuzwängen. Mit dieser einen Million wird eine Unmenge unberechtigter Hoffnungen bei den zahllosen schlecht dastehenden Berliner Hausbesitzern wachgerufen. Wir sagen zu der Vorlage prinzipiell „nein“.

Der Vorsitzende rügt die unangemessene Form, in der der Redner des Kollegen Iden Erwähnung getan hat.

Stadtv. Gassel (A. L.): Die Vorlage entspricht dem Standpunkt, den wir bei Beratung des Antrags Anauer eingenommen haben; wir akzeptieren sie daher gern, weil sie einer auf dem Boden der Selbsthilfe entstandenen Organisation Hilfe bringen will. Auch wir erkennen diese Maßnahme nur im Sinne einer vorübergehenden als berechtigt an. Die städtische Million wird wirtschaftlich angelegt werden. An der Aufrechterhaltung eines realen, prosperierenden Grundbesitzes in Berlin sind nicht bloß etwa die Grundbesitzer interessiert, sondern es liegt ganz allgemein ein kommunales Interesse vor. Die mißliche Lage des Berliner Grundbesitzes hat Kollege Manasse übertrieben stark geschildert; mit solchen Darstellungen wird man den Berliner Hypothekendarlehen nicht beheben. Ich protestiere dagegen, wenn einzelne Auswüchse zum Typus des Berliner Hausbesitzes gemacht werden. In der gemachten Deputation haben die beiden Vertreter seiner Richtung nicht mit einem Wort eine Kritik geübt, derart, wie er heute; die Herren schreiben inzwischen ihre Meinung fundamental geändert zu haben. Daß eine Ungerechtigkeit darin liegt, daß nur dem Bunde angehörige Hausbesitzer berücksichtigt werden, können wir nicht anerkennen; alle Vorteile der Einrichtung fallen jedem Berliner Hausbesitzer zu, sobald er sich einem Bunde vereine anschließt. Auch wir wünschen, daß der Frankfurter-Verein nicht ausgeschlossen, sondern daß eine Verständigung unter den sämtlichen Beteiligten herbeigeführt wird; wir selbst aber sind völlig außerstande, direkt zu intervenieren, das müssen die Beteiligten unter sich ausmachen. Wir können uns daher auch von der Resolution Anauer einen Erfolg nicht versprechen. Wir nehmen die Vorlage ohne Ausschlußberatung an.

Stadtv. Dr. Anauer (A. L.) legt auch seinerseits Verwahrung gegen die Heberlastungen Manasses ein, die allerdings geeignet seien, den Berliner Hypothekendarlehen ganz allgemein schwer zu schädigen, empfiehlt die von ihm eingebrachte Resolution und bittet namens des größten Teils seiner Fraktion, die Vorlage ohne Ausschlußberatung anzunehmen.

Stadtv. Salinger (A. L.) plädiert im Gegensatz zum Vorredner für Ausschlußberatung. Es sei absolut nicht abzusehen, warum nur ein Teil des Berliner Hausbesitzes Berücksichtigung finden soll. Daraus erforderlich sei, daß vorher eine Verständigung unter den dissentierenden Teilen erfolge und der Ausschuss sei der Ort dazu, das reichliche Für und Wider, das bis jetzt in der Presse, in Zuschriften usw. seitens beider Teile vorgetragen sei, gründlich zu prüfen.

Stadtv. Lohmann (A. L.) wirft einen Rückblick auf die Geschichte der Kolonisation, unter denen jetzt der Berliner Hausbesitz zu leiden habe, und befürwortet die Annahme der Vorlage mit einer

Modifikation. Die jedem Berliner Hausbesitzer die Teilnahme an den von ihr gebotenen Vorteilen ermöglichen. Der Redner bietet für seinen Vortrag ein außergewöhnliches Paßwort auf und erntet fürmische andauernde Heiterkeit, als er im Eifer des Gefechts die Versammlung mit „Meine Damen“ apostrophiert.

Stadtv. Manasse (Sog.): Öffentlich hat auch der Vorredner eine nicht zu ferne Zukunft im Auge gehabt, als er diese Anrede gebrauchte (erneute Heiterkeit). Herrn Iden habe ich selbstverständlich ganz gewiß nicht beleidigen wollen. Ich habe die tatsächlichen Verhältnisse nicht übertrieben, sondern sie dargestellt, wie sie sind; ich habe aber auch zugleich auf die Wege zur Gesundung hingewiesen. Auch die Ausgabe des Oberbürgermeisters, den der Vorredner schließlich darum beschworen hat, kann es nicht sein, auf diese Verunsicherungen der Hausbesitzer in dem gedachten Sinne einzuwirken. Die Berliner Bevölkerung, die uns auch am letzten Sonntag wieder in so überwältigender Weise ihr Vertrauen bezeugt hat, wird auch die Gründe unserer ablehnenden Haltung zu dieser Vorlage zu würdigen wissen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Gassel bekämpft nochmals nachdrücklich die Resolution Anauer.

In der Abstimmung wird die Resolution Anauer gegen vereinzelte Stimmen abgelehnt, die Vorlage darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Stadtv. Dove (A. L.) hat den Ausschussbericht über die Vorlage betreffend den Ankauf des Grundstückes an der Beusselstraße zur Errichtung einer

Großmarkthalle für Obst, Gemüse und Räucherwaren

erstattet. Bekanntlich ist der Ausschuss nach eingehenden Beratungen mit allen gegen zwei Stimmen dazu gelangt, der Versammlung den Ankauf dieses Grundstückes zu empfehlen. Von dem Kaufpreis von 16,7 Millionen M. sind alles in allem nur 116 000 M., welche die Bodenaktiengesellschaft „Berlin-Nord“ von dem von ihr ursprünglich geforderten Preise von 3 975 000 M. abgelassen hat. Weder beim Kohlenhandels noch bei der Firma Ernst Kupfer u. Co. sind Ermäßigungen der geforderten Kaufsummen von 4,9 und 3 Millionen Mark zu erreichen gewesen. Während aber diese beiden Angebote akzeptiert werden sollen, wird vorgeschlagen, das Grundstück der Firma Fr. Gebauer im Enteignungsverfahren zu erwerben. Endlich wird einstimmig empfohlen, dem Magistrat vorzuschlagen, für die Aufstellung des Entwurfs auf diesem Gebiet erfahrene Sachverständige heranzuziehen. Der Referent legt besonders eingehend die Gründe dar, welche gegen die Benutzung des Westbahnterrains für dieses Projekt sprechen und zeigt, wie auch sämtliche übrigen Konkurrenzangebote dafür ernsthaft nicht in Betracht kommen können.

Oberbürgermeister Vermuth: Ihr Ausspruch hat die Vorlage unzweifelhaft sehr scharf unter die Lupe genommen; er hat sogar schon vorher auf das Projekt des Westhafens sein Auge geworfen. Mit Genugtuung ist festzustellen, daß der Ausschuss sich überzeugt hat, es sei nicht möglich, den Westhafen und diese Großhalle auf dem Terrain des Westhafens zusammenzubringen. Nach dem jetzigen Ausschussbeschluss wird beiden Anlagen in Zukunft jede weitere wünschenswerte Ausdehnung nach Möglichkeit gesichert sein. Was die hohen Terrainskosten angeht, so hat die Beratung jedenfalls ergeben, daß schon die Magistratsvorlage auf mögliche Herabdrückung der dortigen Bodenkaufpreise hingearbeitet hat. Wenn der Ausschussvorsitzende das Projekt nach nicht direkt verwirklicht, da das Enteignungsverfahren seine Zeit erfordert, so hat er doch unsere langjährigen Bemühungen auf diesem Gebiete wenigstens grundrichtig funktioniert. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Jacobi (A. L.): Wir haben leider den ursprünglichen Plan, diese Großmarkthalle an der Anprodestraße zu errichten, fallen lassen müssen. Auch die Kombination mit dem Westbahnterrain ließ sich, insbesondere wegen des unzulänglichen Bahnanschlusses, schließlich nicht weiter verfolgen, und so sind wir, wohl aber über, schließlich auf den Magistratsvorschlag zurückverworfen worden. So teuer die Terrains an der Beusselstraße und am Spanauer Schiffbaukanal auch bezahlt werden müssen, so steht andererseits fest, daß uns für die Errichtung der Markthalle auch auf Charlottenburger Gebiet weder Grund noch Beweibereiter abgenommen werden kann. Mit den Geb. Gebauer haben wir tatsächlich bei den Verhandlungen keine guten Erfahrungen gemacht. Wir befinden uns eben in einer Notlage, und es bleibt nichts übrig, als die Ausschussvorschläge zu akzeptieren. Der überwiegende Teil meiner Freunde wird dafür stimmen, und ich hoffe, werden wir die Resolution annehmen, die der Ausschuss vorgeschlagen hat.

Stadtv. Dr. Anauer: Die Neue Linke tritt für die Vorlage nach den Ausschussentwürfen ein, hauptsächlich, weil sie einen genügenden Wasseranschluss für die Anlage als unbedingt notwendig ansieht. Auch wir nehmen die Resolution freudig an.

Stadtv. Gronewaldt (A. L.) bleibt dabei, daß die Stadt hier viel zu teuer kaufe und sieht kein Unglück darin, wenn auf das Projekt noch weitere ein bis zwei Jahre verwandt würden. Der eigentliche Stein des Anstoßes, die Fleischgroßhalle, verschwinde ja jetzt ohnehin aus der Dirschstraße. Von einer Notlage sei keine Rede, die sei eher künstlich erzeugt. Unter allen Umständen müsse die Eingemeindungstrage vorweg erledigt werden.

Stadtv. Dinde (Sog.): Daß wir noch weiter warten sollen, kann der Kollege Gronewaldt wirklich nicht verlangen. Die Verhandlungen schweben seit Jahr und Tag; ursprünglich wurden 22 Millionen verlangt; die Markthallendeputation kann es sich als Erfolg zurechnen, daß sie bis auf 16,6 Millionen heruntergehandelt hat. Es ist wirklich in bezug auf die Verlegungstrage die höchste Zeit, zum Schluss zu kommen; sie schleppt sich schon seit 1901 durch unsere Verhandlungen.

Nachdem noch Stadtv. Hylke (A. L.) im Sinne Gronewaldts sich geäußert, gelangen die Ausschussvorschläge fast einstimmig unter allgemeinem Beifall zur Annahme.

Der Magistrat ersucht die Versammlung um ihre Zustimmung dazu, daß die gemäß dem Beschluß vom 8. Mai 1913 zu begründende städtische höhere Mädchenschule (Vocum) bereits zu Ostern 1914 mit den drei unteren Klassen im Gemeindefachschule Tempelhofer Ufer 2 eröffnet wird.

Stadtv. Dr. Kronz (Sog.) beantragt Ausschlußberatung. Auf dem Gebiete des höheren Mädchenschulwesens habe sich die Stadt schwere Verschuldungen aufschulden kommen lassen, und etwas anderes sei es erst seit der letzten Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens geworden. Einen Ausweg, um gleichzeitig der Misere des privaten höheren Mädchenschulwesens abzuhelfen und die von der Stadt bisher begangene Verschuldung wieder gutzumachen, wäre gewesen, die privaten Mädchenschulen zu veranlassen, auf die Oberstufe zu verzichten, während die Stadt ihrerseits bei ihren Vocum auf die Unterstufe verzichtet hätte, wozu die Möglichkeit durch die ministeriellen Bestimmungen gegeben sei. In Frankfurt a. M. sei man auf diesen Weg getreten. Leider habe in Berlin die Abschaffung der Vorklassen bei städtischen Anstalten noch immer nicht erreicht werden können, im Gegenteil. Die Stadt zahle große Subventionen an die privaten höheren Mädchenschulen, und die Erfolge der auf diesem Gebiete betriebenen unerhörten Agitation in bezug auf die Tierische Schule seien ja noch deutlich in Erinnerung. — An der städtischen höheren Mädchenschule in diesem Augenblick mit der Eröffnung der Unterstufe vorzugehen, würde ein schwerer Fehler sein. Mindestens müsse auch die niedrigste Klasse der Mittelschule gleichzeitig aufgemacht werden, um die Möglichkeit des Ueberganges der Gemeindefachschülerinnen auf die höheren Schulen sicherstellen zu können.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.): Auch wir finden die Verlegung zweier hiesigen höheren Mädchenschulen aus dem Südwesten in die Vororte sehr eigenartig. Wir nehmen die Vorlage des Magistrats unbedenklich an.

Stadtv. Eßelund (A. L.) ist ebenfalls für Annahme der Vorlage ohne Ausschlußberatung. Beide von Kronz angeregten Fragen seien in der Deputation eingehend erörtert worden. Für die Abschaffung der Unterstufen und der Vorklassen sei angesichts der Berliner Verhältnisse keine Aussicht.

Stadtv. Jürgens (A. L.): Die Erörterung der Wünsche von Kronz könnte besser bei anderer Gelegenheit zum Ausdruck kommen. Stadtschulrat Mischke: Will der Tierische Schule besteht hier nicht der geringste Zusammenhang. Die Augustasthule wird Mitte nächsten Jahres nach dem äußersten Westen hinaus verlegt. Mit den untersten Klassen beim Aufbau einer Anzahl anzufangen, ist doch das natürlichste; bereits nach einem Jahr wird ja auch schon die unterste Klasse der Mittelschule da sein.

Der Ausschussantrag wird abgelehnt, die Vorlage angenommen. Dem „Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin“ wünscht der Magistrat die seit 1909 mit 5000 M. gewährte und allmählich auf 10 000 M. erhöhte Subvention für 1914 auf 15 000 M. zu erhöhen und erbittet dazu das Einverständnis der Versammlung. Der Verein ist in wirtschaftliche Bedrängnis geraten und erklärt, sich auflösen zu müssen, wenn er nicht bis Mitte November Gewißheit über die Erhöhung der städtischen Subvention habe.

Stadtv. Selberg empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Im vergangenen Jahre habe der Verein 60 000 Rechtsauskünfte erteilt, er verdiene also gewiß seinen Namen als „gemeinnütziger Verein“.

Stadtv. Bräuner (Sog.): Dieser Gemeinnützige Verein erhielt 1911 5000 M. Subvention. Wir haben damals gegen die Bewilligung gestimmt, sind aber anderer Meinung geworden und unterstützen jetzt die Forderung. Der von der deutschen Arbeiterschaft ausgegangene Gedanke der Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen hat immer breiteren Boden gewonnen und auch unsere Gegner veranlaßt, ähnliches ins Leben zu rufen. Wir fürchten diese Konkurrenz nicht. Unsere Volksgenossen sind in weitestem Umfange auf solche Einrichtungen angewiesen, wenn sie sich nicht von den Winkelfunkulanten aufs schlimmste ausnützen lassen wollen. Das Berliner Arbeitersekretariat hat 1911 28 000 und die Rechtsauskunftsstelle des „Vorwärts“ in demselben Jahre 19 000, zusammen 45 000 solcher Auskünfte erteilt; 1912 betrug die Zahl 49 000. Angesichts dieser Tatsachen verlangen wir die Verstaatlichung der Rechtsauskunft. (Unruhe.) Mindestens muß dem Magistrat bei subventionierten Vereinen ein entsprechender Einfluss auf die Verwaltung zugesprochen werden.

Stadtv. Justizrat Hahn (A. L.): Auch nach unserer Meinung haben die Rechtsauskunftstellen ein Bedürfnis erfüllt. Eigentlich aber ist diese Einrichtung eine Aufgabe des Staates. Der Vorredner wies darauf hin, daß das sozialdemokratische Programm die Ineffektivität der Rechtspflege fordert; will der Vorredner und seine Freunde, daß auch die die Stadt bezahle soll? Die Forderung des Vereins muß näher geprüft werden; wir wissen über den Verein in angeführten Gründen nicht hallos und können kein Vorrecht rechtfertigen. Seine Wünsche werden sich bei der Staatsberatung durch den alljährlich für solche Anwendungen eingehenden Ausschuss prüfen und erledigen lassen, was ich hiermit beantrage.

Stadtv. Friedberg (Fr. Fr.) stellt sich auf denselben Standpunkt. Stadtv. Rosenow (A. L.) hält eine Kollage für vorliegend und stimmt dem Magistratsantrag zu.

In der Abstimmung gelangt der Antrag Hahn zur Annahme. Der Magistrat ersucht die Versammlung um ihre Zustimmung dazu, von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft auf Grund der bestehenden vertraglichen Verpflichtung die Anlage eines Untergrundbahnstahls in der Neuen Friedrichstraße an der Kreuzung mit der Straßauer Straße zu verlangen. Gleichzeitig soll an dieser Stelle die Neue Friedrichstraße verbreitert und die Durchlegung der Volksteilstraße ermöglicht werden, wozu von den fiskalischen Grundbesitzern Neue Friedrichstraße 5-11 im ganzen 1170 Quadratmeter erforderlich sind. Der Entwurf eines mit der Ministerialbaukommission abgeschlossenen bezüglichen Vertrages, der nach der Zustimmung des Finanzministers bedarf, wird vorgelegt.

Auf Antrag Spendius (A. L.) geht die Vorlage an einen Ausschuss, den der Vorstand sofort ernannt.

Schluss der öffentlichen Sitzung gegen 1/10 Uhr.

## Aus aller Welt. Zoffenbein und Sauerkraut.

Wie die deutsche Orient-Korrespondenz aus Petersburg meldet, soll ein russischer Händler mit deutschen Geschäftsleuten Kontakte abgeschlossen haben, nach denen er verpflichtet ist, im Laufe des Winters mehrere Tausend Pferde für die Ausfuhr nach Deutschland zu schlachten und zu pöbeln. Früher dienten die verbrauchten Pferde als Hundstutter. Das Geschäft soll für den Händler außerordentlich lohnend sein, so daß er jetzt überall auf den Märkten alte Pferde aufkauft.

Uebens Ural kommt die Kunde, daß des heiligen Russlands Hunde für 'ne Weile sich befreien wollen von dem Zoffenbein! Will dir nächstens ein Prolet wieder von der Zeiten Nöte jammern, lenke seinen Sinn nach dem fernen Russland hin.

Das besagte Reich der Reußen will demnächst das liebe Preußen Pferde-pöbelnd überfließen.

Zur bewußten Kompottschüssel fehlte noch vom Pferd der Rüssel — allzu fetten Schweinebauch den vertrug nicht jeder Gauch. Volk! Darfst nun entgegenschreiten „herrlichen (bewußten) Zeiten“! Die dir übens Ural kommen so den Bösen wie den Frommen. . . . Bald kann in den Vorderflößen jeder von den Volksgenossen halten nun sein Bein vom Zoffen!

## Das Unwetter auf den kanadischen Seen.

Die Schiffskatastrophen, die sich bei den letzten Schneestürmen auf den kanadischen Seen ereignet haben, sind weit schwerer, als sich nach den ersten Nachrichten vermuten ließ. Es hat den Anschein, daß überhaupt kein Dampfer auf dem Huron-, Oberen- und Erie-See, dem es nicht gelungen ist, rechtzeitig einen Hafen zu erreichen, gerettet worden ist. Es sollen insgesamt 20 Frachtdampfer verloren gegangen sein. Bis jetzt sind 31 Leichen geborgen, während über hundert Personen noch vermisst werden.

## Wie Proletarier enden.

Die gefürchtete Existenz des Arbeiters bis ins hohe Alter hinein, von der Wilhelm II. einmal sprach, wird drastisch illustriert durch einen Vorfall, über den aus Dortmund folgende Meldung kommt: Der Arbeiter Kaspar Müller, ein 78-jähriger Greis, war auf dem Hüttenwerk Union beschäftigt gewesen. Wegen seiner Schwächlichkeit, die durch das hohe Alter erklärlich ist, wurde er in eine Klasse, die er nicht mehr zu lohnender Ausbeutung, Gleichzeitigkeit wurde ihm auch die Werkswohnung gekündigt. Da er keine Existenzmittel besaß, so bemächtigte sich seiner die Verwahrlosung. Er beschloß, den letzten Freitag dem langsame Verwahrlosung vorzuziehen. Am Sonntagabend bemerkte man ihn, wie er vor Schwäche schlotternd, am Hafen entlang irrte. Als



er sich unbemerkt glaubte, stürzte er sich ins Wasser. Schiffer hörten aber seinen Lärm und holten ihn aus den Wellen heraus. Der völlig entkräftete Mann wurde darauf ins Krankenhaus gebracht. Er kam also wieder Betrachter anstelle über diese „herrliche“ Weltordnung, die den verbrauchten Arbeiter zum Hungern verurteilt, wenn er auch ein langes Leben hindurch dem Kapital Profit über Profit erschlüsselt. Die Herrschenden werden auch durch solche Vorkommnisse von ihrer Meinung über die „wohlverordneten“ Arbeiter nicht abzubringen sein, aber die Arbeiter selbst sollten daraus lernen.

**Kleine Notizen.**

Schrecklicher Tod eines Lohndienstmannes. Während ein Arbeiter in einer Scheune zu Schwientochlowitz nächtigte, brach plötzlich Feuer aus. Bei den Aufräumungsarbeiten fand man die verkohlte Leiche des Arbeiters.

Die Entlassung des Lokomotivführers Dumaine. Die Entlassung des Lokomotivführers Dumaine, dem die Hauptschuld an der Katastrophe bei Melun zugeschrieben wird, ist deshalb erfolgt, weil er nach ärztlichem Gutachten bei dem Unglück schwere innere und äußere Verletzungen davongetragen hat und weil er bei einer längeren Gefängnisstrafe einem sicheren Tode entgegengehen würde.

Unwetter in Frankreich. Starke Regengüsse haben in verschiedenen Gegenden Frankreichs, namentlich im Osten des Landes, große Ueberschwemmungen verursacht. In Reuil, Gori-court und Montbéliard ist die Bahnlinie Paris-Desoul überflutet. Der Verkehr wird über eine Zweiglinie geleitet.

Die Opfer des bernaischen Erdbebens. In der durch das Erdbeben zerstörten Stadt Chalhucana sind 250 Leichen geborgen worden.

Ein Opfer des Spielens. Der 27-jährige Drechsler Emanuel Flach aus Berlin brachte sich am Donnerstagmorgen in seiner Wohnung in Paris einen Schuss in die Herzgegend bei. Er wurde schwer verletzt ins Hospital gebracht. Flach hatte sein ganzes Geld im Spiel verloren.

Im Streit seinen Vater erwürgt. In dem Dorfe Verching in Bayern wurde vor einigen Tagen der Wägenmeister Simeeth in seiner Scheune erdrosselt aufgefunden. Der 25-jährige Sohn des Ermordeten hat jetzt eingestanden, seinen Vater im Streit ermordet zu haben.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ ist neben dem 7. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Kartellismus und Sozialdemokratie. Von Dr. Wehring. — Spionagegeheimnisse und Spionage. Von Max Cohen (Neu). — Sozialdemokratische Flagge und anarchistische Bäre. Ein Beitrag zur Parteigeschichte. Von R. Kallanoff. (Fortsetzung). — Der erste Wahlkampf mit erweitertem Wahlrecht. Von Oda Elberg (Rom). — Zeitschriftenkassen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns neben Nr. 4 des 24. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Romantischfabrikation von Gottes

Graben. — Eine Ursache des Geburtenrückganges. IV. Von Heinrich Vogel. — Die Arbeiterschaft der Bier- und Brauindustrie. Von Dr. — Fünfte Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht in Gießen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnements 2,60 M.

Der „Bären Jacob“ ist neben der 24. Nummer des 30. Jahrganges 16 Seiten lang erschienen und bringt u. a. ein Porträt des verstorbenen österreichischen Parteigenossen und Buchdruckerführers Carl Böger.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. B. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

**Witterungsbericht vom 13. November 1913.**

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Eminence	749	SW	1	Regen	8	Saparanda	752	SSO	4	bedeckt	1
Hamburg	746	SO	3	wolfig	9	Petersburg	760	SSO	1	bedeckt	0
Berlin	749	S	1	bedeckt	9	Scio	748	WSW	6	wolfig	9
Konstanz	749	SW	2	wolfig	10	Aberdeen	738	WS	3	wolfig	8
München	754	SSW	4	Regen	6	Paris	747	SW	3	wolfig	9
Wien	754	WS	3	wolfig	10						

**Wetterprognose für Freitag, den 14. November 1913.**

Einmal kühler, ziemlich trübe und neblig mit leichten Regenschauern und ziemlich frühen westlichen Winden.

# A. Wertheim heute billige Lebensmittel

**Fleisch**

- Pa. Schmorfleisch . . . . . Pfd. 1.00
- Roastbeef Pfd. 1.00, o. Knoch Pfd. 1.50
- Filet i. Ganz., unausgesch. Pfd. 1.00
- Filet ausgeschält . . . . . Pfd. 1.60
- Ochsenbrust und Kamm Pfd. 80 Pf.
- Frisch. Schinken i. Ganz. Pfd. 85 Pf.
- Schweinekamm u. Schuft Pfd. 90 Pf.
- Schweinekotelettes . . . . . Pfd. 1.00
- Rückenfett Pfd. 70, Linsen Pfd. 80 Pf.
- Kasseler Rippenpeer Pfd. 85 Pf. b. 1.00

**Obst und Gemüse**

- Amerikan. Äpfel . Pfd. 18 u. 25 Pf.
- Kochäpfel . . . . . Pfd. 13, 16 Pf.
- Graue Reinetten . . . . . Pfd. 18, 22 Pf.
- Grosse Kochbirnen . . . . . Pfd. 13, 18 Pf.
- Weisskohl . . . . . Pfd. 3 Pf.
- Rot- u. Wirsingkohl . . . . . Pfd. 4 Pf.
- Spinat 2 Pfd. 10, Grünkohl 2 Pfd. 10 Pf.
- Sellerie-Knollen . . . . . 3, 5, 10 Pf.
- Mohrrüben . . . . . 5 Pfd. 15 Pf.
- Schwarzwurzeln . . . . . Pfd. 10 Pf.
- Märkische Rübchen . . . . . 2 Pfd. 15 Pf.

**Wurstwaren**

- Landleberwurst . . . . . Pfd. 1.05
- Pasteten-Leberwurst . . . . . Pfd. 1.20
- Jagdwurst Pfd. 1.10, Teewurst 1.30
- Rotwurst . . . . . Pfd. 55, 85 Pf.
- Bauernmettwurst . . . . . Pfd. 1.25
- Zerelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.35
- Rollschinken ca. 6-8 Pfd. Pfd. 1.55
- Gänse . . . . . Pfd. 53, 65, 75 Pf.
- Gänse-Rümpfe . . . . . 2.15 bis 4.00
- Suppen-Hühner . . . . . Stück 1.40 bis 2.60
- Ungarische Puten . . . . . Pfd. 78 Pf.

**Butter u. Käse**

- Hoch- und Backbutter Pfd. 1.08, 1.18
- Tischbutter Pfd. 1.28, 1/2 Pfd.-Pak. 64 Pf.
- Tafelbutter Pfd. 1.36, 1/2 Pfd.-Pak. 68 Pf.
- Schmalz . . . . . Pfd. 68 Pf.
- Pflanzenmuss . . . . . Pfd. 25 Pf.
- Echter Emmentalerkäse Pfd. 1.10
- Bayer. Schweizerkäse . . . . . Pfd. 88 Pf.
- Holländer Käse . . . . . Pfd. 75 Pf.
- Romatour-Käse . . . . . Stück 26 Pf.
- Limbarger Käse . . . . . Pfd. 45 Pf.
- Brie-Käse . . . . . Pfd. 75 Pf.

**Fische**

- Kabeljau i. ganz. Fisch. Pfd. 15, 22 Pf.
- Seelachs o. K., i. gz. Fisch. Pfd. 22 Pf.
- Schellfisch 2-4 Pfd. schw. Pfd. 22 Pf.
- Bratschollen . . . . . Pfd. 20 Pf.
- Rotzungen . . . . . Pfd. 24 Pf.
- Goldbarsch . . . . . Pfd. 18 Pf.
- Steinbutten . . . . . Pfd. 78 Pf.
- Fische in ganzen Fischen Pfd. 65 Pf.
- Lebende Plötzen . . . . . Pfund 40 Pf.
- Lebende Karpfen Pfd. 75, 85, 95 Pf.
- Leb. Hechte bis 5 Pfund Pfd. 98 Pf.

**Freitag und Sonnabend: Extra-Preise für Porzellan, Glas, Emaillierte Geschirre, Wirtschafts-Artikel.**

**Todes-Anzeigen**

Am Mittwoch, den 12. November, verstarb plötzlich infolge Herzschlags unser Chef, der Möbelfabrikant, Herr **Wilhelm Großkurth** Oranienstraße 7, im Alter von 42 Jahren. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen humanen und gerechten Arbeitgeber, dessen Andenken wir dauernd in Ehren halten werden. Die Arbeiterschaft der Tischlerei G. Großkurth. Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Luisenstädtischen Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**

Am 11. November verstarb unser Genosse, der Holzleger **Christian Dähmow** Kolberger Str. 21/22, Bezirk 800. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Am Dienstag verstarb unser Genosse, der Schenkwirt **Paul Verleih** Walplaquestr. 36. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Am rege Beteiligung erlucht **Der Vorstand.**

**Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands.**

**Michael Grzechowiak** am 12. November im Alter von 51 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Michael-Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt. **Die Ortsverwaltung.**

**Das plötzliche Ableben meines lieben Sohnes, meines guten Bruders** 149/18

**Georg Zapel** zeigen tiefbetrübt mit der Bitte um Mitleid. **Witwe Auguste Zapel, August Zapel, Martha Lehmann, geb. Zapel.** Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. **Dankagung.** Allen Freunden und Bekannten sowie dem Deutschen Arbeiter-Verband (Sektion der Arbeiter), den Genossen des 6. Berliner Reichstagswahlkreises, insbesondere denen des 524. Bezirks, sagen wir hiermit für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes unseren besten Dank. **Minna Putitz nebst Kindern.**

**In Freien Stunden**

Die **Wochenschrift für Arbeiterfamilien** Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

**Offene Füße**

Krampfadergeschwür, wenn auch voralt u. hartnäck., schmerzhaftes Wunden, unerträglich Jucken heilt ohne Nachteil die mild wirkende „**Ollinda-Salbe**“ besonders für empfindsame Leiden. Sofort kühlend und lindern, da frei von jeder Schärfe. Zahlreiche Erfolge! — M. 1.— u. 2.50. **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4**

**Auf 2 Lose ein Gewinn garantiert**

Ziehung schon 18. Novemb. **Münchener Lotterie** Gewinne im Werte von Mark **100000 15000** Hauptgew. **Wer 2 Lose kauft, eine gerade u. eine ungerade Nummer, muss gewinnen.** Lose 2 M. 30 Pf. **H. C. Kröger** BERLIN W8, Friedrichstr. 193a. Tel.-Adr.: „Goldquelle“.

**Stoffe**

für **Maßanzüge, Paletots** Motor M. 5, 7, 9 **Kostüm- und Ulsterstoffe** Mtr. M. 3, 4, 5 **Persianer imit.** 130 cm br. M. 7<sup>50</sup> 9<sup>50</sup> **Plüsch** prima Qual. M. 15 **Seiden-Seal** Motor **Astrachan** Fehlfutter Motor M. 4<sup>50</sup> 6<sup>50</sup> Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche. **Nur ein Preis!** Reiche, fetter, junge, 7-15 Pfd. schwere **Gänse** pro Pfd. 72 Pf. **Nur allerbeste Qualität!** Gänserümpfe, 1/2 Gänse, 1/3 Gänse, Suppenhühner, Brathühner, Lenden empfiehlt **F. Wegner, Berlin SO.** nur Mariannenstr. 34.

**III. Etage** **Reisemuster** **Ulster :: Paletots** **Anzüge :: Hosens** gebe an Private zu Fabrikpreisen ab **Herrenkleiderfabrik J. Coper** Alexanderstr. 55, III (neb. d. Alexander-Kaserne) Geöffnet b. 7 Uhr abends. — Sonntags v. 12-2 Uhr.

**Zigarrengeschäfte** mache ich aufmerksam auf meine Kantabul-Spezialitäten: **Skandia-Skraa** und **Solidaritäts-Tabak** **Max Ziegenhals, Neue König-Strasse 70** (Königsstadt: 3047). **Zämtliche eingeführte Fabrikate in Zigaretten, Tabaken, Baccaren zu billigen Preisen.**

**Sie sparen Geld!** **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik** **H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35** kein Laden Tel.: A. III, 5157 **kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.** **35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**

**Haarflüssig** mit Brut vernichtet radikal Rademachers Goldgeist, ges. gesch. Nr. 75198. Geruch- u. farblos. Reinigt die Kopfhaut v. Schuppen, befreit d. Haarwuchs, verhärt, Zuzug von Parasiten. — Wichtig für Schalkländer. Tausende v. Anerkennungen. Fl. à 0.50 u. 1.00 M. in Apotheken und Drogerien. Man weise Nachahmungen zurück u. achte genau auf d. Namen: **Goldgeist!** Verkaufsstelle: Fritz Kratz, Berlin N. 39, Reinickendorfer Str. 119. Engrosniederlage: A. Neumann, W. 57, Potsdamer Str. 65.

**Flüssiges** **THERMAL SHAMPON** **wirklich Haarpflegemittel** Unvorrecht in seiner Wirkung. Preis pro Flasche 30 Pf. Zu haben in allen Drogerien **Zirkuswaischen, Jober, Eismann, Badewannen, Spezialfabrik Reichsbergerstraße 47, Telefon 5 Progs.**

**Verband der Sattler u. Portefeullier Deutschlands.**

**Ortsverwaltung Berlin.** Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Sattler **Emil Schwerdfeger** (Firma D. Becker) verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Groß-Lichterfelde-Str., Rangelstraße, aus statt. 158/8 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.**

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Christian Dähmow** welcher im Betriebe der Häblich, Basowert, 7, New-Ampelton, beschäftigt war, verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt. 296/19 **Die Ortsverwaltung.**

**Für die große Teilnahme und die vielen Kranzgebenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Dolmetschers** **Emil Schäfer** sage ich hiermit dem Soz. Arbeiter-Verband des 2. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Zentralverein der Bildhauer Deutschlands, den Arbeitskollegen der Firma Karl Müller und allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. 296/20 **Frau Clara Schäfer.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenformer **Paul Verleih** Walplaquestr. 36, am 11. d. M. an Leberleiden gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, 15. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Seestraße aus statt. Ferner hat unser Mitglied, der Dreher **Alfred Absalon** Neue Hofstr. 32/34, am 11. d. M. an Augenleiden. Die Beerdigung findet heute Freitag, den 14. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes in Reinickendorfer-Weg, Blankstraße, aus statt. Ferner hat unser Mitglied, der Hobler **Franz Garzarek** Reinickendorfer, Scharnmoorstr. 74, am 9. d. M. Die Beerdigung findet heute Freitag, den 14. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes in Reinickendorfer-Weg, Blankstraße, aus statt.

**Ferner hat unser Mitglied**

**Hedwig Schön** Die Beerdigung findet am Sonnabend, 15. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes in Reinickendorfer-Weg, Blankstraße, aus statt. **Ehre ihrem Andenken!** Rege Beteiligung erwarlet 129/6 **Die Ortsverwaltung.**

**Rechtsanwalt Prillwitz**

Berlin NW 21, Thurmstraße 34.

**Reuters Werke** 3 Bände 4 Mark **Duchhandlung Vorwärts**



# Ausnahme-Angebote

der

## Kleiderwerke

# Baer Sohn

Man achte auf  
**die staunend billigen Preise**  
in dem morgigen Inserat.

VELSTEIN & Co.

## Bekanntmachung

### betreffend die Wahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde.

Kauf Grund des § 90 der neuen Kassengesetz sind für die Wahlperiode vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1917 von den Versicherten und den bei der Kasse zuständigen Arbeitgebern Vertreter zum Ausschuss zu wählen und zwar:

**20 Arbeitgebervertreter und 40 Ersatzmänner,  
40 Versichertenvertreter und 80 Ersatzmänner.**

Die Wahlen der Arbeitgebervertreter finden statt:  
**am Montag, den 15. Dezember 1913, von 4 bis 7 Uhr nachmittags, im Café „Hohenzollern“, Berlin-Lichterfelde, Chausseest. 93a.**

Die Wahlen der Versichertenvertreter finden statt:  
**am Dienstag, den 16. Dezember 1913, von 4 bis 9 Uhr nachmittags, im Restaurant von Wahrensdorf, Berlin-Lichterfelde, Bäckerstr. 7.**

Die Wahlen sind geheim. Gewählt wird nach den Grundregeln der Verhältniswahl nach Maßgabe der Wahlordnung.

**Das Wahlrecht ist in Berlin auszuüben.**

Jeder Wähler, welcher an der Wahl teilnehmen will, erhält auf sein Verlangen bis spätestens 8. Dezember im Kassenschatz während der Dienststunden von 9 bis 2 Uhr eine Wahlkarte ausgedruckt, die am Wahltag als Ausweis über seine Wahl- und Stimmberechtigung dient und welche er dem Wahlschaff vorzuweisen hat. Wähler, die nicht im Besitze einer Wahlkarte sind, werden zur Wahl nur zugelassen, wenn sie in einer schriftlichen Mitteilung des Wahlschaffes überzeugenden Weise ihre Wahlberechtigung nachweisen können. Auf der Wahlkarte für die Arbeitgeber wird auch die Zahl ihrer Stimmen vermerkt. Der Wahlschaff am Tage der Wahl ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen. Die Wahlkarten werden auch an Beauftragte sowie auf schriftliches Verlangen ausgestellt.

Die Wähler können die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse während der Kassensstunden von 9 bis 2 Uhr im Kassenschatz einsehen. Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens bis zum 1. Dezember 1913 unter Beifügung von Beweismitteln beim Vorstand der Kasse einzulegen. **Wahlberechtigt sind:** die volljährigen Arbeitgeber und Versicherten der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde. **Wählbar als Vertreter der Arbeitgeber** sind nur solche Arbeitgeber, die für ihre versicherungspflichtig Beschäftigten Beiträge an die Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde zu zahlen haben. Arbeitgeber, die nicht versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern nur dann, wenn sie regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Beschäftigte; andernfalls zu den Versicherten.

Für die Wählbarkeit stehen den Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich. Nicht wählbar sind Mitglieder einer Behörde, welche Aufsichtsbefugnisse über die Kasse hat.

Arbeitgeber, die einen versicherungspflichtigen Beschäftigten, führen eine Stimme.

Arbeitgeber, die mehrere versicherungspflichtige Beschäftigten, führen bis zu 100 versicherungspflichtig Beschäftigten für je angefangene 10, und darüber für über 100 hinausgehenden Zahl für je angefangene 20 Beschäftigte eine Stimme. Mehr als 20 Stimmen kann kein Arbeitgeber führen.

Wahlberechtigt sind ferner die am 1. Januar 1914 durch die Reichsversicherungsordnung neu in die Krankenversicherung einbezogenen volljährigen Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde und die volljährigen Arbeitgeber solcher Mitglieder. Ausgenommen hiervon sind die Arbeitgeber unabhängig Beschäftigter als solche sowie unabhängig Beschäftigte, die nach § 455 der Reichsversicherungsordnung keine Beitragsteile zahlen, und ferner solche versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen. Die wahlberechtigten Personen werden aufgefordert, sich zwecks Eintragung in die Wählerliste bis spätestens 8. Dezember 1913, werktäglich von 9-2 Uhr im Wahlbureau der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde einzufinden. Die Arbeitnehmer haben sich dort durch die Genehmigung ihrer Arbeitgeber über das bestehende Beschäftigungsverhältnis auszuweisen. Den in die Wählerliste aufgenommenen Personen wird im Wahlbureau der Allgemeinen Ortskrankenkasse eine Wahlkarte als Ausweis zur Ausübung ihres Stimmrechts am Wahltag ausgedruckt werden.

**Wählbar als Vertreter der Versicherten** ist nur, wer bei der Kasse versichert ist. **Wählbar** sind nur volljährige Deutsche.

**Nicht wählbar ist:**

- wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist;
- wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Wer als Arbeitgeber wählbar ist, kann die Wahl nur ablehnen, wenn er

- das sechzigste Lebensjahr vollendet hat;
- mehr als vier minderjährige eheliche Kinder hat; Kinder, die ein anderer an Kindesstatt angenommen hat, werden dabei nicht mitgerechnet;
- durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsmäßig zu führen;
- mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. Die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine; zwei Gegenvormundschaften stehen einer Vormundschaft, ein Ehrenamt der Reichsversicherung einer Gegenvormundschaft gleich;
- während der unmittelbar vorhergehenden Wahlzeit das Amt mindestens zwei Jahre geführt hat.

Ein Arbeitgeber, der die Wahl ohne zulässigen Grund ablehnt, kann vom Vorsitzenden des Vorstandes mit Geldstrafen bis zu hundert Mark bestraft werden.

**Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem unterzeichneten Vorstand spätestens bis zum 1. Dezember 1913 einzureichen.**

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen 20 Stimmen unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlag gezählt und auf den übrigen Vorschlägen gestrichen. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterschrift auf demjenigen Wahlvorschlag, welchen der Unterzeichner binnen einer ihm gesetzlich bestimmten Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal so viel Bewerber benennen, als Vertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt und nach Familien- und Vor-(Namen), Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterblieben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Beilegung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

**Die Anträge müssen spätestens bis zum 8. Dezember 1913 beseitigt sein.**

Bis zu diesem Zeitpunkt können Wahlvorschläge auch zurückgenommen werden. Die zugelassenen Wahlvorschläge werden eine Woche vor der Wahl nach § 109 der Satzung bekannt gemacht und den Beteiligten auf Wunsch im Kassenschatz, Berlin-Lichterfelde, Chausseest. 103, werktäglich von 9 bis 2 Uhr zur Einsicht vorgelegt.

Enthält ein Wahlvorschlag mehr Bewerber, als zugelassen sind, so werden diejenigen vorgeschlagenen gestrichen, deren Namen den in der nächsten Zahl vor ihnen Genannten folgen.

Die Wahlvorschläge sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden, oder wenn sie nicht mit den erforderlichen Unterschriften versehen, oder wenn die Bewerber nicht in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sind, es sei denn, daß die Ränge rechtzeitig beseitigt werden.

**Die Stimmabgabe ist an die Wahlvorschläge gebunden.**

Sind auf gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur so viele wählbare Bewerber benannt, wie Vertreter zu wählen sind, so gelten sie als gewählt. Sind weniger Bewerber vorgeschlagen, so gelten diese ebenfalls als gewählt.

Der Wähler erhält einen der Umschläge, die mit dem Stempel der Kasse versehen und im Wahlraum bereit zu halten sind, tritt sodann an einen abgetrennten Tisch, wo er seinen Stimmzettel unbedacht in den Umschlag legt und übergibt hierauf den Umschlag ungeschlossen unter Ausschaltung seiner Wahlkarte dem Vorsitzenden oder dem von diesem bezeichneten anderen Mitgliede des Wahlschaffes. Dieser läßt die Abgabe des Stimmzettels bemerken und wirft hierauf den Umschlag in die Wahlurne. Arbeitgeber mit mehrfachen Stimmzetteln haben so viel Stimmzettel je in einem besonderen Umschlag abzugeben, als sie Stimmen haben und abgeben wollen. In diesem Falle ist die Zahl der abgegebenen Umschläge zu vermerken.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und dem Vorsitzenden des Wahlschaffes zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Der Stimmzettel, der dem Wähler im Wahllokal ausgehändigt wird, muß die Ordnungsnummer des Wahlvorschlags, dem der Wähler seine Stimme geben will, enthalten. Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einer Ordnungsnummer der zugelassenen Wahlvorschläge vollständig übereinstimmt.

Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe und 10 mal 8 Zentimeter groß sein; Stimmzettel, die von diesen Bestimmungen abweichen, sind ungültig, wenn das Abweichen die Richtigkeit einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht. Stimmzettel, die außer der Bezeichnung einer zugelassenen Ordnungsnummer irgendeinen Vermerk tragen, oder deren Umschläge ein Vermerk haben, welches die Richtigkeit einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht, oder die unterschrieben sind, sind ungültig. Dasselbe gilt von Stimmzetteln, die bis in einem nicht mit dem Stempel der Kasse versehenen Umschlag befinden. Ungültig ist ferner der Inhalt eines Stimmzettels, soweit er zweifelsfrei ist. Befinden sich in einem Umschlag, der nur für einen Stimmzettel bestimmt ist, mehrere Stimmzettel, so werden sie, wenn sie vollständig übereinstimmen, nur einfach gezählt, andernfalls sind ungültig angesehen.

Die Wahl wird zu der festgesetzten Zeit geschlossen; nur die am Schluß der Wahlhandlung im Wahlraum anwesenden Wähler dürfen dann noch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Berlin-Lichterfelde, den 13. November 1913.

Der Vorstand, M. Fungenfeld, Vorsitzender.

## Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee.

Gemäß der §§ 14 und 19 der Wahlordnung für die Ausschusswahlen geben wir den wahlberechtigten Kassensmitgliedern und Arbeitgebern hierdurch bekannt, daß die stiftungseingereichten Wahlvorschläge, und zwar:

- derjenige der Arbeitnehmer, eingereicht durch Franz Schulz im Namen der im Gewerkschaftskartell vereinigten Gewerkschaften, enthaltend 60 Vertreter und 120 Ersatzmänner, beginnend mit Adolf Albert, Warmwassermeister, Berlin-Weißensee, Berliner Allee 224,
- derjenige der Arbeitgeber, eingereicht durch den Vorsitzenden des Vereins der Industriellen, Herrn Louis, enthaltend 30 Vertreter und 60 Ersatzmänner, beginnend mit Hugo Abraham, Kaufmann, Berlin-Weißensee, Bestner Allee 17,

als gültig anerkannt worden sind.

Einsprechungen sind nach § 20 der Wahlordnung innerhalb 2 Wochen bei dem Kassenvorstand oder dem Versicherungsamt anzubringen.  
Berlin-Weißensee, den 12. November 1913.

**Der Vorstand.**  
K. Fahrman, Vorsitzender. 279/20

## Tischler-Verein zu Berlin.

Sonabend, den 15. Nov.,  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Eingel. 15, Saal 3:  
**Versammlung.**

Vortrag: (siehe 90 farbige Bilder) des Herrn G. Sturm über: **Wahlerfolge** (Bilder aus den Balkanstaaten, von Bosnien nach Konstantinopel, über Wien, Kofu nach Benedig u. a. Gäste freier Zutritt. 294/10 **Der Vorstand.**

## Orts-Krankenkasse der Schmiede.

Sonabend, 22. November 1913,  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
bei Fröhlich, Rühlauer Str. 1:  
**General-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1913. 2. Bewährung einer einmaligen Teuerungszulage an den Rentnern. 3. Verchiedenes.  
J. E. v. d. Pilgrim  
Vorsitzender. 279/19

## Schubert's Armeesohle

hergestellt aus  
**reiner  
hydrophiler  
Baumwolle.**

Aerztl. anerkannter  
bester Schutz gegen  
**Kälte und  
Schweiss.**

Kein Wundlaufen!  
Keine Erkältung!  
Keine barie Haut!  
Keine Blasen!

Für  
ältere Leute unentbehrlich.  
Schont Schuhe u. Strümpfe.

Fabrikant: Oswald Schubert, Harthau bei Chemnitz.

## Ein neuer Mensch

wird man wieder durch eine Kur mit Reichel's Wohlholzer-Extrakt Marke Redico. Ein altes überreifes und reelles Naturmittel zur gründlichen Blutreinigung und wirksamen Blutverbesserung. Eine wahre Wohltat für die inneren Organe. Garantiert rein und frisch nur in Originalpackungen à 1,50, 2,50 und für längeren Gebrauch große Blechpackung (sehr vorteilhaft) 4, 6,00, in den meisten Drogerien u. m. erhältlich, aber echt nur mit Marke „Redico“, nicht verächtlich, wende man sich an den alleinigen Hersteller Otto Reichel, Berlin 43, Eilenburgerstr. 4. Amt Postplatz 4751-4753.

Das größte Abonnementshaus feinsten  
Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

## Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.

Friedrichstr. 108 Eingang Johannisstr.  
vis-à-vis der Karlstraße.

## „ADLER“- DAUER- WÄSCHE

kalt abwaschbar  
trägt diesen Stempel

zum Schutze gegen Täuschung.  
Zentrale:  
Berlin A. 14, Dresdenerstr. 50/51  
Spezial-Verkaufsstellen:  
Berlin S.: Dresdener Str. 50/51.  
" C.: Alte Schönhauser Str. 41.  
" N.: Chaussee-Str. 100.  
" N.: Behm-Str. 39.  
" O.: Frankfurter Allee 18.  
Schönberg: Akazien-Str. 8.  
Charlottenb.: Wilmersdorf-Str. 143.  
Lichterfelde W.: Kneeseck-Str. 11.  
Brandenburg a. H.: Haupt-Str. 33.

## Augen auf!

Beim Einkauf Ihrer Herrengarderobe elegante Winter-  
Ulster, Paletots, Anzüge aus guten Stoffen, selbst angefertigt, für jede Figur passend, auf Lager.  
Unsere Preise sind unerreicht billig.

Winter-Ulster	M. 14.-, 18.-, 24.- usw.
Herren-Paletots	10.-, 15.-, 20.-
Jackett-Anzüge	12.-, 16.-, 22.-
Gehrock-Anzüge	25.-, 30.-, 36.-
Jünglings-Anzüge	9.-, 12.-, 15.-
Herren-Hosen	2.-, 3.- bis 5.-

Gummi-Mäntel von M. 10.- an. Wetter-Polierinen von M. 6.- an.  
Winter-Joppen von M. 5.- an.

**Institut für Verleihung  
eleganter Gesellschafts-Anzüge**

## Garderobenhaus

Hauptgeschäft: Große Frankfurter Straße 116 an der  
2. Geschäft: Schönhauser Allee 101. Andreasstraße

## Scheuere mit Henkel's Bleich-Soda.

## Spezialarzt

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Meth. Blutuntersuchung.  
Schnelle, sich Hellung Mäßige Preise.  
Dr. med. Wockentul,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor).  
Sprechst. v. 9-3, Sonntags 8-10.

## Riesenzlager

in Ulster, Paletots  
und Anzügen

eigenes Fabrikat, verkaufe einzeln zu Engrospreisen spottbillig

### Herren-Konfektions-Engros-Geschäft

Hakescher Markt 2/3 III, Fahrstuhl. (Sonntag geschlossen.)



Partei - Angelegenheiten.

Die neue Lokalliste

Ist der heutigen Nummer des „Vorwärts“ beigelegt worden und wiederum richten wir an die gesamte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, die Lokalliste mehr zu beachten als bisher.

Beachtet die Arbeiterschaft diesen wiederholt an sie gerichteten Appell und handelt sie streng danach, so muß es uns gelingen, alle Lokale, die durch den Besuch der Arbeiterschaft erst ihre Existenz haben, auch zu Versammlungszwecken zu erobern.

Wo uns aber Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, dort können wir das Versammlungsrecht erst wirklich ausnützen, darum ist der Kampf um Versammlungsräume auch ein Kampf um das Versammlungsrecht. Deshalb:

Beachtet stets die Lokalliste!

Ferner ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtschaftsgehilfen bezogen wird.

Außerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalhabern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Barnim, Teltow-Beeslow und Potsdam-Osthavelland in Frage kommen.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintretenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen.

Die Lokalkommission.

Vierter Wahlkreis. Am Dienstag, den 18. November, findet in der „Urania“, Wangenstr. 10/11, die Kreisgeneralversammlung statt. Am Sonntag, den 18. November, feiert der Wahlverein sein Stiftungsfest in Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29, und Gewerkschaftshaus, Engelwerder 15.

Charlottenburg. Eine wichtige Flugblattverbreitung findet am Sonntag früh von den bekannten Stellen aus statt.

Steglitz. Die Genossen, deren Kinder sich an den Reigen- und Märchenaufführungen am 8. Weihnachtstag beteiligen wollen, werden gebeten, die Kinder am Sonntag, den 18. November, nachmittags 4 Uhr, zu Heilmann, Florstr. 4, zu schicken.

Treptow-Baumgartenweg. Der Wahlverein feiert am Sonnabend, den 15. November, sein diesjähriges Stiftungsfest im Lokal von Schneidereit, Treptower „Konkordia-Festsaal“, Am Treptower Park 99. Beginn 8 Uhr.

Wannsee. Am Sonnabend, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Fürstentel“ (D. Adernann), Versammlung des Wahlvereins. Eine halbe Stunde vorher Reineröffnung der vergrößerten Bibliothek.

Dahlemer. Sonnabend, den 15. November, abends 7/8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Wiese.

Berlin-Buchholz. Am Sonnabend, den 15. November, feiert der hiesige Bezirkswahlverein in Röhms Gesellschaftshaus, Berlinerstr. 99, sein 6. Stiftungsfest, bestehend aus Konzert, turnerischen Aufführungen vom Arbeiter-Turnverein Pantow, und Theater. Nach der Vorstellung Ball. Um rege Beteiligung bittet Das Komitee.

Bruchmühle. Sonntag, den 16. d. Mts., veranstaltet der Wahlverein bei Wiese einen Heiteren Abend. Billets a 50 Pf. Der Zahlabend wird deshalb erst am Sonntag, den 23. d. M., abends 7 Uhr, abgehalten.

Mit-Gliedern. Am Sonnabend, den 15. d. M., veranstaltet der Wahlverein einen Heiteren Abend im Restaurant von Rodenbusch, Rudower Str. 54, unter Mitwirkung des Männerchors Neutölln und Herrn Liegmann-Steglich: Lieder zur Laute. Anfang 8 Uhr. Programme a 30 Pf. sind bei den Funktionären sowie im obigen Lokal zu haben.

Vorkingwalde-Wittenau. Sonnabend, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Vorkingwalder Festsaal das Stiftungsfest des hiesigen Wahlvereins statt. Da das Programm ein reichhaltiges ist und jedem einzelnen ein genussreicher Abend geboten wird, erwartet die Bezirksleitung eine zahlreiche Beteiligung der Genossen und Genossinnen. Billets a 30 Pf. sind bei den Funktionären zu haben.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten hatten gestern darüber zu beschließen, wie den geldbedürftigen Hausbesitzern geholfen werden soll. Daß hier die Stadt eingreifen muß, erscheint den Freisinnigen als ganz selbstverständlich, denselben Freisinnigen, die so oft die Fürsorge für noch sehr viel mehr bedrängte Schichten der Bevölkerung als eine Aufgabe privater Hilfsstätigkeit hingestellt haben.

zurückwies. Zu anderen Zeiten konnten die Hausbesitzer und ihre Söhne nicht genug über die „Not des Hausbesitzes“ jammern, aber heute kommt allerdings darauf an, das geschwundene Hausvertrauen zurückzugewinnen, damit die notleidenden Hausbesitzer noch was gepumpt kriegen.

Zu der Vorlage über die am Bahnhof Wustelstraße geplante Großmarkthalle für Obst und Gemüse empfahl der Ausschuss dem Plenum teils freihändigen Erwerb, teils Enteignung des Geländes.

Dem Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin will der Magistrat eine höhere Unterföhung als bisher gewähren, weil er sonst seine Auskunftsstellen schließen müßte.

Die sozialdemokratische Fraktion trat diesmal für Unterstützung dieses Vereins ein, doch ließ unser Redner Genosse Brüdner keinen Zweifel darüber, daß als Gegenleistung ein stärkerer Einfluß der Stadt auf seine Auskunftsstellen gefordert werden muß.

Schulspeisung.

Die Gemeindebehörden haben vor einiger Zeit die Einsetzung einer Deputation für die Angelegenheiten der Schulspeisung beschlossen.

Die Deputation trat gestern zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Vorsitzende, Stadtschulrat Dr. Fischer, wies in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung der Schulspeisung und die Aufgaben, welche der Deputation hierbei zufielen, hin.

Die Kinder werden in den von dem Verein für Kinder-Volksschulen hier unterhaltenen Küchen, deren es zurzeit 17 gibt, die über die ganze Stadt verstreut sind, gespeist.

Es wurde beschlossen, eine Nachtragsforderung von 50 000 Mark bei den Gemeindebehörden zu stellen. Dabei wurde allseitig bezweifelt, ob diese Summe ausreichen dürfte.

In den neuen Etat für 1914 beschloß die Deputation 220 000 M. aufzunehmen. Im übrigen beschäftigte sich die Deputation mit der gesamten Einrichtung der Schulspeisung.

Pastor Pfeiffer als Vormund.

Aus dem Wirken des Pastors Wilhelm Pfeiffer, des Leiters des „Kinderrettungsvereins“, der im Laufe der Zeit die Sammel-Vormundschaft für mehrere tausend Kinder an sich gebracht hat, sind im „Vorwärts“ schon manche Proben mitgeteilt worden.

Pfeiffer übernahm im Juni 1913 die Vormundschaft über zwei Geschwister Tr., die ihren Vater im Jahre 1902 und ihre Mutter im Februar 1912 verloren hatten und zunächst von einem Pastor Jahnke betreut worden waren.

Die beiden Kinder, die in der Nähe des Todes ausgesprochen hatten, durch die ihr seit einem Jahrzehnt bestreudete Gattin eines Schneidemeisters G. in Berlin übernommen worden, Fräulein Tr., aber wurde von Frau G. an seine Großmutter zurückgegeben.

Bei der Tante regte sich später aus neue der Wunsch, auch das Mädchen zu nehmen, und es scheint, daß der Uebergang der Vormundschaft an Pfeiffer die Ausführung dieses Planes erleichtern sollte.

Was uns an dem Fall interessiert, das ist, wie schon gesagt, das Vorgehen des Pastors Pfeiffer. Nachdem er am 17. Juni 1913 zum Vormund gemacht worden war, schickte er sofort eine seiner Helferinnen zu den Geschwister G., doch waren diese mit dem durch den Schularzt beurteilten Kind nach Mecklenburg in eine Sommerfrische gereist.

Am 20. Juni fandte dann Pastor Pfeiffer an Herrn G. nach seiner Wohnung in Berlin einen Brief, der die Uebernahme der Vormundschaft meldete und die Bitte aussprach, Herrn Pfeiffer

„eiligst“ darüber zu informieren, wann Lotte nach Berlin zurückkehren werde. Da dieser Brief nicht nach Mecklenburg nachgehandelt wurde, so blieb er unbeantwortet.

Die beiden Kinder, die in der Nähe des Todes ausgesprochen hatten, durch die ihr seit einem Jahrzehnt bestreudete Gattin eines Schneidemeisters G. in Berlin übernommen worden, Fräulein Tr., aber wurde von Frau G. an seine Großmutter zurückgegeben.

Bei der Tante regte sich später aus neue der Wunsch, auch das Mädchen zu nehmen, und es scheint, daß der Uebergang der Vormundschaft an Pfeiffer die Ausführung dieses Planes erleichtern sollte.

Am 20. Juni fandte dann Pastor Pfeiffer an Herrn G. nach seiner Wohnung in Berlin einen Brief, der die Uebernahme der Vormundschaft meldete und die Bitte aussprach, Herrn Pfeiffer

„Wenn Sie so anfangen, dann — bitte, da ist die Tür!“ Pfeiffer erwirkte schließlich beim Amtsgericht einen Bescheid, daß Lotte herauszugeben sei.

Die Vollziehung wurde auf Verlangen beim Landgericht zunächst ausgesetzt, aber Pfeiffers Helferin machte noch vor der Beschlußfassung des Landgerichts wiederholte Versuche, das Kind abzuholen.

Am 12. November sollte die Klage vor dem Amtsgericht Berlin-Weßing verhandelt werden. Die persönlich erschienenen Eheleute G., die zu Hause ihr Geschäft hatten im Stich lassen mußten, warolien vergeblich fast 1 1/2 Stunde hindurch auf den Herrn Pastor oder seinen Anwalt.

Die beiden Kinder, die in der Nähe des Todes ausgesprochen hatten, durch die ihr seit einem Jahrzehnt bestreudete Gattin eines Schneidemeisters G. in Berlin übernommen worden, Fräulein Tr., aber wurde von Frau G. an seine Großmutter zurückgegeben.

Bei der Tante regte sich später aus neue der Wunsch, auch das Mädchen zu nehmen, und es scheint, daß der Uebergang der Vormundschaft an Pfeiffer die Ausführung dieses Planes erleichtern sollte.

Am 20. Juni fandte dann Pastor Pfeiffer an Herrn G. nach seiner Wohnung in Berlin einen Brief, der die Uebernahme der Vormundschaft meldete und die Bitte aussprach, Herrn Pfeiffer

War Geld laßt!

In Berlin haben Ärzte mehr und mehr die Gewohnheit angenommen, von fremden und nicht sogleich auf den ersten Blick zahlungsfähig scheinenden Personen sich sofortige Bezahlung ihrer Hilfeleistung zu fordern.

Die beiden Kinder, die in der Nähe des Todes ausgesprochen hatten, durch die ihr seit einem Jahrzehnt bestreudete Gattin eines Schneidemeisters G. in Berlin übernommen worden, Fräulein Tr., aber wurde von Frau G. an seine Großmutter zurückgegeben.

Bei der Tante regte sich später aus neue der Wunsch, auch das Mädchen zu nehmen, und es scheint, daß der Uebergang der Vormundschaft an Pfeiffer die Ausführung dieses Planes erleichtern sollte.

Am 20. Juni fandte dann Pastor Pfeiffer an Herrn G. nach seiner Wohnung in Berlin einen Brief, der die Uebernahme der Vormundschaft meldete und die Bitte aussprach, Herrn Pfeiffer

Die beiden Kinder, die in der Nähe des Todes ausgesprochen hatten, durch die ihr seit einem Jahrzehnt bestreudete Gattin eines Schneidemeisters G. in Berlin übernommen worden, Fräulein Tr., aber wurde von Frau G. an seine Großmutter zurückgegeben.

Bei der Tante regte sich später aus neue der Wunsch, auch das Mädchen zu nehmen, und es scheint, daß der Uebergang der Vormundschaft an Pfeiffer die Ausführung dieses Planes erleichtern sollte.

Am 20. Juni fandte dann Pastor Pfeiffer an Herrn G. nach seiner Wohnung in Berlin einen Brief, der die Uebernahme der Vormundschaft meldete und die Bitte aussprach, Herrn Pfeiffer

Die beiden Kinder, die in der Nähe des Todes ausgesprochen hatten, durch die ihr seit einem Jahrzehnt bestreudete Gattin eines Schneidemeisters G. in Berlin übernommen worden, Fräulein Tr., aber wurde von Frau G. an seine Großmutter zurückgegeben.

Bei der Tante regte sich später aus neue der Wunsch, auch das Mädchen zu nehmen, und es scheint, daß der Uebergang der Vormundschaft an Pfeiffer die Ausführung dieses Planes erleichtern sollte.

Am 20. Juni fandte dann Pastor Pfeiffer an Herrn G. nach seiner Wohnung in Berlin einen Brief, der die Uebernahme der Vormundschaft meldete und die Bitte aussprach, Herrn Pfeiffer



straße von 6<sup>30</sup> früh bis 10<sup>30</sup> abends; Sonntags ab Bittenbergplatz 9<sup>30</sup> früh bis 11<sup>30</sup> abends, ab Hahnenstraße 9<sup>30</sup> früh bis 11<sup>30</sup> abends. Auf der D a h l e m e r Schnellbahn soll gegen Ende dieses Monats ebenfalls der fünfminutenverkehr durchgeführt werden, so daß für die vom Bittenbergplatz kommenden Fahrgäste am Heerbellenerplatz stets der Anschlußung bereitsteht wird. Endlich wird mit Rücksicht auf den Theaterverkehr auf der Westendlinie, Bismarckstraße—Reichs-Kanzlerplatz, der fünfminutenbetrieb allabendlich zwischen 10<sup>15</sup> und 11<sup>15</sup> Uhr eingerichtet werden.

Mit „Badspiegel und Feuerhaken“ rüdten ein Wäckermeister, seine Gesellen und Lehrlinge Einbrecher zu Leibe, die ihnen in der Nacht zu gestern auf dem Grundstück in der Rathenower Straße einen Besuch machten. Den Gesellen und Lehrlingen waren schon wiederholt von Einbrechern zur Nachtzeit Kleidungsstücke und Wertgegenstände aus der gemeinsamen Stube gestohlen worden. Das veranlaßte den Meister eine Känglocke anzubringen, die in der Badstube angeschlossen muß, sobald die Tür der Gesellschaft geöffnet wird. Das geschah gestern früh, als alle in voller Arbeit waren. Der Meister sowohl wie auch die Gesellen und Lehrlinge betrafften sich und rüdten im „Sturmjährt“ nach der abends gelegenen Gesellschaft vor, um die Einbrecher zu überumpeln. Der Plan gelang. Zwei Männer, die später als ehemalige Wäckermeister festgestellt wurden, waren gerade dabei, in dem Koffer und Kisten zu erblicken und ihres Inhalts zu berauben. Sie hatten die Känglocke nicht gehört und glaubten in aller Ruhe und Sicherheit „arbeiten“ zu können. Der stark betraffene Liebermeister gegenüber verzichteten die Einbrecher auf jeden Widerstand, ließen sich gefangen nehmen und nach der Waage abführen.

Die Straßbahnverbindung durch den Kaiserdamm zum Reichs-Kanzlerplatz, die schon seit langer Zeit geplant war, wird nunmehr zur Wirklichkeit werden. Die Linie U wird vom Sophie-Charlotte-Platz über den Kaiserdamm bis zum Reichs-Kanzlerplatz durchgeführt werden. Die Verwirklichung des Planes hat sich dadurch verzögert, daß die Regelung der Verkehrsverhältnisse nach dem Inkrafttreten des Zweiverbandsgesetzes nicht mehr Sache des Charlottenburger Magistrats, sondern des Zweiverbands war. Der Zweiverband hatte mit der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft Verhandlungen angeknüpft, die erst jetzt zum Abschluß gelangt sind. Sobald die Änderung der U-Linie eingetreten ist, wird zum Erlaß für die dann teilweise fortfallende Verbindung vom Brandenburger Tor nach dem Kurfürstendamm und Halensee die Linie T in kürzeren Abständen fahren.

In geistiger Verwirrung tödlich verunglückt ist Mittwochabend der 87 Jahre alte Kaufmann Arur Lewald aus der Christburger Straße 2. Der Mann litt an Krampfanfällen. Seine Zustände verwirrten ihn oft so sehr, daß er nicht mehr wußte, was er tat. So lief er vorgestern abend kurz nach 6 Uhr, als er für seine Frau einholen wollte, plötzlich aus einem Ornatramladen in der Nachbarschaft hinaus, fragte laut, wo die Christburger Straße sei, obwohl er sich in ihr befand, rannte über die Anlagen des Mittelweges der Frenslauer Allee hinweg und geradezu vor einen Straßenbahnwagen der Linie 60, den er in seiner Verwirrung nicht sah. Der in voller Fahrt herankommende Wagen fuhr über ihn hinweg und zermalmete ihn den Kopf und andere Körperteile. Der Verunglückte wurde noch zu einem Arzt in der Nachbarschaft getragen, dieser konnte aber nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde bestattungsamtlich und nach dem Schauhause gebracht. Verwald war kinderlos verheiratet.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes ist eine 17 Jahre alte Arbeiterin Sch. aus der Antwerpener Straße verhaftet worden.

Zu dem Leichenfund an der Weisenbrücke wird und mitgeteilt, daß es gelungen ist, eine wertvolle Feststellung über den Aufenthalt der erschienenen Gerhardt nach dem Verlassen der Wohnung ihres Wohnortes zu machen. Sie ist am Montag, den 27. Oktober, morgens gegen 5 Uhr in Begleitung eines Mannes in das Haus Kottbuscher Damm 101 hineingegangen, aber schon nach kurzer Zeit mit diesem wieder herausgekommen. Der betreffende Herr wird nun im Interesse der weiteren Aufklärung des Verbrechens gebeten, sich umgehend im Zimmer 87 des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz zu melden. Hervorgehoben sei, daß ihm strengste Verschwiegenheit zugesichert wird. Zur genaueren Bestimmung des Tages sei noch gesagt, daß dieses der Montag nach dem Sonntag war, an dem der Flieger Pogoud in Johannisthal seine Sturzflüge vorführte.

Im neuen Berliner Aquarium sind jetzt regelmäßige Fütterungszeiten eingerichtet und durch Anschläge bekannt gemacht worden, und zwar werden die See- und Süßwasser-Tiere am Mittwoch und Sonnabend um 8 Uhr, die Krokodile Montag, Mittwoch und Sonnabend um 4 und um 7 Uhr und die großen Landschildkröten täglich vormittags um 11 Uhr gefüttert. Auf diese Weise soll den Besuchern Gelegenheit gegeben werden, viele der sonst sich meist sehr ruhig verhaltenden Tiere bei der Nahrungsaufnahme in Bewegung zu sehen, oder die Eigenart ihres Schwimmens zu lernen, was ja namentlich bei den sogenannten Seetieren und Seentieren besonders interessant ist.

Zwölf Kirchenaustrittsverfassungen am Lustig! Da von „hoher Stelle“ Maßnahmen gegen die Kirchenaustrittsbewegung geplant sind, so soll in 12 neuen Volksversammlungen am Lustig in Berlin und Vororten weiter zum Massenstreik gegen die Staatskirche aufgefordert werden. Die Versammlungen finden von 4 bis 6 Uhr statt, um besonders den Frauen und Geistlichen Gelegenheit zur Teilnahme zu geben.

Der am 1. und 2. Oktober in Berlin: Konzert- und Feste, Kopenstraße; Sparnisse, Müllerstr. 142; Schützenhaus Roabit, Wäckersee; Rappenhof-Bräuerei, Lützowstr. 25/26; Bräuerei Königstadt, Schönhäuser Allee 10; Sanssouci, Kottbuscherstr. 8; Lichtberg, Schorwager Allee; Reinholdstr.-Hof, Schützenhaus, Heßbergstr. 1/2; Gedenk-, Stadttheater; Wilmersdorfer Stadtpark, Kaiserallee 51/52; Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstraße; Ober-Schöneweide, Schloßpark Wilhelmshof.

In jeder Versammlung wird wieder ein Redner aus der Schriftsteller- und Gelehrtenkreise und ein Vertreter der organisierten Arbeiterklasse sprechen.

„Massenstreikprobleme“ lautet die Tagesordnung der beiden öffentlichen Versammlungen, die heute Freitag, abends 8<sup>15</sup> Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, und in der Niedeckbräuerei, Frankfurter Allee 58/56, stattfinden und in der die Genossen Otto Meuter und August Reumann referieren.

Im Odeon werden von Sonnabend, den 15. d. M., an die Brüder Niagara, die außer dem berühmten Blondin die Niagara-Wasserfälle überblickten haben, aufzutreten. Niagara sind Artisten, welche den Kopfstand auf dem Seil ausführen, ohne die Hände zu gebrauchen; sie marschieren, tanzen, stehen, liegen, laufen mit verbundenen Augen und mit einem Korde über das vier Stod hoch gespannte Seil.

Walter Mac Clinton hat seinen Aufenthalt in Berlin verlängert und sich bereit erklärt, seinen Vortrag „15 Jahre bei den Schwarzfuß-Indianern“ unter Vorführung farbiger Lichtbilder, kinematographischer Vorführungen am Montag und Donnerstag, abends 8 Uhr, im großen Auditorium der Urania noch einmal zu wiederholen, und, um auch den Schülern Gelegenheit zu geben, diesen Volksstamm kennen zu lernen, am Sonnabendnachmittag zu kleinen Preisen denselben Vortrag zu halten. Billets für alle drei Vorträge sind bereits von heute ab an der Kasse der Urania erhältlich.

## Vorort-Nachrichten.

Zu der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung ist es am Mittwoch anlässlich der Verlesung des Ausschusses über die Vorlage betreffend Honorarbefreiung für die Testamentsvollstrecker des Kaufendorffischen Nachlasses zu heftigen Auseinander-

setzungen gekommen. Die verstorbenen Eheleute Kaufendorff haben der Stadt etwa 8 Millionen Mark zu Verfügung gestellt, wovon hinterlassen und außer dem Notar Justizrat Schmilinsky den früheren Stadtverordnetenordnungsleiter Kaufmann und den jetzigen Bürgermeister Dr. Raier zu Testamentsvollstreckern ernannt. Justizrat Schmilinsky beantragte für sich und Herrn Kaufmann die Summe von 80 000 M. für ihre Bemühungen, eine Summe, die an sich für die geleistete Arbeit nicht zu hoch ist. Bürgermeister Dr. Raier hatte von der Stellung eines Antrages abgesehen. Der zur Vorbereitung der Vorlage eingeleitete Ausschuss kam aus rechtlichen Gründen zu dem Beschlusse, jedem der drei Herren 15 000 M. zu bewilligen. Gegen diesen Antrag, der von dem Stadt. Dr. Friedländer vertreten wurde, machte sich nun im Plenum eine lebhafte Opposition geltend. Mit der Bewilligung der 15 000 M. an den Justizrat Schmilinsky waren alle Mitglieder der Versammlung einverstanden, dagegen gingen die Ansichten darüber, ob auch den Herren Kaufmann und Dr. Raier ein Anspruch zustehe, auseinander. Namens der Sozialdemokraten erklärte Genosse Hirsch, seine Freunde hätten es lieber gesehen, wenn Herr Kaufmann nichts gefordert hätte. Nachdem das aber einmal geschehen sei, habe man sich einfach auf den Rechtsstandpunkt zu stellen und ihm das zu geben, was ihm auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuches zustehe. Entschädige man aber die beiden anderen Testamentsvollstrecker, dann sei kein Grund einzusehen, warum der Bürgermeister anders behandelt werden solle. Einzig aus diesen rechtlichen Gesichtspunkten heraus würde ein Teil seiner Freunde der Vorlage zustimmen. Es stehe den Herren Kaufmann und Raier frei, den auf sie entfallenden Betrag der Armenverwaltung zu überweisen. Die Liberalen stellten sich in ihrer großen Mehrzahl auf den Boden des Ausschusses, ihre Redner betonten, daß es sich bei der Testamentsvollstreckung nicht um eine mit den höchsten Ehrenämtern verbundene Arbeit, sondern um eine besondere Leistung handele, die besonders entschädigt werden müsse. Dagegen betonte Stadt. Reumann (Inpol.) mit aller Schärfe, daß der Stadtverordnetenordnungsleiter auf keinen Fall auch nur einen Pfennig für seine Bemühungen einstecken dürfe, ein Standpunkt, der zweifellos berechtigt ist. Aber darum dreht es sich gar nicht, sondern um die Frage, ob die Testamentsvollstrecker in ihrer Eigenschaft als Stadtverordnetenordnungsleiter bzw. Bürgermeister mit diesem Amt betraut waren, oder als Privatpersonen, und der Wortlaut des Testaments bestätigte, daß die verstorbenen Eheleute Kaufendorff die Privatpersonen im Auge hatten. Schließlich wurde dem Justizrat Schmilinsky einstimmig das Honorar angebilligt, die Forderung von Herrn Kaufmann wurde nur mit 28 gegen 28 Stimmen bei acht Stimmenthaltungen gut geheißt, ein Resultat, das Herrn Kaufmann vielleicht doch noch veranlaßt, auf das Geld zu verzichten und so die heikle Sache aus der Welt zu schaffen. Der Konsequenz halber billigte die Versammlung denn auch noch dem Bürgermeister 15 000 M. zu.

In der vorgestrigen Charlottenburger Magistratsitzung gab in der Kaufendorffischen Erbschaftsangelegenheit Herr Bürgermeister Dr. Raier folgende Erklärung ab: Er lehne es ab, das für ihn bewilligte Honorar als Testamentsvollstrecker anzunehmen, vielmehr bitte er darum, daß der Honorarbetrag in Höhe von 5000 M. an den Verein Säuglingsheim Bestand, von 5000 M. an den Verein für Volkskindergärten in Charlottenburg, 2000 M. an die Stiftung Luise's Andenken und von 2500 M. an die Prinz-Karl-Stiftung überwiesen werde. Dr. Raier erläuterte die Erklärung dahin, daß er zwar an sich den Anspruch für rechtlich und moralisch begründet erachte, deshalb auch nicht auf den Anspruch verzichte, daß er aber die Annahme im Hinblick auf das Abstimmungsresultat der Stadtverordnetenversammlung ablehne.

### Neußlin.

Sonntag, den 16. November, findet ein Besuch des Museums für Meereshunde für Kinder über 8 Jahren statt. Treffpunkt pünktlich 1/2 12 Uhr vormittags am Hermannsplatz. Fahrgeld 20 Pf. Mittwoch, den 19. (Vortag), ist keine Märchenvorlesung. Sonntag, den 22. (Totensonntag): Elternabend im Karlsgarten, bestehend in Konzert, Rezitationen, Lieder zur Laute, Auführungen usw. Billets zum Preise von 15 Pf. für Erwachsene sind im Sekretariat Redarstraße 8; bei Varrich, Hermannstraße 49 (Restaurant) sowie bei allen Kommissionsmitgliedern zu haben. Kinder haben freien Eintritt. Eine Abendklasse findet nicht statt. Um recht rege Beteiligung bei allen Veranstaltungen ersucht Die Kommission.

### Alt-Landsberg.

Zu den Stadtverordnetenwahlen. Aus Anlaß der am Montag, den 17. November, stattfindenden Stadtverordnetenwahlen fanden am Sonntag zwei gut besuchte Versammlungen statt, in denen der Stadtverordnete Genosse W. P ä g e l referierte. Der Referent verstand es, den Versammelten in großen Zügen ein Bild sozialdemokratischer Kommunalpolitik vorzuführen. Nach den mit reichem Beifall aufgenommenen Vorlegungen ergriff der vor einem Jahr als erster Sozialdemokrat in das Stadtparlament von Alt-Landsberg gewählte Stadtverordnete Studier das Wort, um an Hand zahlreicher Beispiele die rüchständige Bestimmung des Alt-Landsberger Bürgerturns zu kennzeichnen. In der abends in Alt-Landsberg Süd stattgefundenen Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß besonders der dortige Grundbesitzerverein diesmal mit allen Mitteln die Wahl zwei weiterer Genossen in die Stadtvertretung zu verhindern suche. Am Schluß der Versammlungen forderte der Vortragende, Genosse G e r m e r aus Lichtberg, in kurzen, fernigen Ausführungen die Versammelten auf, am Wahltag ihre volle Schuldigkeit zu tun, sowie auch ihren Eintritt in die Organisation zu vollziehen. Er wies ferner auf die am Sonntag, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Merkmann, Post- und Strausberger Straßen-Ecke stattfindende Versammlung hin. In dieser wird der Landtagsabgeordnete Genosse Otto Braun über „Ein letztes Wort an die Wähler“ referieren.

Die Wahl findet statt am Montag, den 17. d. M., früh von 1/2 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr.

Kandidaten sind die Genossen Wilhelm Riß, Monteur, und Wilhelm Schäfer, Schiefer.

### Friedrichsfelde.

Da die vom Bildungsausschuss veranstalteten Jugendchriften- und Wandschmuck-Ausstellungen allenthalben großen Anklang gefunden haben und auch bei uns im Vorjahre der Erfolg ein guter gewesen ist, soll am kommenden Sonntag wiederum eine derartige Ausstellung am Ort stattfinden. Sie ist im Lokal von Bürger, Pringen-Allee, und wird von 12 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet sein. Die Auswahl an Büchern, Bildern und auch Spielen ist noch reichhaltiger wie früher, so daß der Besuch nur empfohlen werden kann. Um auch die weiteren Kreise auf das Unternehmen aufmerksam zu machen, wird heute abend eine Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus stattfinden.

### Ober-Schöneweide.

Am Vortag findet am Orte eine sehr wichtige öffentliche Versammlung statt. Es wird erwartet, daß die Arbeitervereine von Ober-Schöneweide, Nieder-Schöneweide, Johannisthal, Karlshorst und Baumshulente diese Veranstaltung bei den eventl. geplanten Herrenpartien berücksichtigen.

### Strausberg.

Bei der am Mittwoch, den 12. November, stattgefundenen Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung wurden die sozialdemokratischen Kandidaten Rentier Nicolai, Rentier Passow, Schneidermeister Hoppe und Schäftemacher Szufowski mit 350 gegen 275 Stimmen des bürgerlichen Nischmarcks gewählt.

## Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Am 27. November d. J. soll der Betrieb der Linie 23 eröffnet werden. Die Einwohnerzahl beträgt jetzt 18 508. In letzter Zeit wurde lebhaft Beschwerte darüber geführt, daß die Straßenlaternen zu spät angezündet werden. Die Vertretung beschloß, die Beleuchtung der Straßen von jetzt ab eine Viertelstunde früher erfolgen zu lassen; die dafür entfallenden Mehrkosten betragen bis zum 1. April 1914 zirka 750 M. Bezüglich des Hypothekendienstes wurde mitgeteilt, daß die Genehmigung vorläufig noch nicht zu erwarten sei; ferner bereite die Aufnahme einer Anleihe zu diesem Zweck große Schwierigkeiten, da Geld nur zu überaus ungünstigen Bedingungen zu haben sei. Beschlossen wurde, dem Verein für Kleinwohnungsbau mit einem Jahresbeitrag von 20 M. beizutreten. Ueber eine Konferenz des Verkehrsverbandes der nördlichen Vororte erstattete Genosse Hiege Bericht. Diesem neugegründeten Verbände gehören augenblicklich vier Gemeinden und fünf Grundbesitzervereine an. Der Zweck dieses Verbandes ist, bessere Verkehrsverbindungen nach den nördlichen Vororten herbeizuführen. Mit neun gegen acht Stimmen wurde der Beitritt abgelehnt, da derartige kleine Verbände doch nichts erreichten. Dem Verbande für größere preussische Landgemeinden beizutreten, wurde vorläufig vertagt. In der hierauf folgenden nichtöffentlichen Sitzung machte der Bürgermeister Mitteilung über das Realgymnasium. Die Vertretung habe sich demnach mit der Frage zu beschäftigen, ob eine Teilung des Gymnasiums zum 1. April 1914 erfolgen soll oder nicht. Damit der Uebergang zu einer anderen Schulgattung nicht zugleich mit einem Anstaltswechsel verbunden werde, seien bei sehr vielen Reformanstalten von Untertertia als Realschulklassen eingerichtet, so daß sich also auf einem gemeinsamen Unterbau, der die Klassen Sexta, Quinta und Quarta umfaßt, zwei Parallelanstalten erheben. Diese Gabelung erfordere die Anstellung eines technischen Lehrers sowie zweier Oberlehrer. Die Kosten für diese Anstellungen würden zirka 7000 M. pro Jahr betragen. Redner hat jedoch vorläufig von einer Debatte Abstand zu nehmen, da der Grundbesitzerverein sich in seiner Versammlung eingehend mit dieser Frage beschäftigen werde. Unsere Vertreter wandten sich in scharfer Weise gegen eine derartige Beschränkung; gegen eine solche Nebenregierung müsse entschieden Front gemacht werden.

## Pankow-Niederschönhausen.

Nach langem Bemühen ist es der Arbeiterschaft beider Orte gelungen, der arbeitenden Jugend ein Jugendheim zu schaffen. Dem Grundgedanke, daß die Jugend nicht nur ein Heim haben muß, sondern sich darin auch wohl fühlen soll, ließ der Verein Arbeiter-Jugendheim im neuen Heime größere Umbauten vornehmen, wozu sich die Parteigenossen beider Orte freiwillig und ohne Bezahlung zur Verfügung stellten. Die Eröffnung und Einweihung findet am Sonntag, den 16. d. M., im Jugendheim, Pankow, Maximilianstr. 43a, pünktlich nachmittags 4 Uhr statt. Nachdem: Gemüthliches Beisammensein im „Türkischen Zelt“, Pankow, Breite Straße.

## Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Hohen-Schönhausen. Freitag, den 14. November, nachmittags 6 Uhr, im Verwaltungsbau, Hauptstr. 50.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Gerichts-Zeitung.

### Offizier und Laufbursche.

Ein Konflikt zwischen Offizier und Laufbursche hatte gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III ein gerichtliches Nachspiel. Wegen öffentlicher Beleidigung des Oberleutnants von Mey vom Elisabeth-Regiment war der Bureaubote Willi Brauch aus Charlottenburg angeklagt.

Am 17. Mai d. J. marschierte ein Zug der 11. Kompanie des Elisabeth-Regiments von der Kaserne nach dem Tegeler Schießplatz. Als der Trupp die Schloßbrücke in Charlottenburg passierte, versuchte der Angeklagte, der auf einem Zweirad fuhr, zwischen den letzten Mannschaften und dem Leutnant von Mey, der schließlicher Offizier der Kolonne war, hindurchzukommen, da er einen sehr eiligen Auftrag hatte und schon längere Zeit durch den Trupp die Weiterfahrt verhindert war. Der Angeklagte behauptet nun, daß ihm der Offizier einen Fußtritt gegen das Hinterrad versetzt habe, während der Offizier angibt, daß er sich durch den Nachfahrer nicht in seiner Vorwärtsbewegung habe hindern lassen wollen. Der Angeklagte soll nun beim Wegfahren geäußert haben: „Das will ein gebildeter Mensch sein“ und als er ein Stück entfernt war: „Dieser L... junge denkt wohl, er kann es mit mir so machen, wie mit seinen Soldaten.“

Vor Gericht bestritt der Angeklagte, diese leitere Äußerung getan zu haben, dagegen habe der Offizier ihn beleidigt, indem er ihm zugerufen habe: „Sie L... s, ich trete Sie zu Boden!“

In der Beweisaufnahme befragten mehrere Mannschaften, daß sie nur die beleidigenden Worte des Angeklagten gehört hätten. Nur ein Zeuge bezeugte, daß auch der Leutnant etwas geäußert hätte, die Worte habe er jedoch nicht verstanden. Von Rechtsanwält Dr. Frey wurde darauf hingewiesen, daß die vernommenen Militärpersonen vielleicht durch die Anwesenheit ihres Vorgesetzten irritiert wurden und sich nicht mit der Sprache herauswagten. Es sei doch immerhin etwas auffallend, daß die Soldaten nur die Worte des Angeklagten, nicht aber auch die ihres Vorgesetzten gehört hätten. Der Zeuge, Leutnant v. Mey, mußte deshalb während der Vernehmung der übrigen Zeugen den Saal verlassen. Ein Arbeiter Dachs hatte wiederum die von dem Angeklagten behaupteten beleidigenden Äußerungen gehört, nicht aber auch die Äußerungen, die der Angeklagte selbst zugeht. Der Verteidiger bat, den Angeklagten, wenn das Gericht nicht auf Grund eines non liquet (nicht aufgeklärt) zu einer Freisprechung komme, mit einer geringen Geldstrafe davonkommen zu lassen, da er offenbar durch den Fußtritt des Offiziers zu jener Äußerung gereizt worden sei.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 40 M. Geldstrafe. Es hätte dem Recht nicht widerprochen, den Angeklagten für straffrei zu erklären, da seine Äußerung nur eine Erwiderung auf die Beleidigung durch den Fußtritt war.

### Die verschwundenen Mündelgelder.

Unter der Anlage der Untrene hatte sich gestern der frühere Bauunternehmer Ferdinand Vlt vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten.

Der Angeklagte, welcher sich jetzt als Hypothekensammler beschäftigt, war vom Vormundschaftsgericht zum Vormund des unehelich geborenen Kindes Fritz Sawohl eingesetzt worden und hatte eine dem Kinde als Abfindung ausgelegte Summe von 2000 M. durch den Vertreter des unehelichen Vaters, Justizrat Nag, ausgezahlt erhalten. Vlt wurde dann in der üblichen Weise von dem Vormundschaftsgericht aufgefordert, das erhaltene Geld in mündel-sicheren Papieren anzulegen. Als das Gericht später den Radweiss über die Anlage des Geldes verlangte, war der Vormund plötzlich verschwunden. Auf die erstattete Anzeige hin wurde die Ehefrau von der Kriminalpolizei längere Zeit stark beobachtet, um festzustellen, ob sie mit ihrem Manne noch in Verbindung stehe. Diese Beobachtungen blieben erfolglos, Vlt verstand es, zwei volle Jahre hindurch unauffindbar zu bleiben. Schließlich ermittelte die Polizei, daß er sich bei seiner Geliebten unangemeldet aufgehalten hatte. Als diese nach Tempelhof verzog, nachdem aus ihren Beziehungen zu dem Angeklagten ein Kind entsprossen war, hielt er sich auch







**Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann**  
 der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma  
**Köhnen & Jöring, Berlin 49. Arbeitskleidung - Berufskleidung.**  
 Größtes Spezialgeschäft dieser Art.  
 Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenfelder Str. 53 - Landberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.  
 Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

**Admiralstr. 18c** Fornspr. Moritzplatz 4594.  
**Der gemütlichste Ballsaal des Südostens.**  
 Die Säle sind noch für Sonntag unter günstigen Bedingungen zu vergeben; auch sind dieselben noch zur Weihnachtsbescherung frei.  
**Karl Gramsch.**

**Theater.**  
 Freitag, den 14. November.  
 Anfang 6 Uhr.  
**Eines Walst am Zoo.** Variété-  
 Lichtspiele.  
 Anfang 6 1/2 Uhr.  
**Eines Nollendorfer-Theater.** Variété-  
 Lichtspiele.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Regl. Opernhaus.** Carmen.  
**Regl. Schauspielhaus.** Der gehörnte  
 Siegfried. Siegfrieds Tod.  
**Deutsches.** Ein Sommernachts-  
 traum.  
**Theater am Nollendorferplatz.** Der  
 Falsch.  
**Zirkus Busch.** Galavorstellung.  
**Zirkus Schumann.** Galavorstellung.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Mit dem „Imperator“  
 nach New York.  
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. P. Schwahn:  
 Die Sonne und die Planeten.  
 Beginn. Pygmalion.  
**Rammertheater.** Nathan der Weise.  
**Deutsches Künstlertheater.**  
 Hanneles Himmelfahrt. - Der  
 zerbrochene Krug.  
**Königsgräber Straße.** Die Kron-  
 braut.  
**Deutsches Opernhaus.** Fidella.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die  
 bessere Menschheit.  
**Thalia.** Die Langobardinnen.  
**Romäbühnenhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operetten.** Die ideale  
 Gattin.  
**Schiller O.** Jugendfreunde.  
**Schiller Charlottenburg.** Die  
 Jungfrau von Orléans.  
**Residenz.** Hoheit - der Franz!  
**Metropol.** Die Reise um die Welt  
 in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Jugend-  
 halbe.  
**Reines.** Bestimmung.  
**Lichtspielhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Sternfeld.** Was sagen Sie zu  
 Selbst?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Eines Apollo-Theater.** Variété-  
 Lichtspiele.  
**Eines Friedrich-Wilhelmstr.**  
 Variété-Lichtspiele.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Rose.** Im weißen Rössl.  
**Rosen.** Von Stufe zu Stufe.  
**Folies Caprice.** Wiggbert. Das  
 Kasperchen.  
**Kaliska.** Der Hebespiel.  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Der ledige  
 Hof.  
 Anfang 9 Uhr.  
**Eines Nollendorfer-Theater.** Variété-  
 Lichtspiele.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62

**Deutsches Schauspielhaus**  
 8 Uhr: Die bessere Menschheit.  
**Residenz-Theater**  
 8 Uhr: Hoheit - der Franz!  
 Musikalische Groteske in 3 Akten von  
 Arthur Landberger und Emil Wolff.  
 Musik von Robert Winterberg.  
 Morg. u. f. Tage: Hoheit - der Franz!  
**Montis Operettentheater.**  
 Tägl. Lehar-Operette:  
**Die ideale Gattin.** 8 Uhr.  
 Fritz Neffard, J. Spielmann u. G.  
**Lessing-Theater.**  
 8 Uhr: Pygmalion.  
 Lustspiel von Bernhard Scham.  
**Theater am Nollendorferplatz 5.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der lachende Dreifund.**  
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Frau Holle.  
**Deutsches Künstlertheater**  
**Sozietät.**  
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.  
 Abends 8 Uhr:  
**Hanneles Himmelfahrt.**  
**Der zerbrochene Krug.**  
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male:  
 Die Affäre. Lust. v. Hans Rathsamfen.  
**Metropol-Theater**  
 Abends 7 Uhr 55 präzise:  
**Die Reise um die Erde**  
**in 40 Tagen.**  
 Gr. Ausstattung mit Ges. u. Tanz in  
 19 Bild. m. polibänd. freier Benutzung  
 des Jules Verne'schen Romanes von  
**Julius Freund.**  
 Musik von Jean Gilbert.  
 In Szene gef. v. Dir. Richard Schultze.  
**Karl Bachmann. Joseph Glanpietro.**  
**Guido Thielscher. Alfred Schmasow.**  
**Leopold Wolf. Ludwig Wolf.**  
**Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis**  
 Sonntag, den 16. November 1913: 218/8  
**Stiftungsfest**  
 in Kellers Festsälen (Inh.: Obiglio), Koppenstr. 29;  
 Mitwirkende: **Berliner Tonkünstler-Orchester.** Dirigent: Musikdir.  
 Herr F. Blume. X **Sänger-Abteilung I.** (M. d. D. A.-S.-B.)  
 Dirigent: Chormeister Herr Paul Kurz. (Chorgesang mit Orchester-  
 begleitung.) X **Sängerin Frä. Käthe Pirschel.**  
**Turnerische Aufführungen. X Tanz.**  
 im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15.  
 Mitwirkende: **Berliner Konzert-Orchester.** Dir: Musikdir. Herr H. Loppe.  
 Gesangv. **Anakreon** (M. d. D. A.-S.-B.) X **Berliner Uk-Trio.**  
**Turnerische Aufführungen. X Tanz.**  
 Kasseneröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Billetts 30 Pf.

**URANIA**  
 Taubenstraße 48/49.  
 8 Uhr:  
**Mit dem „Imperator“**  
**nach New York.**  
 Hörsaal 8 Uhr:  
 Prof. Dr. P. Schwahn: „Die Sonne  
 und die Planeten“.  
**Zirkus Busch.**  
 Erste Freitag, d. 14. November,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
 Humoristischer Gala-Abend. II. a.:  
 Das unvergleichliche Bernett-Trio.  
 Gebr. Boston, Springprodukt, u.  
 Gymnastik in höchster Vollendung.  
 Die berühmten Menschenaffen.  
 Zum Schluss:  
**Aus unseren Kolonien.**  
 Original-Pantom. d. Zirkus Busch.  
 Kreis! Sonntag: 2 große Gala-  
 Vorstellungen. Am 3. u. abends  
 7 1/2 Uhr. Nachmittags ein Kind  
 unter 10 Jahren auf allen Sit-  
 plätzen frei.

**Männerehor „Fichte-Georgia 1879“ m. d. D. A.-S.-B.**  
 Chorleiter: Th. Gervais.  
 Sonntag, den 16. November 1913, im großen Konzertsaal  
 der Brauerei Friedrichshain:  
**I. Winter-Konzert**  
 unter Mitwirkung des Berl. Konzerthaus-Orchesters  
 Dir. (I. V.): Traugott Ochs.  
 Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang präz. 6 1/2 Uhr.  
 Entree 75 Pf.  
**Rauchen nicht gestattet.**  
 Kindern unter 6 Jahren wird der Zutritt versagt.  
 Die Saaltüren bleiben während der Vorträge geschlossen,  
 auch wird nicht serviert.  
 Nach dem Konzert: **Ball** (ohne Nachzahlung).  
 Karten sind noch zu haben in den Zigarrengeschäften  
 von Horsch, Engelufer 15, K. Weber, Hobebr. 43, in  
 den Restaurants von Kummel, Grastastr. 28, Liebig,  
 Wiener Str. 56, Gärtner, Admiralstr. 22, Schmidt, Bessel-  
 straße 18, Gergs, Neukölln, Stuttgarter Str. 45. 60/12

**Zirkus**  
**Alb. Schumann.**  
 Freitag, 14. November 1913,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Sport-Vorstellung.**  
 U. a.:  
 Direktor Alb. Schumann  
 mit seinem einzig dastehenden  
 Schul- und Freiheitsdressuren.  
**Akrobatischer Reit-Akt**  
 Mit Pis, Adele, Rosita, Helene.  
**Zoolog. Potpourri.**  
 Mit Octavia, Hund das übrige  
 ausgewählte Programm  
 Um 9 1/2 Uhr:  
**Tango vor Gericht!**  
 Pantomimische Burleske  
**Trianon-Theater.**  
 Täglich abends 8 Uhr:  
**Seine Geliebte.**  
**Voigt-Theater**  
 Badstraße 38.  
 Heute, den 14. November:  
**Kasernenluft**  
 Schauspiel in 4 Akten von Stein  
 und Edingen.  
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Circus**  
**Barum-**  
**Schau**  
**Boxhagen-**  
**Rummelsburg.**  
 Standplatz:  
 Seume u. Gruppelstraße.  
 Heute Freitag, den 14.  
 abends 8 1/2 Uhr:  
**Elite-Vorstellung.**  
 Morgen Sonnabend:  
 brillante  
**2 Vorstellungen 2**  
 nachm. 4, abds. 8 1/2 Uhr.  
 In der Nachmittags-Vorstellung  
 ein  
**ungekürztes**  
**Abend-Programm**  
 zu kleinen Preisen für Erwachsene  
 und Kinder unter 12 Jahren.  
 Abends 8 1/2 Uhr:  
**Das phänomenale Progr.**

**Schiller-Theater O.** Hallener-  
 Theater.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Jugendfreunde.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Wenn der neue Wein blüht**  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Freiwild.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Wenn der neue Wein blüht**  
**Schiller-Theater** Charlotten-  
 burg.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Jungfrau von Orléans.**  
 Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:  
**Götze von Berlichingen.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Rosenmontag.**  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Jungfrau von Orléans.**  
**Theater in der Königsgräber Straße**  
 8 Uhr:  
**Die Kronbraut.**  
**Komödienhaus.**  
 8 Uhr: **Hinter Manern.**  
**Berliner Theater.**  
 8 Uhr:  
**Wie einst im Mai.**  
**Theater des Westens.**  
 8 Uhr: **Polenblut.**  
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: **Der liebe Augustin.**  
**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
**Im weißen Rössl.**  
 Lustspiel in 3 Akten von  
 Stamenthal u. Kadelburg.  
 Abends 8 1/2 Uhr.  
 Morgen: **Im weißen Rössl.**  
 Sonnabend, nachmittags 4 Uhr:  
**Der geistliche Vater.**

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner Sänger**  
 Bienenbees Künstler-  
 agentur, Carl v. Meyfel.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntag nachm.  
 3 Uhr zu ermäh-  
 lichen: **Der**  
**Kompagnieball**  
 (Vogel 1 B.  
 Balkon 75 Pf.,  
 Entree 39 Pf.)  
**MARMOR-**  
**HAUS**  
 (An der  
 Kaiser-  
 Wilhelm-  
 Gedächtnis-  
 Kirche)  
**LICHT-**  
**SPIELE**  
 Kurfürstendamm 236.  
**Madge Lessing**  
 in  
**„Die blaue**  
**Maus“**  
 löst nach wie vor den  
 größten Lachsturm aus!!  
 Regie: **Max Mack**  
 Vorstellungen 5, 7, 9 Uhr.  
 Dienstag, den 18. Novbr.,  
 abends 8 1/2 Uhr:  
**Große Fest-Vorstellung**  
 mit ganz besonderen Ueber-  
 raschungen, unter persön-  
 licher Leitung von  
**Madge Lessing - Max Mack**  
 usw.  
 Entrückende Jubiläums-  
 Damenspende.  
 Zum 150. Male:  
**„Die blaue Maus“.**  
 Nur numerierte Plätze.  
 Der Billettvorverkauf  
 hat an unserer Theater-  
 kasse begonnen. - Vor-  
 mittags 11-1 Uhr, an  
 d. Abendkasse 5-10 Uhr.

**Heute: UT Premiere**  
 in allen Licht-  
 spielen  
**ASTA**  
**NIELSEN**  
 in der Hauptrolle des mimischen Schauspiels  
**S. 1.**

**Orchideen-Ausstellung**  
 Vom 14. bis 16. November im Abgeordnetenhaus  
 Prinz-Albrechtstr. 5  
 Eintritt 1 Mark. Am Eröffnungstage 3 Mark.

**„Clou“** :: Berliner ::  
 Konzerthaus  
 Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert!**  
**Berliner Konzerthaus-Orchester.** Leitung: Komponist  
**Franz v. Blon,** als Gastdirigent Hofkapellmeister Professor  
**Traugott Ochs.**  
**Musikkorps des 1. Garde-Dräger-Regiments.** Dirig.: Oberm. Barz.  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
 An allen bei freiem  
**Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert** Eintritt.

**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**  
**Luisen-Theater.** Täglich:  
 Freitag 8 1/2 Uhr: **Von Stufe zu Stufe.**  
 Lebensbild mit Ges. u. Tanz in 5 Bild.  
**Walhalla-Theater.** Täglich:  
 6 1/2 Uhr: **Der Liebesonkel.**  
 Folge mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.  
**Casino-Theater**  
 Roßingstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
 Der neue Saison-Poffen-Schlager  
**Ferdinand der Eugendhafte.**  
 Das tolle Stück seit Bestehen d. Theat.  
 Vorher das erste Spezialität-Programm.  
**Folies Caprice.**  
 Zum 76. Male:  
 Anfang 8 1/2 Uhr: **Ritter Baldrian**  
**Das Adoptivkind**  
**Die Mißgeburt**

**die CINES**  
**Theater**  
**Palast am Zoo**  
 Täglich Anfang 8 Uhr.  
 Sonntags 3 Uhr **Matinee.**  
 Komplettes Programm grosser  
**Variété-Akte**  
 sowie unsere  
 renommierten Lichtspiele  
 Preise von 65 Pfennig an.  
**Apollo-Theater**  
**Martin Kempinski**  
 das urkomische Original  
 sowie unsere renommierten  
 Lichtspiele  
 Preise von 65 Pfennig an.  
 Unterbrochene Vorstellung  
 von 6 Uhr an.  
 Sonntags von 3 Uhr an

**WINTERGARTEN**  
**Willard**  
 der Mann, der wächst.  
**Grete Freund** || **Paul Beckers**  
 Operettendiva. Komiker.  
**Orpington-Trio**  
 Handvoltageure  
 sowie eine Kette  
 hervorragender Attraktionen.  
 Sonntag, 16. Nov.:  
**Nachmittags- 3 1/2 Vorstellung!**  
 Kleine Preise!  
**Rauchen gestattet!**

**Passage-Panoptikum**  
**50 wilde**  
**Kongoweiber**  
 Männer und Kinder  
**in einem eigens auf-**  
**gebauten Kongodorfe**  
 in ihren Sitten u. Gebräuchen.  
 Und die anderen Attraktionen.  
**Die gr. Kino-Variété-Vorstellung**  
 von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

**Admiralspalast.**  
**Eis-Arena.** - Allabendlich  
 das neue mit durchschlagendem  
 Erfolg aufgeführte Eisballett  
**Die lustige Puppe.**  
 Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
 halbe Kassenpreise.

**Concert-Cabaret Bendix**  
 Oranienstraße 68.  
**Martin u. Paul Bendix.**  
 Neu! **Die Gespensternacht.**



Resultate einer Arbeitslosenzählung.

Unter den Einwänden gegen die Durchführbarkeit einer Arbeitslosenversicherung kehrt ständig dieser wieder, daß es an einer umfassenden Uebersicht über den Umfang der Arbeitslosigkeit fehle, und ohne eine solche statistische Grundlage sei eine Versicherung undenkbar.

Nach dieser Statistik, die dabei keineswegs den Anspruch der Vollständigkeit erheben darf, betrug die Zahl der (ermittelten) Arbeitslosen im Jahre 1910 12 440 (davon 2877 weibliche), 1911 12 509 (davon 3101 weibliche) und 1912 11 178 (davon 2830 weibliche); auf je 1000 Einwohner entfielen in jedem der drei Jahre 2,6, 2,6 und 2,3 Arbeitslose.

Table with 4 columns: Hauptberuf, je 1000, 1910, 1911, 1912. Rows include männl. and weibl. for both 'Arbeitslose' and 'Arbeiter'.

Scheiden die Berufsgruppen aus, deren Angehörige im Falle der Beschäftigungslosigkeit nicht als „arbeitslos“ im gewöhnlichen Sinne des Wortes gelten (also Beamte u. a.), so entfallen auf je 1000 Arbeiter 8,4, 8,3, 7,3 Arbeitslose männl. und 6,5, 6,9, 6,2 weibl.

Die Arbeitslosigkeit ist natürlich am größten in den Industriezentren; Leipzig, Dresden, Chemnitz, Plauen stehen über dem Landesdurchschnitt, nur Zwickau darunter.

Der zitierte amtliche Bericht hebt ausdrücklich hervor, daß zu den wichtigsten Ursachen der Arbeitslosigkeit der Militärdienst gehört. Von allen Arbeitslosen waren 1910 bezw. 1912 7,89 bezw. 5,28 Proz. vom aktiven Militärdienst oder militärischen Übungen entlassen worden.

Von den männlichen Arbeitslosen wurden 1912 29,95 Proz. wegen Aufhörens der Saisonarbeit, 3,32 Proz. wegen Konjunkturs oder Wegzuges, 0,08 Proz. wegen Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber und aus anderen Gründen 23,35 Proz. entlassen; gelündigt hatten wegen zu geringen Lohnes 1,72 Proz., wegen häuslicher Verhältnisse 0,17 Proz., wegen bevorstehenden Wegzuges 0,83 Proz., aus anderen Ursachen 34,25 Proz. und wegen Streiks 1,03 Proz.

Von den weiblichen Arbeitslosen wurden 1912 11,91 Proz. wegen Konjunkturs, Wegzuges usw. 3,96 Proz., wegen Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber 0,11 Proz., aus anderen Gründen 24,77 Proz. entlassen; freiwillig schieden aus der Stellung aus wegen zu geringen Lohnes 1,27 Proz., wegen häuslicher Verhältnisse 1,09 Proz., wegen bevorstehenden Wegzuges 0,56 Proz., wegen Schwangerschaft und Niederkunft 6,4 Proz., aus anderen Ursachen 47,84 Proz., und wegen Streiks 0,32 Proz.; ausgesperrt wurden 0,07 Proz.

Diesen Angaben über die Gründe der Arbeitslosigkeit kommt erfahrungsgemäß nicht vollkommene Genauigkeit zu. Aber es ergibt sich doch aus ihnen, einen wie großen Anteil völlig vom Arbeiter unabhängige Ursachen eine Arbeitslosigkeit verschulden. Streik und Aussperrungen bilden entgegen den Behauptungen der Unternehmer nur selten den Anlaß für die Arbeitslosigkeit.

An der Gesamtzahl der männlichen Arbeitslosen sind am stärksten das kaufmännische und technische Personal (18,76 Proz.), dann Arbeiter in der Metallindustrie (10,84 Proz.), weiteres Personal in Handels- und Fabrikationsgeschäften (8,08 Proz.), Arbeiter im Hoch-, Tief- und Straßenbau (6,75), Dachdecker, Maurer (6,27 Proz.) beteiligt.

Unter den weiblichen Arbeitslosen sind am stärksten Dienstpessoal (15,05 Proz.), Textilarbeiterinnen (13,89 Proz.), Kontoristinnen (12,79 Proz.) vertreten. Man beachte, daß diese Zahlen nichts über die prozentuale Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufen sagen, sondern bloß den Anteil jeder Berufsgruppe an der Gesamtarbeitslosigkeit feststellen.

Sofort springt der hohe Anteil des kaufmännischen und technischen Personals an der Zahl der Arbeitslosen in die Augen; aus ihm rekrutieren sich auch in „guten Zeiten“ 18,76 Proz. der männlichen und 12,79 Proz. der weiblichen Arbeitslosen — horrenden Ziffern, die herabter als Worte die soziale Not dieser Arbeiterkategorie schildern. Sehr hoch ist auch der Anteil der stellensuchenden Diensthilfen (15,05 Proz.); er widerlegt die Erzählungen redseliger Hausfrauen über den Diensthilfemangel von heutzutage.

Was die Dauer der Arbeitslosigkeit anbelangt, so waren von den männlichen Arbeitslosen im Jahre 1912 43,8 Proz., von den weiblichen 37,7 Proz. weniger als 14 Tage arbeitslos. Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen waren also bereits über 14 Tage hindurch ohne Beschäftigung.

Von je 100 männlichen Arbeitslosen standen 1912 36,5 Proz., von je 100 weiblichen 66,4 Proz. unter 25 Jahren. Auch daraus ist nicht zu schließen, daß die Arbeitslosigkeit unter den älteren Arbeitern geringer ist als unter den jüngeren. Denn auch hier handelt es sich nicht um das Verhältnis der Arbeitslosen einer Altersklasse zu der Gesamtzahl der gleichaltrigen Arbeiter, sondern um das Verhältnis der Arbeitslosen in den einzelnen Altersklassen zu ihrer Gesamtzahl. Und da bei den Industriearbeitern die niedrigeren Altersklassen unbedingt vorherrschen, so darf auch der relativ große Anteil der jüngeren Arbeitslosen an der Gesamtzahl nicht wundernehmen.

Anträge im sächsischen Landtage.

In der Zweiten sächsischen Kammer haben mehrere Genossen folgende Anträge zur Arbeitslosenfürsorge gestellt:

Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, zur Forderung des durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Notstandes schnellstens Maßnahmen, namentlich in folgender Weise zu ergreifen:

- 1. Die Regierung empfiehlt den Gemeinden, Mittel zur Unterstützung Arbeitsloser alsbald bereitzustellen und für die Zukunft durch Bildung von Fonds oder Einstellung in die Gemeindehaushaltspäne bereitzuhalten, wozu vor allem Sparkassenüberschüsse herangezogen werden sollen.

gezahlten Arbeitslosenunterstützungen leistet, b) für Arbeiter, die einer solchen Klasse nicht angehören, aber Beiträge zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit an eine von der Gemeinde errichteten Kasse zur Unterstützung Arbeitsloser zahlen, den gleichen Zuschuß an die Versicherung gewährt;

2. die Regierung empfiehlt den Gemeinden, geeignete Arbeiten, die im Gemeininteresse in absehbarer Zeit notwendig werden, alsbald in Angriff zu nehmen und dabei für Zahlung der tarifmäßigen oder im Verufe ortsüblichen Löhne zu sorgen;

3. die Regierung unterbreitet noch dem gegenwärtigen Landtage einen Gesetzentwurf, wonach die Staatskasse den Gemeinden ein Mindestbetrage 50 Proz. ihrer Aufwendungen zur Arbeitslosenunterstützung zurückerstattet; zu diesem Zweck werden in den Etat Mittel eingestellt, erstmalig 300 000 M. in den Etat für 1914/15;

4. zur Vinderung der Arbeitslosennot werden in beschleunigter Weise Staatsarbeiten unter Zahlung tarifmäßiger Löhne vergeben und in Angriff genommen, um nicht nur die Entlastung von einheimischen Arbeitern zu vermeiden, vielmehr die Beschäftigung einer größeren Zahl von einheimischen Arbeitern zu ermöglichen;

5. die Regierung legt dem Landtage einen Gesetzentwurf vor, der die Errichtung neutraler und paritätisch geleiteter Arbeitsnachweise durch Gemeinden, Gemeindeverbände, Bezirks- oder Kreisverbände ordnet;

6. den Gemeinden wird empfohlen, für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge Zweckverbände zu bilden;

7. die Regierung tritt im Bundesrate für die Schaffung einer Reichsarbeitslosenversicherung ein.

Die gelbe Bewegung — ein Hindernis der Arbeitslosenversicherung.

Eine geradezu klassische Begründung, weswegen eine Arbeitslosenversicherung nicht nützlich, sondern sehr schädlich ist, haben dieser Tage die Handwerks- und Handelskammern in Eberfeld gegeben. Dort hatten nämlich die Gewerkschaften sämtlicher Richtungen an die Stadtverwaltung eine Eingabe um Einführung einer Arbeitslosenversicherung gemacht. Die Stadtverordnetenversammlungen in Eberfeld und Pirmasens haben sich bereits mit der Frage befaßt und ein sozialdemokratischer Antrag, in beiden Städten je 20 000 M. zur Verfügung zu stellen, wurde Kommissionen zur weiteren Beratung übergeben. Zugleich wurden die Handwerks- und Handelskammern um ein Gutachten in dieser Frage ersucht. Die Eberfelder Handwerkskammer befandete, daß von Arbeitslosigkeit keine Rede sein könne und deswegen eine Versicherung dagegen keinen Zweck habe. Ganz besonders verwerflich sei im speziellen das sogenannte Genter System.

Vielleicht delikater als die Gründe der Handwerkskammer sind die der Eberfelder Handelskammer. Diese hatte vor zwei Jahren aus eigenem Antrieb schon mal erklärt, daß viel wichtiger als eine Arbeitslosenversicherung der Schutz der Arbeitswilligen und vor allem ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens sei. Jetzt sagt sie ihre ablehnenden Gründe in folgenden Gedanken: Man habe zwar ein „herzliches Bedauern“ mit den Arbeitslosen, aber eine Arbeitslosenversicherung sei ein ebenso untaugliches wie gefährliches Mittel, weil die Selbstverantwortung der Arbeiter dadurch ausgeschaltet würde. Fleißige und tüchtige Arbeiter seien ja in den seltensten Fällen arbeitslos, und es ginge nicht an, daß die Arbeiter durch die geplante Versicherung statt auf eigenen Sparplan und das eigene Streben sich auf die Hilfe von Staat und Gemeinde verlassen dürften. Und der ablehnende Standpunkt der Handelskammer werde besonders noch dadurch bestimmt, daß die Einführung einer Arbeitslosenversicherung ohne Zweifel die in erfreulichem Fortschreiten begriffene Werkvereinsbewegung wesentlich beeinträchtigen würde.

Das ist ein sehr offenes Wort: Man bekämpft die Arbeitslosenversicherung, weil die gelbe Bewegung darunter leiden könnte.

Im oberbayerischen Landrat haben die sozialdemokratischen Vertreter Anträge eingebracht: In das Kreisbudget 1914 die Summe von 25 000 M. als außerordentliche Reserven einzusetzen und die Regierung zu ermächtigen, im Benehmen mit dem ständigen Landratsausschuß den Gemeinden, die geneigt sind, ihre Arbeitslosen mit Vorräten zu unterstützen, Zuschüsse zu solchen außerordentlichen Unterstützungsaktionen zu gewähren und die Errichtung gemeindlicher Arbeitsvermittlungstellen tatkräftig zu fördern und dem weiteren Ausbau bestehender Arbeitsnachweise erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Soziales.

Aus dem Gewerbegericht, Kammer 5.

Vorsitzender: Magistratsrat Weibing.

Sitzung vom 13. November.

1. Zahlung für Ansehen.

Ein Metallarbeiter klagte gegen die Firma Ren auf Zahlung von 5 M. für einen Tag. Da diesem hatte er auf Anordnung der Betriebsleitung aussetzen müssen. Es handelte sich um einen jüdischen Feiertag. Die Lohnarbeiter wurden entschädigt, die Arbeiter dagegen nicht. Die Beklagte wendete ein, dieser Brauch bestünde bei ihr seit 20 Jahren. Der Kläger habe auch nichts erwidert, als ihm mitgeteilt wurde, daß an dem betreffenden Tag nicht gearbeitet wurde. Der Kläger erwiderte, er habe sich bei einem Kollegen erkundigt und die Antwort erhalten, der Tag werde bezahlt.

Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung von 5 M. Es hätte dem Kläger mitgeteilt werden müssen, daß der Tag nicht bezahlt werde.

Auch wenn solche Mitteilung gemacht wäre, hätte nach § 615 B.G.B. Zahlung erfolgen müssen. Nimmt der Arbeitgeber die ihm angebotene Leistung, gleichviel aus welchem Grunde, nicht an, so hat er zu zahlen. Ein Verzicht auf Zahlung ist nach § 2 des Vollstreckungsgesetzes unzulässig.

2. Handlungsgehilfenklage.

Ein Registraturgehilfe klagte gegen die Firma Weber wegen Kündigungslöser Entlassung auf 193,94 M.

Die Sache war zu anrecht vom Kaufmannsgericht dem Gewerbegericht überwiesen. Der Kläger hatte u. a. die Postkasse zu verwalten. Eines Tages ergab sich ein Konto von 1,20 M. Der Kassendame sagte dem Kläger, er möge die Angelegenheit „in Ordnung“ bringen. Da der Kläger nicht allein mit dem Franchieren der Postkassen zu tun hatte und sich das Konto nicht auflären ließ, legte er am anderen Tage anstatt 26 Briefe à 20 Pf 32 ein und sagte dem Kassierer auf die Frage, ob die Sache geregelt sei, daß er in dieser Weise verfahren sei. Der Chef entließ darauf den Kläger sofort. Dieser fordert nun für den Rest des Monats Oktober und für November das Gehalt. Das Gericht verurteilte die Firma gemäß dem Klage-

antrag. Die Tätigkeit des Klägers sei nicht eine rein mechanische, sondern mehr kaufmännische gewesen, deshalb ist auch sein Anspruch, daß die vierwöchentliche Kündigung am Monatsanfang zu erfolgen habe, berechtigt. Ein Entlassungsgrund lag nicht vor. Daß sich der Kläger den Fehlbetrag der Postkasse angeeignet habe, wird nicht einmal behauptet. Seine Handlungsweise sei zwar insofern gewesen, es liege der Fall aber überaus milde, so daß ein Grund zur sofortigen Entlassung nicht vorhanden war.

Aufhebung einer Ausweisung nach Bayern.

Der bayerische Staatsangehörige Fischer lebte in Frankfurt am Main mit seiner sehr zahlreichen Familie, die seinerzeit Armenunterstützung in Anspruch nehmen mußte. Die Armenverwaltung der Stadt nahm an, die Familie werde dauernd Armenunterstützung in Anspruch nehmen müssen. Es kam zu Verhandlungen mit den zuständigen Behörden, die sich auf die Möglichkeit der Ausweisung aus armenrechtlichen Gründen bezogen. Die bayerische Heimatgemeinde erklärte sich bereit, die Familie aufzunehmen. Schließlich sprach der Regierungspräsident zu Wiesbaden die Ausweisung aus mit der Androhung, daß Fischer, wenn er nicht selber gebe, in seine Heimat übergeführt werden würde. Beschwerden Fischers hatten keinen Erfolg. Der Oberpräsident bestätigte die Ausweisung.

Fischer klagte darauf beim Oberverwaltungsgericht.

Auf Anfragen des Oberverwaltungsgerichts erklärte der Magistrat von Frankfurt a. M., daß für Unterstützungsfälle, die nach dem 12. Februar 1912 in Frage kämen, der Unterstütuungswohnort für Fischer Frankfurt a. M. sein würde.

Das Oberverwaltungsgericht hob nunmehr den Bescheid des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Kassau auf und setzte die Ausweisungsverfügung außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: Hier handele es sich um die Ausweisung eines deutschen Reichsangehörigen aus armenrechtlichen Gründen. Das Freizügigkeitsgesetz garantiere es nun jedem Deutschen, Aufenthalt an irgendetwelchem Orte im Deutschen Reiche zu nehmen. Die Berechtigung werde nur beschränkt, soweit das Gesetz Ausnahmen zulasse. Von den Beschränkungsgründen komme hier nur der einer Ausweisung in Betracht, die aus armenrechtlichen Gründen zulässig sei, wenn der betreffende keinen Unterstütuungswohnort erworben habe. Dieser Grund scheidet aber nach der Antwort des Magistrats auf die Anfrage des Gerichts aus. Der Bayer könne ebenso gut, wie ein anderer Deutscher, in Preußen den Unterstütuungswohnort erwerben. Kläger habe ihn erworben. Von da ab sei die Berechtigung zur Ausweisung nicht mehr gegeben gewesen.

Ist der Erfindergehalt pfindbar?

Die Zivilprozessordnung, die die Grundzüge über die Pfändung enthält, beruht auf dem Grundsatz, daß nur dasjenige gepfändet werden kann, was bereits gegenwärtig in pekuniärer Beziehung objektiv gewordene verwertbare Existenz hat. Alles, was nur die Möglichkeit einer Verwertung, bloße Hoffnungen enthält, alles, was noch dem Kreise des ganz Subjektiven, Individuellen angehört, kann so lange noch nicht gepfändet werden, bis nicht die berechtigte Person selbst es in den Bereich des Objektiven bringt. Daraus ergibt sich, daß der Erfindergehalt an sich nicht pfändbar ist.

Diese auch in der Rechtsbeilage der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ gemachten Ausführungen finden ihre Bestätigung in dem folgenden Fall, der kürzlich vor dem Oberlandesgericht Nürnberg zur Entscheidung gekommen ist.

Ein Ingenieur hatte eine Erfindung einem anderen zur Ausführung übertragen, dieser hatte sie beim Patentamt angemeldet, und nun wollten die Gläubiger des Ingenieurs sich wegen ihrer Forderungen durch Pfändung der Erfindungsberechtigungen. Sie forschten die Uebertragung der Idee auf Grund des Ansetzungsgefehles an und verlagerten denjenigen, dem sie zur Ausführung übertragen war auf Fuldung der Zwangsvollstreckung in die Erfindung. Es wurde eingewendet, daß die Erfindung, wenn die Uebertragung an den Dritten angefallen sei, durch diese Ansetzung wieder an ihren Urheber zurückfällt, daß sie damit wieder zu seinen subjektiven und rein persönlichen Rechten gehöre, die nicht Gegenstand einer Pfändung sein können.

Das Gericht hat diesen Einwand nicht für durchgreifend erachtet. Durch die erste Uebertragung sei die Erfindungsberechtigung in den Kreis der Vermögenswerte getreten und habe damit aufgehört, zu den ganz persönlichen Rechten zu gehören. Der Urheber habe von seinem Recht, die Erfindung für sich zu behalten, keinen Gebrauch gemacht, er habe sich der Idee bereits entäußert. Es kann wohl die äußere Form, in der diese Entäußerung stattgefunden habe, durch Ansetzung wieder entfallen, aber die Tatsache, daß die Erfindung nicht mehr dem Kreis der Persönlichkeitsrechte, sondern bereits dem Vermögenswerte angehört, werde dadurch nicht aus der Welt geschafft. Das Gericht hat darum die Ansetzung und die darauf begründete Vollstreckung in die Erfindung als zu Recht erfolgt anerkannt.

Aus Industrie und Handel.

Die Gegner der „Vollfürsorge“ aueis.

Im Januar dieses Jahres hatten sich die öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten und die privaten Lebensversicherungs-gesellschaften zu einem Vollversicherungsartel zusammengeschlossen, um die „Vollfürsorge“ der Arbeiterkassen zu bekämpfen. Jetzt ist dieser unnatürliche Bund zwischen den beiden Gruppen, die sich stets als Konkurrenten gegenüberstanden haben, aufgelöst worden. Die inneren Gegensätze haben sich trotz des gemeinsamen Ziels, der „Vollfürsorge“ zu schaden, nicht auf die Dauer überbrücken lassen.

Die Geldnot der Städte wird durch ein Rundschreiben eines Agenten beleuchtet, das an wirtschaftliche Körperschaften gerichtet wurde. Es heißt darin: „Betr.: Mündelsichere Kapitalanlage. Ich bin zurzeit damit beschäftigt, Finanzbedarf für mehrere große Stadtgemeinden zu beschaffen. Zu diesem Zwecke erlaube ich mir, anzufragen, ob aus Mitteln Ihres Verbandes oder dessen Reserven und Versicherungseinrichtungen Gelder vorübergehend zur Verfügung gestellt werden können. Die Städte zahlen für Gelder, die auf mindestens sechs Monate überlassen werden, 4 1/2 Prozent und mehr Zinsen. Ich bemerke, daß es sich ausschließlich um Städte handelt, die zurzeit Anlagen der verschiedensten Art ausführen müssen, die erforderlichen Gelder infolge der Geldknappheit aber nicht erhalten können. Eine Unterstützung dieser Städte mit Kapital in der gegenwärtigen schwierigen Zeit würde zugleich eine Stärkung der Industrie und der verschiedensten Gewerbe bedeuten. In richtiger Würdigung dieser volkswirtschaftlich bedeutsamen Tatsache haben in den letzten drei Monaten Arbeiterkassen-Verbände der verschiedensten Art (Beamten-, Lehr-, kaufmännische und Arbeiterverbände) deutschen Städten insgesamt mehr als 12 Millionen Mark vorübergehend zur Verfügung gestellt. Es dürfte deshalb nicht unangebracht sein, wenn sich auch die Verbände der Arbeitgeber an der Herabgabe von Kapital beteiligten. Die Gemeinden hätten mit ihrem Vermögen für dergleichen Beträge.“

Der Verband des Stahlwerkverbandes ist im Oktober dieses Jahres um 4000 Tonnen gegen den September gestiegen. Gegen den Oktober des Vorjahres zeigt er jedoch eine Abnahme von 16 000 Tonnen.



S. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 6. Ziehungstag 13. November 1913 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hundert gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Table of lottery numbers for the Prussian-Southern German Class Lottery, Class 5, drawn on November 13, 1913. It lists various winning numbers and their corresponding prizes.

S. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 6. Ziehungstag 13. November 1913 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hundert gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Table of lottery numbers for the Prussian-Southern German Class Lottery, Class 5, drawn on November 13, 1913. It lists various winning numbers and their corresponding prizes.

S. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 6. Ziehungstag 13. November 1913 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hundert gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Table of lottery numbers for the Prussian-Southern German Class Lottery, Class 5, drawn on November 13, 1913. It lists various winning numbers and their corresponding prizes.

S. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 6. Ziehungstag 13. November 1913 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hundert gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Table of lottery numbers for the Prussian-Southern German Class Lottery, Class 5, drawn on November 13, 1913. It lists various winning numbers and their corresponding prizes.

Verkäufe.

Text block containing various advertisements for goods and services, including clothing, furniture, and household items.

Text block containing various advertisements, including notices for a restaurant, a furniture store, and other local businesses.

Text block containing various advertisements, including notices for a furniture store, a music instrument shop, and other local businesses.

Text block containing various advertisements, including notices for a furniture store, a music instrument shop, and other local businesses.